



# Nothilfe für abgewiesene Asylsuchende

## Überblick zur Ausdehnung des Sozialhilfestopps

Muriel Trummer

Weyermannsstrasse 10  
Postfach 8154  
CH-3001 Bern

Für Paketpost:  
Weyermannsstrasse 10  
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75  
F++41 31 370 75 00

info@osar.ch  
www.osar.ch

PC-Konto  
30-16741-4  
Spendenkonto  
PC 30-1085-7

Bern, 15. Dezember 2008



MEMBER OF THE EUROPEAN COUNCIL ON REFUGEES AND EXILES

## **Impressum**

**HERAUSGEBERIN**

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH  
Postfach 8154, 3001 Bern  
Tel. 031 370 75 75  
Fax 031 370 75 00  
E-Mail: [info@osar.ch](mailto:info@osar.ch)  
Internet: [www.osar.ch](http://www.osar.ch)  
PC-Konto: 30-1085-7


**AUTORIN**

Muriel Trummer, lic. iur.

**SPRACHVERSIONEN**

deutsch

**COPYRIGHT**

© 2008  Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH, Bern  
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Zusammenfassung .....</b>	<b>1</b>
<b>Einleitung .....</b>	<b>2</b>
<b>I. Spezifische Themen .....</b>	<b>3</b>
<b>1 Verletzte in der Nothilfe .....</b>	<b>3</b>
<b>2 Kinder.....</b>	<b>5</b>
2.1 Unbegleitete Minderjährige.....	5
2.2 Familien mit Kindern .....	6
2.3 Recht auf Bildung.....	7
2.4 Individuelle Zusatzleistungen .....	8
<b>3 Alleinstehende Frauen .....</b>	<b>9</b>
<b>4 Nothilfe bei legalem Aufenthalt .....</b>	<b>10</b>
<b>5 Nothilfe trotz Mitwirkung und laufender Ausreisefrist .....</b>	<b>11</b>
<b>6 Umfang und Inhalt der Nothilfe.....</b>	<b>13</b>
6.1 Verweigerung der Nothilfe .....	13
6.2 Angemessene Unterbringung.....	14
6.3 Umfang der Unterstützungsleistung .....	15
<b>7 Beantragung der Nothilfe.....</b>	<b>16</b>
<b>8 Krankenversicherung.....</b>	<b>17</b>
<b>II. Übersicht zur Praxis der Kantone.....</b>	<b>19</b>



## Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH gibt Auskunft über den erweiterten Sozialhilfeausschluss, welcher am 1. Januar 2008 in Kraft getreten ist. Vom Sozialhilfeausschluss betroffen waren am 30. Juni 2008 16'939 Personen, ungefähr 3500 Personen haben in den letzten Monaten Nothilfe bezogen.

Die Untersuchungen haben gezeigt, dass die Ausgestaltung der Nothilfe von Kanton zu Kanton sehr unterschiedlich ist. Für die Betroffenen bedeutet dies eine augenfällige Ungleichbehandlung – der Zufall entscheidet, welchem Kanton sie zugeteilt und welchem Nothilferegime sie unterworfen sind.

Der Ausschluss aus der Sozialhilfe ist bei rechtskräftig weggewiesenen Menschen nicht zwingend. Das Gesetz gibt den Kantonen die Möglichkeit, dem Einzelfall gebührend Rechnung zu tragen und vom Ausschluss abzusehen. Einige wenige Kantone berücksichtigen die Bedürfnisse von Verletzlichen denn auch durch Unterstützung mit asylfürsorgerischen Leistungen. In den meisten Kantonen werden jedoch grundsätzlich alle Betroffenen von der Sozialhilfe ausgeschlossen und nur mit den minimalen Nothilfeleistungen unterstützt. Dies trifft auch auf besonders Verletzliche wie Familien mit Kindern, Kranke und Traumatisierte zu. Zudem ist bei Kindern der Zugang zu ausreichendem Grundschulunterricht nicht immer gewährleistet.

In der Regel gewähren die Kantone die von der Verfassung garantierte Hilfe in Notlagen. Die kantonalen Unterstützungsleistungen für Essen und Hygiene klaffen jedoch weit auseinander, teilweise liegen sie unter acht Schweizer Franken pro Tag und pro Person. Diese Geldleistungen reichen oftmals nicht, um die Betroffenen von einer unwürdigen Bettelexistenz zu bewahren. So sind sie auf die Unterstützung von Solidaritätsnetzen angewiesen. Notwendige Zusatzleistungen sind zwar in den meisten Kantonen vorgesehen, jedoch ist es in der Praxis nicht immer einfach, diese zu erhalten. Der Ausschluss aus der Sozialhilfe wird auch bei Menschen, welche ein ausserordentliches Rechtsmittel einlegen und sich daher legal in der Schweiz befinden, systematisch angeordnet. Trotz laufender Ausreisefrist und Mitwirkung bei der Organisation der Rückreise wird oftmals auch in diesen Fällen nicht vom Sozialhilfeausschluss abgesehen.

Die Unterbringung variiert erheblich. In einigen Kantonen müssen die betroffenen Menschen die Unterkunft tagsüber verlassen – auch in den kalten Wintermonaten. Teilweise können sie ihre Wäsche nicht waschen und haben keine Kochgelegenheit. Ein menschenwürdiges Leben ist unter solchen Bedingungen nicht möglich.

Die Beobachtungen zeigen, dass der Ausschluss aus der Sozialhilfe zu schematisch angeordnet wird. Der vorhandene Ermessenspielraum wird nicht genügend ausgeschöpft. Den individuellen Situationen wird zu wenig Rechnung getragen.

## Einleitung

Im Zuge des Entlastungsprogramms 2003 (EP 03) wurden seit dem 1. April 2004 Personen mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid aus der Sozialhilfe ausgeschlossen. Sie können seither nur noch das in der Bundesverfassung festgeschriebene Recht auf Hilfe in Notlagen geltend machen.<sup>1</sup> Mit dem revidierten Asylgesetz, welches am 1. Januar 2008 vollständig in Kraft getreten ist, können nun auch Personen mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid, denen eine Ausreisefrist angesetzt worden ist, von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden.<sup>2</sup> Der Sozialhilfestopp gilt rückwirkend auf alle bereits abgewiesenen Asylsuchenden.

Seit Inkrafttreten des EP 03 am 1. April 2004 wurden bis am 31. Dezember 2007 9786 Nichteintretensentscheide rechtskräftig.<sup>3</sup> Vom 1. Januar 2008 bis am 30. Juni 2008 sind 1098 Nichteintretensentscheide und 875 negative Entscheide in Rechtskraft erwachsen. Am 31. Dezember 2007 lebten zudem 5180 Personen mit einem negativen Entscheid in den Kantonen.<sup>4</sup> Somit waren am 30. Juni 2008 16'939 Personen vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen. Wie viele der Betroffenen sich noch in der Schweiz aufhalten, ist unklar. Ende 2007 haben 1196 Personen Nothilfe bezogen.<sup>5</sup> Gemäss unvollständigen Rückmeldungen der Kantone bezogen schätzungsweise 3500 Personen (ohne JU, TI) in den letzten Monaten Nothilfe. Es zeigt sich also, dass prozentual mehr Personen mit einem negativen Asylentscheid Nothilfe beantragen als Personen mit einem Nichteintretensentscheid.

Ziel und Zweck der Ausdehnung des Sozialhilfestopps ist es – abgesehen vom Spareffekt für den Bundeshaushalt –, den Druck auf ausländische Personen, die ihrer Ausreisepflicht nicht nachkommen, zu erhöhen und durch Verringerung der Unterstützung zum Ausreisen zu bewegen. Die Lebensbedingungen in der Nothilfe sind so schwierig ausgestaltet, dass nur wenige Personen Nothilfe beantragen. Das Ziel des Bundes, die Kosten im Asylbereich zu senken, ist somit erfüllt. Die Frage bleibt, wo sich diejenigen Menschen aufhalten, die keine Nothilfe beantragen. Die Annahme, sie seien ihrer Ausreisepflicht nachgekommen, ist stark zu bezweifeln.

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH hat seit 2004 bereits mehrere Berichte über die Umsetzung des Sozialhilfeausschlusses verfasst.<sup>6</sup> Für den vorliegenden Bericht, welcher Aufschluss über die Umsetzung des erweiterten Sozialhilfeausschlusses gibt, führte die SFH seit Juli bis November 2008 bei den von ihr koordinierten Rechtsberatungsstellen in der Deutschschweiz sowie der Westschweiz (Copera) und Basisorganisationen, kirchlichen Institutionen und kantonalen Stellen schriftliche und mündliche Umfragen durch. Die wichtigsten Ergebnisse wurden den Kantonen zur

<sup>1</sup> Art. 12 BV, SR 101; dazu BGE 131 I 166.

<sup>2</sup> Art. 82 Asylgesetz vom 16. Dezember 2005, in Kraft seit 1. Januar 2008, SR 142.31.

<sup>3</sup> BFM, Monitoring NEE, Kurzbericht zum 3. und 4. Quartal 2007, Bern, August 2008, S. 2 und 3.

<sup>4</sup> Schriftliche Auskunft BFM vom 7. Oktober 2008.

<sup>5</sup> BFM, Monitoring NEE, a.a.O.

<sup>6</sup> Kathrin Buchmann/Silvana Kohler, Nothilfe für Personen mit rechtskräftigem Nichteintretensentscheid, Überblick über die kantonale Praxis, Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern, 3. Juni 2004; vgl. auch Kathrin Buchmann/Silvana Kohler, Nothilfe für Personen mit rechtskräftigem Nichteintretensentscheid, in: ASYL 2004/Nr. 3; Kathrin Buchmann/Silvana Kohler, Verschärfungen vom 1. April 2004 im Asyl- und Ausländerbereich, Bilanz nach einem Jahr, Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern, 15. Juli 2005; Kältekarte, Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern, Dezember 2005; Kathrin Buchmann/Silvana Kohler, Nothilfe im Asylbereich, Einzelschicksale und Überblick über die kantonale Praxis, Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern, 17. August 2006.

Vernehmlassung unterbreitet. Ausser dem Kanton TI haben alle darauf geantwortet. Zudem wurden mit Betroffenen Gespräche geführt.

Die Auswertung der Informationen hat deutlich gemacht, dass ein umfassender Kantonsvergleich nicht gemacht werden kann. Für die Ausrichtung der Sozialhilfeleistungen und Nothilfe gilt kantonales Recht. Jeder Kanton führt ein eigenes Nothilfe-system, was zu 26 verschiedenen Lösungen führt. Je nach Grösse müssen die Kantone für Hunderte von abgewiesenen Asylsuchenden Nothilfe gewähren, was andere Strukturen bedingt als bei kleinen Kantonen, in denen nur wenige Menschen vom Sozialhilfeausschluss betroffen sind. Auch innerhalb der Kantone ist die Umsetzung unterschiedlich beziehungsweise noch nicht abgeschlossen. Teilweise werden gleiche Personengruppen wie beispielsweise Familien mit Kindern unterschiedlich behandelt, so dass sich kein abschliessendes Bild über den erweiterten Sozialhilfeausschluss ergibt.

Der vorliegende Bericht gliedert sich in zwei Teile. In einem ersten Teil werden spezifische Themen aufgegriffen, mit Einzelfällen dokumentiert und Empfehlungen formuliert. In einem zweiten Teil findet sich eine aktualisierte Übersicht zur Praxis der Nothilfegewährung in den Kantonen.

Ohne die Auskünfte von Freiwilligen der Solidaritätsnetze, kirchlichen Vertreterinnen und Vertretern sowie Mitarbeitenden regionaler Beobachtungsstellen, der Hilfswerke und Rechtsberatungsstellen wäre es nicht möglich gewesen, mit Betroffenen in Kontakt zu treten und behördenunabhängige Informationen zu erhalten. Wir möchten uns daher ganz herzlich für die Unterstützung bei allen Engagierten bedanken, welche mit ihrem unermüdlichen Einsatz dazu beitragen, dass die Not vieler Menschen gelindert wird. Wir möchten uns auch für die Bereitschaft der Kantone bedanken, uns über ihre Praxis Auskunft zu geben.

## I. Spezifische Themen

### 1 Verletzliche in der Nothilfe

Der Gesetzgeber hat es abgelehnt, für besonders Verletzliche (wie Familien mit kleinen Kindern, Schwangere, unbegleitete Minderjährige, kranke oder ältere Menschen) eine Ausnahmeregelung zu schaffen. Der Bundesrat hat im Rahmen der Volksabstimmung darauf hingewiesen, dass eine ausdrückliche Regelung im Asylgesetz nicht erforderlich sei, die kantonalen Behörden müssten bei der Ausrichtung der Nothilfe gestützt auf Art. 12 der Bundesverfassung und der entsprechenden Praxis des Bundesgerichts der besonderen Situation von verletzlichen Personen Rechnung tragen.<sup>7</sup>

<sup>7</sup> Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung vom 24. September 2006 über die Änderungen des Asylgesetzes, Bern, 7. September 2006:  
[www.news.admin.ch/dokumentation/00002/00015/index.html?lang=de&llang=de&msg-id=7222](http://www.news.admin.ch/dokumentation/00002/00015/index.html?lang=de&llang=de&msg-id=7222).

Es gibt keine allgemein gültige Definition, was Verletzlichkeit bedeutet. Hingegen bestätigen alle Kantone, dass sie der besonderen Situation Verletzlicher Rechnung tragen. Grundsätzlich lässt sich sagen, dass Familien mit Kindern, Schwangere, unbegleitete Minderjährige bis 16 Jahre, Kranke und Traumatisierte in allen Kantonen als verletzlich gelten. Ihrer Verletzlichkeit wird jedoch unterschiedlich Rechnung getragen, ein abschliessendes Bild ergibt sich somit nicht. Denn auch innerhalb der Kantone werden Verletzte der gleichen Kategorie nicht durchwegs gleich behandelt. So werden beispielsweise in den Kantonen AG, BE, LU, SH, SO und VD Familien mit Kindern sowohl in Wohnungen als auch in Durchgangs- bzw. Nothilfezentren untergebracht. Einzig im Kanton NE und in der Regel im Kanton FR werden alle Verletzlichen mit den gleichen Leistungen wie Asylsuchende (Asylfürsorge) unterstützt.<sup>8</sup> Sie sind zudem in Wohnungen oder Durchgangszentren untergebracht. Diese Praxis wird begrüsst, da insbesondere bei Verletzlichen der Ausschluss aus der Sozialhilfe unverhältnismässig ist und ihre Rechte aus der Verfassung (Art. 7, 10 Abs. 2 und 11), der EMRK<sup>9</sup> (Art. 3, unmenschliche Behandlung) sowie der Kinderrechtskonvention<sup>10</sup> (Art. 3 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 KRK) durch diese Regelung gewahrt bleiben.

In einigen Gemeinden im Kanton SG werden offenbar psychisch kranke Menschen auch in Zivilschutzanlagen untergebracht. Weiter bestehen Hinweise, dass im Kanton TI kranken Menschen die Nothilfe verweigert wird.

Folgender Fall aus dem Kanton ZH zeigt auf, dass trotz schwerer psychischer Probleme der betroffenen Frau und der kurz bevorstehenden Geburt auf ihre spezifische Situation keine Rücksicht genommen wird:

*«Herr Lukeba<sup>11</sup> und Frau Ngola stammen aus der Demokratischen Republik Kongo. Herr Lukeba flieht im Jahr 2004, seine Ehefrau im Jahr 2007 in die Schweiz. Die gemeinsamen Zwillinge muss Frau Ngola bei den Eltern ihres Mannes zurücklassen, da die beschwerliche Flucht für die Kinder zu gefährlich ist. Die Kinder leben heute unter prekären Bedingungen in einem Dorf ausserhalb von Kinshasa. Die Asylgesuche des Ehepaars werden rechtskräftig abgelehnt. Frau Ngola leidet unter schweren psychischen Problemen, da sie nach der Flucht ihres Ehemannes inhaftiert, schwer misshandelt und vergewaltigt worden ist. Frau Ngola kann während des Asylverfahrens nie über ihre Erlebnisse sprechen, zu sehr schämt sie sich. Erschwerend hinzu kommt, dass sie nie in einem gleichgeschlechtlichen Team angehört wird. In der Schweiz wird eine posttraumatische Belastungsstörung diagnostiziert, und Frau Ngola befindet sich nun seit mehreren Wochen in psychiatrischer Behandlung. Die nötigen Medikamente kann sie jedoch nicht einnehmen, da sie schwanger ist. Seit dem Frühjahr 2008 lebt das Ehepaar in einem Nothilfezentrum. Für den täglichen Bedarf bekommen sie CHF 70.– pro Woche pro Person in Form von Migros-Gutscheinen. Seit Mai 2008 ist nun ein Wiedererwägungsverfahren hängig, der Vollzug der Wegweisung wird vom BFM sistiert und Frau Ngola befindet sich seither legal in der Schweiz. Aufgrund des revidierten Asylgesetzes hat sie trotz legalen Aufenthalts keinen Anspruch*

<sup>8</sup> Die Sozialhilfeleistungen für Asylsuchende liegen bis zu 50 Prozent unter den Unterstützungsleistungen für die übrige Wohnbevölkerung. Vgl. auch Empfehlungen der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH zur Nothilfe für Personen mit Nichteintretensentscheid (NEE), Bern, 17. März 2004, S. 3.

<sup>9</sup> Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK), SR 0.101.

<sup>10</sup> Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Kinderrechtskonvention), SR 0.107.

<sup>11</sup> Alle Namen im vorliegenden Bericht wurden von der Redaktion geändert.



*auf die ordentliche Asylfürsorge. Frau Ngola durchlebt eine schwierige Schwangerschaft, gerne möchte das Paar für ihr Baby alle nötigen Vorbereitungen treffen. Da sie jedoch von der Nothilfe leben, wissen sie nicht, was auf sie zukommt. Eine Umplatzierung in ein Durchgangszentrum wird verweigert, obwohl Frau Ngola unter schweren psychischen Problemen leidet und der Geburtstermin kurz bevorsteht.»*

- Besonders verletzbare Personen gehören nicht in die Nothilfe.
- Die Unterstützungsleistungen sind den individuellen Bedürfnissen anzupassen.

## 2 Kinder

### 2.1 Unbegleitete Minderjährige

Aus der Kinderrechtskonvention und der Bundesverfassung fliesst die Pflicht des Staates, dem Wohl des Kindes in besonderer Weise Rechnung zu tragen.<sup>12</sup> Unbegleitete Minderjährige sind in geeigneten Strukturen unterzubringen und es sind vormundschaftliche Massnahmen anzuordnen.<sup>13</sup>

In den Kantonen werden unbegleitete Minderjährige unterschiedlich behandelt. So werden sie in den Kantonen BE, BS, NE, VD, ZH in speziellen Unterkünften untergebracht. Im Kanton LU gilt dies jedoch grundsätzlich nur für Minderjährige, die bereits im laufenden Asylverfahren dem Kanton zugewiesen werden. Diejenigen, die mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid aus dem Empfangs- und Verfahrenszentrum in den Kanton LU kommen, werden in der Regel in der regulären Notunterkunft platziert.

Im Kanton ZG und im Kanton SH werden unbegleitete Minderjährige mit den asylfürsorgerischen Leistungen unterstützt und in Wohnungen oder Durchgangszentren untergebracht. In anderen Kantonen wie beispielsweise im Kanton TI können unbegleitete Minderjährige im Durchgangszentrum bleiben, wo sie jedoch nur noch die vorgesehenen Nothilfeleistungen erhalten.

Im folgenden Fall aus dem Kanton BL missachten die Behörden die ihnen obliegenden Verpflichtungen:

*«Der 14-jährige Sam stellt im September 2007 ein Asylgesuch in der Schweiz. Im Laufe des Verfahrens gibt er schliesslich ein anderes Geburtsdatum an, er behauptet, doch volljährig zu sein. Er erhofft sich damit bessere Chancen, in der Schweiz bleiben zu können. Sam verbringt drei Monate in Ausschaffungshaft. Mitte Februar 2008 sieht er einen Psychiater. Dank dessen Einschätzung kommt Sam frei. In der Zwischenzeit schickt Sams alte Schule eine Bestätigung seines Alters. Und trotzdem bekommt der gerademal 15-Jährige bis Ende September 2008 weiterhin nur Nothilfe. Unterdessen*

---

<sup>12</sup> Art. 2, 3 KRK, Art. 11 BV.

<sup>13</sup> Art. 20 KRK.

wird Sam in einem zweiten Erwachsenenzentrum mit ungenügender Betreuung untergebracht. Er erhält dort CHF 12.–/Tag und kann gelegentlich arbeiten, die Schule darf er aber nicht besuchen, obwohl seine Minderjährigkeit feststeht.»

- Die Wohnsituation ist kindergerecht auszugestalten.
- Spezifische Strukturen für unbegleitete Minderjährige, in welchen dank Tagesstrukturen und individueller Betreuung den Bedürfnissen der Kinder in ausreichender Form nachgekommen wird, sind zu begrüssen.
- In jedem Fall ist einzeln zu beurteilen, ob die minimalen Unterstützungsleistungen dem besonderen Schutz und Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen genügen. Im Bedarfsfall sind diese anzupassen.<sup>14</sup>

## 2.2 Familien mit Kindern

Auch bei begleiteten Kindern ist ihrem Wohl gestützt auf die Verpflichtungen aus der Kinderrechtskonvention und der Bundesverfassung vorrangig Bedeutung beizumessen. Ihre Bedürfnisse sind, unabhängig von ihrem Status, in angemessener Weise zu berücksichtigen.<sup>15</sup> Sie haben das Recht auf besonderen Schutz, zusätzlich zum Anspruch auf eine Unterkunft und eine Mahlzeit. Dieser ist auch in Begleitung der Eltern zu gewährleisten.

In den Kantonen NE, SZ, ZG und grösstenteils FR werden Familien mit Kindern mit den gleichen Leistungen wie Asylsuchende unterstützt. Dies gilt teilweise auch im Kanton SH für Familien mit schulpflichtigen Kindern. Sie sind in Wohnungen oder Durchgangszentren untergebracht. Ist die Ausreise absehbar auf längere Zeit nicht möglich, kann im Kanton BS in begründeten Einzelfällen der Unterstützungsansatz bis zur Höhe der Asylfürsorge erfolgen.

In den Kantonen AG, AR, BE, BL, BS, GE, GL, JU, LU, SH, SO, TG, TI, UR, VD, VS und ZH sind viele Familien mit Kindern in Nothilfe- oder Durchgangszentren untergebracht und werden mit den minimalen Nothilfeansätzen unterstützt.

Folgender Fall wurde aus dem Kanton ZH gemeldet:

*«Das Ehepaar Safdari muss mit ihren vier Kindern, das jüngste Mädchen ist drei Jahre alt, Afghanistan verlassen. Ihre Flucht dauert eineinhalb Jahre und führt sie durch den Iran, die Türkei und Griechenland, bis sie schliesslich im Jahr 2007 in die Schweiz gelangen und hier ein Asylgesuch stellen. Dieses wird jedoch vom Bundesamt für Migration im September desselben Jahres abgelehnt. Unter anderem wird die Provinz Herat, woher die Familie stammt, als genügend sicher eingeschätzt, so dass die Rückkehr der Familie für zumutbar erachtet wird. Die Kinder reagieren panisch auf die Ankündigung, in ihr Heimatland zurückkehren zu müssen. Bei ihnen wird eine schwere post-traumatische Belastungsstörung mit Suizidalität und selbstverletzendem Ver-*

<sup>14</sup> Vgl. dazu auch EJPD, Bundesamt für Justiz, Die Ausgestaltung der Hilfe in Notlagen (Art. 12 BV) für minderjährige Asylsuchende mit einem Nichteintretensentscheid, Gutachten vom 25. Februar 2005.

<sup>15</sup> Vgl. FN 12.

*halten aufgrund der Kriegserfahrungen festgestellt. Die Familie wird jedoch aufgrund der negativen Entscheidung aus den angestammten Asylstrukturen herausgenommen, die Kinder müssen die Schule verlassen. Während Monaten lebt die Familie Safdari in der Nothilfe, der Vater wird zeitweise in Ausschaffungshaft genommen, zwei Ausschaffungsversuche misslingen. Aufgrund eines Wiedererwägungsgesuches wird die Familie dann endlich vorläufig aufgenommen.»*

Dem besonderen Schutz, welcher Kindern zuteil kommen muss, wird im vorliegenden Fall in keiner Weise Rechnung getragen. Zu den bereits erlittenen traumatischen Erfahrungen in der Heimat werden die Kinder durch Verlegung in die Nothilfestrukturen zusätzlich belastet. Die vom Kanton ZH ergriffenen Massnahmen sind unverhältnismässig und sachlich nicht gerechtfertigt.

- Die Praxis, Familien mit Kindern in den Asylstrukturen zu belassen und sie mit den asylfürsorgerischen Leistungen zu unterstützen, ist zu begrüssen.
- Den Bedürfnissen von Kindern ist in jeder Situation besonders Sorge zu tragen, unabhängig ob sie begleitet oder unbegleitet sind.
- Unnötige Härten sind zu vermeiden. Die Kantone haben den vorhandenen Ermessensspielraum zu nutzen.

## 2.3 Recht auf Bildung

Schulpflichtige Kinder haben Anspruch auf ausreichenden und unentgeltlichen Grundschulunterricht. Dieser Anspruch gilt auch für Kinder, die von einer rechtskräftigen Wegweisungsentscheidung betroffen sind.<sup>16</sup> Die Bildung ist darauf auszurichten, dass die Persönlichkeit, die Begabung und die geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Kindes voll zur Entfaltung kommen.<sup>17</sup> Der Anspruch auf ausreichenden Grundschulunterricht soll jenes Mass an Bildung sichern, das für die chancengleiche Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erforderlich ist.<sup>18</sup>

In allen Kantonen ausser im Kanton BE werden schulpflichtige Kinder in den öffentlichen Schulen unterrichtet. Die Berner Erziehungsdirektion hat den Gemeinden Aarwangen und Kappelen die Bewilligung erteilt, schulpflichtigen Kindern, die in den Nothilfezentren Aarwangen und Kappelen bei Lyss leben, Unterricht in den Zentren und nicht in der öffentlichen Schule zu erteilen.<sup>19</sup> In den Zentren werden 6 Lektionen pro Woche (bei bis zu 5 Schülerinnen und Schülern) respektive 10 Lektionen pro Woche (ab 6 Schülerinnen und Schülern) erteilt.

*«Das Ehepaar Salim stammt aus dem Zentralirak und flieht mit ihren zwei Buben (heute 7 und 8 Jahre alt) vor fast sieben Jahren in die Schweiz. Das dritte Kind wird in der Schweiz geboren und ist nun 4 Jahre alt. Da auf das Asylgesuch der Familie nicht eingetreten wird, leben sie seit über zwei Jah-*

<sup>16</sup> Art. 19 BV, Art. 28 i.V.m. Art. 2 KRK.

<sup>17</sup> Art. 29 Abs. 1 KRK.

<sup>18</sup> Jörg Paul Müller/Markus Schefer, Grundrechte in der Schweiz, Im Rahmen der Bundesverfassung, der EMRK und der UNO-Pakte, 4. Auflage, Bern 2008, S. 784.

<sup>19</sup> Gestützt auf Art. 17a Volksschulgesetz (VSG) vom 19. März 1992 (BSG 432.210).

*ren mit der minimalen Nothilfe im Kanton Bern. Der Familienvater wird über zehn Monate in Durchsetzungshaft genommen, um Druck auf die Familie auszuüben. Die Kinder dürfen nicht in die öffentliche Schule, da sie ausreißpflichtig sind. Der achtjährige Sohn hat eineinhalb Jahre keine Schule besuchen können. Seit dem Sommer 2008 erhalten die beiden älteren Kinder nun 6 Lektionen Unterricht pro Woche im Nothilfezentrum.»*

Die durchschnittliche Anzahl Unterrichtsstunden in der Grundschule liegen in der Schweiz bei ca. 38 Lektionen. Die in den Nothilfezentren Aarwangen und Kappelen erteilten Lektionen liegen weit unter diesem Durchschnitt und sind weder mit der Bundesverfassung noch mit der Kinderrechtskonvention zu vereinbaren.

- Schulpflichtige Kinder haben unabhängig von ihrem Status das Recht auf ausreichenden Grundschulunterricht.
- Auch ausserhalb der öffentlichen Schule bewilligte Klassen haben den Anforderungen an ausreichende Bildung zu genügen.

## 2.4 Individuelle Zusatzleistungen

Die Nothilfeleistungen decken nur die elementarsten Bedürfnisse. Die meisten Kantone weisen auf die Möglichkeit hin, durch individuelle Zusatzleistungen den Bedürfnissen der Betroffenen Rechnung zu tragen.

Es liegen Meldungen vor, dass in den Kantonen AG, BE und ZH für Schulmaterial und Schulausflüge die finanzielle Unterstützung nicht immer gewährleistet ist. Viele Kantone (AR, BE, BL, GE, JU, LU, SG, SO, TG, TI, VS, ZH) geben an, dass zusätzliche Unterstützung für Schulmaterial und Schulausflüge beantragt werden kann und dass diese Kosten im Bedarfsfall übernommen werden.

In einigen Kantonen (AG, LU, SO, SZ, TG, UR, ZH, in einigen Gemeinden im Kanton SG) werden bei Säuglingen und Kleinkindern zumindest Windeln oder sogar Babyahrung, Kinderbettchen etc. abgegeben. In anderen Kantonen (AI, BE, GR, JU, OW, SO, TI, VS, in einigen Gemeinden im Kanton SG) kann für sie eine Unterstützung beantragt werden. In den Kantonen BL, GL und VD ist keine zusätzliche Unterstützung für Säuglinge und Kleinkinder vorgesehen.

Nur die Kantone NE, SZ, ZG und in der Regel die Kantone FR, BS und SH tragen den besonderen Bedürfnissen von Familien mit Kindern durch Unterstützung mit den asylfürsorgerischen Leistungen Rechnung. Der Kanton Genf gewährt einen monatlichen Zusatzbetrag von CHF 120.– für Kinder unter zwei Jahren.

Dass es – entgegen den Aussagen der Kantone – nicht immer einfach ist, für notwendige Leistungen eine Unterstützung zu erhalten, zeigen folgende exemplarische Fälle, welche uns von der IGA SOS Racisme aus dem Kanton SO gemeldet worden sind:

*«Die fünfköpfige Familie S. lebt mit der Nothilfeunterstützung und erhält pro Person CHF 4.80/Tag für Nahrung und Hygiene. Da eines der Kinder Winterschuhe benötigt, fragen sie zuerst den Kanton SO an; dieser verweist sie an die Gemeinde, wo die Familie wohnhaft ist. Die Betreuerin ordnet an, dass Frau S. zuerst Offerten von Schuhgeschäften einzuholen hat, bevor über den*

*Bedarf entschieden wird. Fazit: Wir fragen eine Kirche an, die unbürokratisch und sofort der Familie das nötige Geld für die Schuhe aushändigt.»*

*«Die dreiköpfige Familie N. lebt im Zentrum Oberbuchsiten, wo sie in einer Vierzimmerwohnung mit einer anderen vierköpfigen Familie und zwei allein-stehenden Männern untergebracht wird. Die dreiköpfige Familie muss mit CHF 18.– täglich auskommen. Obwohl die Mutter blutarm ist und das Baby Windeln braucht, bekommen sie keine zusätzliche Unterstützung für eine ausgewogene Ernährung, und es werden keine Windeln bereit gestellt.»*

Erfahrungsgemäss fallen für die Schule regelmässig Kosten an. Muss für jede Aus-lage ein Antrag gestellt werden, sind die Kinder ständig mit der familiären Notlage konfrontiert. Auch bei kleinen Kindern steht fest, dass diese Bedürfnisse haben, welche für ihr Wohl unentbehrlich sind. Der Nothilfeansatz umfasst nur die minima-len Ausgaben für Nahrung und allenfalls Hygieneartikel. Weitere Auslagen sind darin nicht eingerechnet, weshalb der Bedarf an weiterer Unterstützung von Anfang an feststeht.

Neben den Kantonen, welche Familien mit Kindern mit asylfürsorgerischen Leistun-gen unterstützen, sieht einzig der Kanton GE einen monatlichen Zusatzbetrag von CHF 120.– für Kinder unter zwei Jahren vor. Sofern die Kantone nicht alle für Kinder unentbehrlichen Sachleistungen wie Windeln, Kinderbettchen, Kleider, Schulmaterial etc. abgeben, ist die Lösung des Kantons GE zu empfehlen.

- Werden Kinder nicht mit asylfürsorgerischen Leistungen unterstützt, ist ein zusätzlich festgelegter Betrag neben der Nothilfeunterstützung auszurichten, welcher die Bedürfnisse der Kinder abdeckt.
- Nur für über diese Bedürfnisse hinausgehende Leistungen ist ein Antrag für individuelle Zusatzleistungen sinnvoll.

### **3 Alleinstehende Frauen**

Die von Art. 12 BV garantierte Unterkunft muss so ausgestaltet sein, dass die Würde der Betroffenen gewahrt bleibt. Sie muss sicher sein und menschenwürdige Schlafbedingungen garantieren.<sup>20</sup> Dies bedingt, dass die Unterkunft bedenkenlos benutzt werden kann, und sie darf nicht so ausgestaltet sein, dass den Betroffenen aus Angst vor Übergriffen der Zugang zur Nothilfe faktisch verwehrt bleibt.

Im Kanton NE und teilweise im Kanton SH erhalten alleinstehende Frauen Asylfür-sorge und bleiben in Wohnungen oder in Durchgangszentren. In den meisten Kantonen sind alleinstehende Frauen in Nothilfezentren mit Minimalunterstützung anzu-treffen. Die Unterbringung alleinstehender Frauen in Nothilfeunterkünften ist nicht grundsätzlich zu beanstanden. Es ist jedoch unverantwortlich, eine Frau alleine mit Männern unterzubringen, wie folgender Fall aus dem Kanton SZ zeigt:

---

<sup>20</sup> Jörg Paul Müller/Markus Schefer, a.a.O., S. 772 ff.

*«Frau Ntumba stammt aus der Demokratischen Republik Kongo. Vor sechs Jahren muss sie in die Schweiz fliehen. Ihr Asylgesuch wird im Jahr 2005 definitiv abgelehnt. Im Januar dieses Jahres wird sie von der Sozialhilfe ausgeschlossen und in einer Zivilschutzanlage im Kanton SZ untergebracht. Die Anlage ist tagsüber geschlossen, so dass sich die Nothilfebezüger die Zeit draussen vertreiben müssen. Die Schliessung findet bei jeder Witterung statt. Frau Ntumba ist die einzige Frau in der Zivilschutzanlage. Sie fühlt sich dort alleine unter Männern nicht sicher, bereits mehrere Male wurde sie belästigt. Nachts wagt sie sich deshalb nicht aus dem Zimmer. Es gibt keine Dusche, nur ein Lavabo, an welchem sich die Männer waschen. Frau Ntumba kann dies nicht benützen, da sie vor Blicken nicht geschützt ist. Nach Intervention der Caritas Schweiz wird ihr ein Eimer zur Verfügung gestellt, damit sie Wasser abschöpfen und sich in ihrem Zimmer waschen kann. In der Zivilschutzanlage gibt es auch keine Toilette, den Bewohnern steht draussen eine mobile ‚Toi-Toi‘-WC-Kabine zur Verfügung.»*

Der Kanton SZ nimmt bewusst in Kauf, dass es zu Belästigungen kommt. Frau Ntumba läuft Gefahr, in ihrer physischen und psychischen Integrität verletzt zu werden, wenn sie sich in die ihr zugewiesene Zivilschutzanlage begibt. Will sie jedoch die Unterstützungsleistungen beziehen, muss sie ihrer Anwesenheitspflicht nachkommen.

- Die Unterbringung muss so ausgestaltet sein, dass sie gefahrlos benutzt werden kann.
- Die Kantone haben die Pflicht, die Würde der betroffenen Menschen in Notlagen zu schützen.

## 4 Nothilfe bei legalem Aufenthalt

Asylsuchende Personen, welche nach Einlegung eines ausserordentlichen Rechtsmittels (Revision, Wiedererwägung) das Verfahren in der Schweiz abwarten dürfen, sind legal anwesend. Mit Inkrafttreten des revidierten Asylgesetzes werden sie aber aus der Sozialhilfe ausgeschlossen und haben nur noch Anspruch auf Nothilfe.

*«Die Familie Kekili flieht im Juli 2002 mit ihren vier Kindern aus dem Kosovo in die Schweiz und stellt hier ein Asylgesuch. Im August 2003 fällt das BFM einen negativen Asylentscheid, die dagegen gerichtete Beschwerde wird von der ARK abgewiesen. Im September 2004 reicht die Familie ein Wiedererwägungsgesuch ein und macht ihre Zugehörigkeit zu einer Minderheit im Kosovo sowie gesundheitliche Probleme geltend, die gegen ihre Rückkehr sprechen. Das Wiedererwägungsgesuch wird vom BFM jedoch abgelehnt, auf Beschwerdeebene setzt die ARK im Juli 2005 den Vollzug aus. Die Familie wartet seither auf einen definitiven Entscheid. Im April 2008 erfolgt der Sozialhilfeausschluss, die Familie wird in einem abgelegenen Dorf in der Nähe von Liestal untergebracht. Für Einkäufe und die erforderliche medizinische Behandlung muss die Familie Kekili jeweils mit öffentlichen Verkehrsmitteln in den nächst grösseren Ort reisen, was ihr Budget weiter belastet. Die Familie ist in einer verzweifelten Situation, die Kinder sind gestresst, die gesundheit-*

*lichen Probleme werden schlimmer. Da sich die Familie mit Nothilfe nicht über Wasser halten kann, wird ihr ab zu ein kleiner finanzieller Beitrag aus der Notkasse der Beratungsstelle gegeben.»*

Wie die Familie Kekili aus dem Kanton BL halten sich viele Betroffene legal und mit Willen des Staates in der Schweiz auf. Trotzdem erhalten sie nur das absolute Minimum und dies, obwohl ausserordentliche Verfahren oftmals sehr lange dauern. Die im Zuge der Asylgesetzrevision eingeführte Neuregelung ist unverhältnismässig.

- Je länger die Verfahren dauern, desto eher sind die Kantone gehalten, die Betroffenen mit asylfürsorgerischen Leistungen zu unterstützen.
- Die Notlage von legal in der Schweiz lebenden Personen ist durch Gewährung von zusätzlichen Unterstützungsleistungen zu mildern.

## **5 Nothilfe trotz Mitwirkung und laufender Ausreisefrist**

Art. 82 Abs. 1 AsylG hält fest, dass Personen mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid, denen eine Ausreisefrist angesetzt worden ist, von der Sozialhilfe ausgeschlossen werden können. In seinem Antrag an die Staatspolitische Kommission des Ständerates<sup>21</sup> hat der Bundesrat hierzu ausgeführt, dass der Kanton die Möglichkeit hat, bereits während der Ausreisefrist die Sozialhilfe einzustellen, wenn er dies im konkreten Fall für notwendig und angebracht erachtet.

Einer Person mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid wird eine Ausreisefrist angesetzt, deren Bemessung der Dauer des Asylverfahrens Rechnung zu tragen hat. Innert dieser Frist, in welcher sich die betroffene Person legal in der Schweiz aufhält, erhält sie die Gelegenheit, die nötigen Vorkehrungen für das Verlassen der Schweiz zu treffen. Ihre Ausreise erfolgt innert der Ausreisefrist freiwillig.

Während Monaten versucht in folgendem Fall eine abgewiesene Asylsuchende aus dem Kanton SO nach England weiterzureisen. Trotz ihrer Bemühungen erhält sie nur Nothilfe:

*«Das BFM lehnt im September 2007 das Asylgesuch von Frau Aadan ab. Es hält fest, sie könne zwar nicht nach Somalia weggewiesen werden, jedoch zu ihrem Ehemann weiterreisen, der als anerkannter Flüchtling in England lebt. Von Anfang an steht fest, dass die Weiterreise nicht zu organisieren ist, da Frau Aadan weder einen gültigen Pass noch einen B-Ausweis besitzt und die Britische Botschaft nur in diesen Fällen ein Visum erteilt. Sie erhält eine Ausreisefrist bis Ende März 2008, um ihre Reise nach England zu organisieren. Obwohl Frau Aadan aktiv bei der Papierbeschaffung mitwirkt und der Anwalt des Ehemannes und die Rechtsvertretung in der Schweiz versuchen, die Weiterreise zu ermöglichen, gelingt dies nicht. Bis Ende Dezember bekommt Frau Aadan Sozialhilfe für Asylsuchende, ab Januar 2008 nur noch Nothilfe.*

---

<sup>21</sup> Antrag des Bundesrates vom 25. August 2004 zur Teilrevision des Asylgesetzes, Nothilfe statt Sozialhilfe für alle Personen mit einem negativen Asylentscheid.

*Sie kommt mit dieser aussichtslosen Situation schlecht zurecht, sie wird depressiv. Endlich wird das Wiedererwägungsgesuch im Juli 2008 gutgeheissen. Frau Aadan erhält eine vorläufige Aufnahme als Ausländerin, da die Wegweisung nicht möglich ist. Doch in der Zwischenzeit scheidet die Beziehung zu ihrem Mann, sie reicht die Scheidung ein.»*

Trotz Möglichkeit, eine Person bereits während der laufenden Ausreisefrist von der Sozialhilfe auszuschliessen, entbindet dies den Kanton nicht von der Pflicht, dem Einzelfall gebührend Rechnung zu tragen. Da der Ausschluss aus der Sozialhilfe zum Ziel hat, Druck auf die Betroffenen auszuüben, damit sie ihrer Ausreisepflicht nachkommen, ist gerade bei Fällen, wo eine Person unverschuldeterweise dieser Pflicht nicht nachkommen kann, von einem Ausschluss abzusehen. Der Ausschluss aus der Sozialhilfe ist in diesen Fällen weder notwendig noch angebracht.

Auch nach Ablauf der Ausreisefrist ist der Ausschluss aus der Sozialhilfe nicht zwingend. Die Kantone verfügen durch die gesetzlichen Grundlagen über einen gewissen Spielraum. In folgendem Fall bemüht sich die betroffene Familie um ihre Rückreise, doch verweigern die heimatlichen Behörden ihre Mithilfe. Trotz Rückkehrbemühungen schliesst der Kanton ZH die Familie aus der Sozialhilfe aus und unterstützt sie nur mit der minimalen Nothilfe:

*«Das tschetschenische Ehepaar Aliev flieht im Jahr 2005 mit ihrer knapp einjährigen Tochter aus Dagestan in die Schweiz. Frau Aliev ist zu diesem Zeitpunkt im sechsten Monat schwanger. Trotz der prekären Situation in Dagestan und obwohl bekannt ist, dass Tschetschenen in der Russischen Föderation verschiedenster Formen von Diskriminierung ausgesetzt sind, befinden sowohl das BFM als auch die ARK, dass die Familie zurückkehren kann. Seit zwei Jahren lebt die Familie nun in einer Notunterkunft. Die Mädchen sind mittlerweile vier und zweieinhalb Jahre alt. Seit Januar 2008 bekommen sie nur noch Nothilfe. Die Familie möchte zwar aufgrund der desolaten Zustände nicht nach Dagestan zurückkehren, doch die Perspektivenlosigkeit hier in der Schweiz und die Isolation der Kinder in einem Nothilfezentrum hat sie dazu bewogen, nach Hause zurückzukehren. Seit Monaten bemühen sie sich, die Rückreise zu organisieren, doch verweigert die Russische Botschaft ihre Unterstützung. Die Familie ist in der Schweiz gestrandet, möchte ausreisen, kann dies aber unverschuldeterweise nicht tun. Trotzdem müssen sie weiterhin in der Nothilfestruktur mit dem absoluten Minimum leben.»*

- Die Kantone haben den gewährten Ermessensspielraum auszuschöpfen.
- Während der laufenden Ausreisefrist ist generell von einem Ausschluss aus der Sozialhilfe abzusehen. Nur in vereinzelten Fällen ist die Nothilfegewährung angebracht.
- Betroffene, die ihren Mitwirkungspflichten nachkommen, sind nicht von der Sozialhilfe auszuschliessen.



## 6 Umfang und Inhalt der Nothilfe

### 6.1 Verweigerung der Nothilfe

Das Bundesgericht hat im Urteil vom 18. März 2005<sup>22</sup> klar festgehalten, dass die verfassungsrechtlich für ein menschenwürdiges Dasein erforderlichen Mittel zu kürzen oder zu verweigern unzulässig ist.

Im Kanton TI wurde die Zivilschutzanlage, welche früher für Nothilfebezüger vorgesehen war, im Juni 2008 geschlossen. Als nicht verletzlich eingestufte Betroffene erhalten keine Nothilfe. Es liegen Hinweise vor, dass auch kranken Personen die Nothilfe verweigert wird:

*«Der 18-jährige David Obanor stammt aus Nigeria und stellt im Dezember 2007 ein Asylgesuch in Chiasso. Nach zwei Monaten wird er dem Kanton TI zugewiesen und im Aufnahmezentrum in Lugano untergebracht. Im April 2008 wird sein Gesuch letztinstanzlich abgewiesen. David Obanor wird von der Polizei abgeholt und ohne wenn und aber auf die Strasse gestellt. Da im Kanton TI keine kantonalen Strukturen für abgewiesene Asylsuchende bestehen, taucht er unter. Anfangs August 2008 meldet sich David bei einer Anlaufstelle und bittet um Hilfe. Er hat gesundheitliche Probleme. Die Anlaufstelle weist ihn einer weiteren Stelle für Migranten mit Gesundheitsproblemen zu, worauf er kostenlos von einem freiwillig an diesem Projekt beteiligten Arzt untersucht wird. Er erhält Medikamente, welche ihm von der Anlaufstelle finanziert werden. David ist als abgewiesener Asylsuchender nicht mehr krankenversichert. Ein schriftlich eingereichtes Nothilfegesuch liegt seit zwei Monaten unbeantwortet bei den Behörden in Bellinzona.»*

*«Der 31-jährige Vincent Njoku wird nach zweimonatigem Aufenthalt im Erstaufnahmezentrum des Bundes in Chiasso dem Kanton TI zugewiesen und im Aufnahmezentrum in Lugano platziert. Bereits nach 15 Tagen erhält er den letztinstanzlichen Wegweisungsentscheid und wird auf die Strasse gestellt. Vincent wendet sich an eine Anlaufstelle und kann an ‚casa astra‘ vermittelt werden, wo er aufgenommen wird. ‚Casa astra‘ ist eine private Notschlafstelle für Obdachlose. Der verzweifelte Mann nimmt Kontakt mit seiner Botschaft in Bern auf und bittet um Reisepapiere, damit er die Schweiz verlassen kann. Diese gibt ihm einen neuen Termin in drei Monaten (kurz vor Weihnachten). Vincent Njoku kann weiterhin in der Obdachlosen-Notschlafstelle übernachten und wird von der Anlaufstelle mit kleinen Beiträgen unterstützt. Sein Nothilfegesuch beim Kanton ist nicht beantwortet worden.»*

- Die Praxis des Kantons TI ist verfassungswidrig. Der Kanton ist aufgefordert, allen Betroffenen Nothilfe zu gewähren.

Auch im Kanton GR wird Betroffenen, die alleine Nothilfe beantragen, diese offenbar manchmal verweigert. Aus diesem Grund hat das Solidaritätsnetz einen Begleitedienst eingerichtet. Freiwillige begleiten die abgewiesenen Asylsuchenden für die Beantragung der Nothilfe. Wie bereits früher berichtet, wird Personen, die mehr als

<sup>22</sup> BGE 131 I 166.

CHF 100.– auf sich tragen, die Nothilfe verweigert. Sie müssen daher die Notschlafstelle in Chur aufsuchen, wo sie jedoch ohne Ausweise und ohne Ausnahmegewilligung der Behörde nicht ohne weiteres aufgenommen werden. Die Freiwilligen des Solidaritätsnetzes müssen jeweils hartnäckig verhandeln, damit die Betroffenen dort unterkommen beziehungsweise sich nach Einschätzung der Behörde in einer Notlage befinden und erneut Nothilfe beantragen können.

Im Kanton SO wurde in Fällen, bei denen mündlich ein Hausverbot ausgesprochen wurde, die Nothilfe für mehrere Tage verweigert. Ein Hausverbot kann als letzte Sanktion unter anderem ausgesprochen werden, wenn eine Person dem Zentrum unerlaubt fernbleibt (pro Quartal kann ein Gesuch auf präsenzfreie Tage für maximal zweimal drei Tage gestellt werden) oder sich renitent verhält. Personen, die keiner Unterkunft zugewiesen werden, weil beispielsweise ein Hausverbot erteilt wurde, wird die Unterbringung gemäss Regierungsratsbeschluss<sup>23</sup> bar vergütet. Eine Einzelperson erhält dafür CHF 15.–/Tag. Die Betroffenen erhielten diese Unterstützung teilweise erst nach Intervention. Da es im Kanton SO keine Notschlafstelle gibt und der Betrag für ein Hotelzimmer nicht reicht, haben die Betroffenen keine Unterkunft und schlafen auf der Strasse, sofern sie keine Bekannten haben.

Die Erteilung eines Hausverbotes muss die *ultima ratio* darstellen. Sie muss schriftlich erteilt werden, so dass die Betroffenen dagegen Einspruch einlegen können. Ist das Hausverbot zu Recht erfolgt, muss für die Betroffenen eine alternative Unterkunft gewährleistet sein. Eine Ausweisung aus der Notunterkunft im Wissen darum, dass kein Zugang zu einer Notschlafstelle besteht oder mit dem ausbezahlten Betrag keine Unterkunft bezahlt werden kann, kommt einer Verweigerung der Nothilfe gleich.

- Das Recht auf Hilfe in Notlagen stellt das verfassungsrechtlich gebotene Minimum dar, dessen Gewährung nicht im Ermessen der rechtsanwendenden Behörden liegt.<sup>24</sup> Die Kantone haben daher dafür zu sorgen, dass dieses gewährleistet ist.

## 6.2 Angemessene Unterbringung

Eine angemessene Unterkunft beinhaltet unter anderem Schutz vor Kälte, Regen und Wind. Zudem müssen die nötigen Einrichtungen wie Energie zum Kochen vorhanden sein, um eine ausreichende Ernährung zu ermöglichen.<sup>25</sup>

Im Kanton BS müssen alleinstehende Frauen und Männer und in den Kantonen LU und SH alleinstehende Männer in der Notschlafstelle zusammen mit obdachlosen Menschen in Krisensituationen, alkohol- und drogenabhängigen Menschen übernachten. Die Notschlafstelle ist nur in der Nacht zugänglich, eine Kochgelegenheit fehlt. In den Kantonen BS und SH verpflegen sich die Betroffenen teilweise in der Gassenküche. Im Kanton SZ (alleinstehende Männer und Frauen) und in einzelnen Gemeinden des Kantons SG (alleinstehende Männer) werden die Betroffenen in Zivilschutzanlagen untergebracht, welche tagsüber geschlossen sind. Die persönli-

<sup>23</sup> Regierungsratsbeschluss vom 27. November 2007, Nr. 2007/2002.

<sup>24</sup> Kathrin Amstutz, Verfassungsrechtliche Mindestanforderungen an die Sozialhilfe im Asylwesen, in: ASYL 2/03.

<sup>25</sup> Jörg Paul Müller/Markus Schefer, a.a.O., S. 771ff.

chen Sachen müssen in einigen Unterkünften jeden Tag mitgenommen werden. Im Kanton GR werden alleinstehende Männer in Wohncontainern untergebracht. Beim Schliessen der Container tagsüber müssen sie die persönlichen Sachen mitnehmen.

Obige Strukturen zwingen die Betroffenen, den Tag draussen zu verbringen. Selbst im Winter bestehen keine Aufenthaltsstrukturen. Zudem müssen sie ihre persönlichen Sachen mit sich herumtragen. Gemäss unserem Kenntnisstand wird in den Kantonen GR und SZ in den oben genannten Unterkünften zudem keine Waschmaschine zur Verfügung gestellt. In der Zivilschutzanlage im Kanton SZ können keine warmen Mahlzeiten zubereitet werden, da eine Kochgelegenheit oder ein Mikrowellenherd fehlt.

- Es sind Unterkünfte bereitzustellen, welche tagsüber offen sind.
- Die Pflicht, sein Hab und Gut jeden Tag aus der Unterkunft nehmen zu müssen, ist eine nicht zu begründende Massnahme und nicht zulässig.
- Die Nothilfebezüger müssen die Möglichkeit haben, ihre Wäsche zu waschen. Es ist ihnen eine Waschmaschine zur Verfügung zu stellen.
- Kochgelegenheiten sind bereitzustellen. Wo dies nicht möglich ist, müssen die Unterstützungsleistungen angemessen erhöht werden, damit eine ausreichende Ernährung sichergestellt ist.

### 6.3 Umfang der Unterstützungsleistung

Es gibt keine verbindliche Regelung, wie hoch die Unterstützungsansätze für Essen und Hygiene sein müssen. Verfassungsrechtlich ist nur geboten, was vor einer unwürdigen Bettelexistenz zu bewahren vermag. Unterste Grenze bildet aber jedenfalls die Menschenwürde, d.h. insbesondere dass die Leistungen als solche stets die physische Integrität zu respektieren haben.<sup>26</sup>

Die Unterstützungsleistungen sind kantonal unterschiedlich festgelegt. Sie beinhalten meistens die Ausgaben für Nahrung und Hygiene. Sachleistungen werden in den Kantonen AR, JU, NW abgegeben. Einige wenige Kantone (GL, LU, SZ, ZH) händigen Gutscheine aus. In den Kantonen AG, AI, BL, BS, FR, GR, NE, OW, SO, TI, UR, ZG wird für Nahrung die Unterstützungsleistung in bar ausbezahlt. Verletzte werden in den Kantonen VD und VS durch Geldzahlungen unterstützt, nicht Verletzte durch Sachleistungen. Im Kanton GE werden Personen mit Nichteintretensentscheid mit Sachleistungen unterstützt, sofern sie nicht verletztlich sind. Verletzte und Personen mit einem materiellen negativen Asylentscheid bekommen Geldleistungen. Auch die Kantone BE, SH und TG haben ein gemischtes System und gewähren die Unterstützung entweder in Form von Sach- oder Geldleistungen. Im Kanton SG wiederum werden Gutscheine abgegeben oder Geld ausbezahlt.

In den meisten Kantonen, in denen die Unterstützung durch Geldleistung erfolgt, werden keine Abstufungen gemacht. Die Ansätze sind für jede Person einer Familie gleich hoch. In den Kantonen GE, OW, SG und SO gelten degressive Ansätze, d.h.

---

<sup>26</sup> BGE 131 I 166.

jedes weitere Familienmitglied erhält eine kontinuierlich verminderte Unterstützungsleistung. Wie aus der Übersicht in Teil II des Berichts ersichtlich wird, gehen die kantonalen Unterstützungsansätze weit auseinander. So wird beispielsweise eine Familie mit drei Kindern im Kanton UR mit CHF 57.50 pro Tag unterstützt, in den Kantonen BS, LU, SZ mit CHF 50.–, im Kanton BE im Nothilfezentrum mit Sachleistungen im Wert von CHF 30.– und in den Kantonen SO mit CHF 24.– beziehungsweise CHF 21.– in einigen Gemeinden des Kanton SG.

Dass eine fünfköpfige Familie im Kanton SO mit 2,4- und im Kanton SG mit 2,7-mal weniger auskommen muss als im Kanton UR ist mit lokalen Unterschieden nicht zu erklären. Das Gleichbehandlungsgebot ist hier in Frage gestellt, befinden sich doch die Betroffenen in vergleichbaren Situationen. Bei Ansätzen pro Person und pro Tag von CHF 6.– (in den Sachabgabezentren im Kanton BE und teilweise im von der ORS geführten Durchgangszentrum «Atlas» in Allschwil im Kanton BL), CHF 4.20 (in einigen Gemeinden in SG) beziehungsweise CHF 4.80 (Kanton SO) für Nahrung und Hygiene, ist die physische Integrität und damit ein menschenwürdiges Dasein nicht mehr gewährleistet. Da die Beträge oftmals nicht ausreichen, sind die Betroffenen auf die Hilfe von Bekannten, Hilfswerken, Freiwilligen und Kirchen angewiesen. Es ist jedoch Aufgabe des Staates, die von der Verfassung gebotenen Minimalleistungen zu garantieren. Reichen diese nicht, so dass die Betroffenen auf die Unterstützung von Solidaritätsnetzen angewiesen sind, kommt dies einer unwürdigen Bettelexistenz gleich, was verfassungswidrig ist.

- Der Umfang der Unterstützungsleistungen muss so bemessen sein, dass die notwendigsten Bedürfnisse abgedeckt sind.
- Aus Gründen der Rechtssicherheit und des Gleichheitsgebotes sind einheitliche Unterstützungsansätze anzustreben.

## 7 Beantragung der Nothilfe

Da das Recht auf Existenzsicherung darauf ausgerichtet ist, Menschen in einer Notlage vor einer Bettelexistenz zu bewahren, muss die Anwendung möglichst formlos und unkompliziert erfolgen. Der Zugang muss niederschwellig und einfach sein.

In vielen Kantonen (z.B. Kanton AI, BE, GR, JU, NE, SZ, TG, VD) ist diejenige Behörde, welche für fremdenpolizeiliche Massnahmen wie etwa die Anordnung der Ausschaffungshaft zuständig ist, auch die zuständige Stelle für die Nothilfegewährung. Für die erneute Beantragung der Nothilfe müssen sich die Betroffenen zudem beispielsweise in den Kantonen FR, GE, JU, LU, NE, SZ, VD, ZH in kurzen Abständen (täglich bis 14-täglich) bei den Behörden melden. Dabei handelt es sich in den genannten Kantonen JU, NE, SZ, VD um die gleiche Behörde, welche auch über fremdenpolizeiliche Massnahmen befindet. Die Meldepflicht beim Sozialamt beziehungsweise bei der Fremdenpolizei ist für die erneute Gewährung der Nothilfe zwingend.

Ist die fremdenpolizeiliche Behörde bei der Gewährung der Nothilfe involviert, leben die Betroffenen in permanenter Angst vor fremdenpolizeilichen Massnahmen. Dies kann dazu führen, dass sie auf ihr von der Verfassung garantiertes Recht auf Hilfe in

Notlagen verzichten. Damit wird jedoch der Schutzzweck von Art. 12 BV durchkreuzt.<sup>27</sup> Personen mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid unterstehen einem Arbeitsverbot, und ihre Vermögenswerte dürfen beschlagnahmt werden.<sup>28</sup> Die Bedürftigkeit ist daher zu vermuten, und nach Prüfung des erstmaligen Nothilfege-suches ist davon auszugehen, dass diese dauerhaft bestehen bleibt. Eine periodi-sche Überprüfung der Mittellosigkeit ist zwar möglich, doch rechtfertigt sich eine Meldepflicht in den oben aufgeführten Abständen nicht. Es ist nicht ersichtlich, wes-halb beispielsweise im Kanton SZ die Betroffenen jeden Tag beim Amt für Migration vorsprechen müssen oder der Kanton VD eine Neubeantragung der Nothilfe alle drei bis 15 Tage vorsieht. Ziel dieser Meldepflicht kann nicht die erneute Überprüfung der Nothilfesituation sein, da sich diese, wie ausgeführt, innert diesen kurzen Fristen wohl kaum ändert. Es liegen zahlreiche Hinweise vor, welche vielmehr Anlass zur Annahme geben, dass die Meldepflicht als Sanktionsmöglichkeit eingesetzt wird. Die Zeitabstände sind denn auch bei nicht verletzlichen Personen oder Personen, die sich nicht kooperativ zeigen, kleiner. Hinzu kommt, dass die Auferlegung der Melde-pflicht für die Betroffenen nicht transparent gehandhabt und sie daher der Willkür der Behörden ausgesetzt werden. Folgender Fall aus dem Kanton ZH illustriert, wie die Betroffenen unter diesem Verfahren leiden:

*«Frau Woldeaba, äthiopische Staatsangehörige, muss im Jahr 2006 ihre Heimat verlassen. Das Bundesverwaltungsgericht lehnt im Jahr 2008 ihr Asylgesuch definitiv ab. Seither lebt sie in einem Nothilfezentrum. Jede Wo-che muss sie sich bei der Fremdenpolizei melden und wird einer anderen Un-terkunft zugewiesen. Aufgrund dieses unnötigen Verfahrens geht es ihr psy-chisch sehr schlecht und sie muss Psychopharmaka einnehmen. Sie befindet sich heute im ausserordentlichen Verfahren.»*

- Die für Nothilfe und die für fremdenpolizeiliche Massnahmen zuständige Be-hörde darf nicht dieselbe sein.
- Eine Meldepflicht ist nur in Zusammenhang mit der Nothilfegewährung ge-rechtfertigt. Sie ist transparent auszugestalten.
- Die Nothilfegewährung an sich darf nicht zu einer weiteren Unterdruckset-zung der Betroffenen führen. Sie ist keine weitere Zwangsmassnahme.<sup>29</sup>

## 8 Krankenversicherung

Gemäss Weisung des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV) vom 19. Dezem-ber 2002<sup>30</sup> sind die Krankenversicherer verpflichtet, auch Sans-Papiers wie alle an-deren versicherungspflichtigen Personen in die Krankenversicherung aufzunehmen.

In den Kantonen BE, BS, GE, GR, SG, SH, SO, TI, VD, VS, ZH werden nicht alle Nothilfebezüglerinnen und -bezügler krankenversichert. Die anfallenden Pflegekosten

<sup>27</sup> Jörg Paul Müller/Markus Schefer, a.a.O., S. 781.

<sup>28</sup> Art. 43 und 87 AsylG.

<sup>29</sup> Vgl. dazu Karine Povlakic, Service d'Aide Juridique aux Exilé-e-s (SAJE), Exclusion de l'aide so-ciale et dignité de la personne humaine, in: ASYL 4/08.

<sup>30</sup> Weisung vom 19. Dezember 2002 (02/10).

werden bei Nichtversicherung von den Kantonen bezahlt. Der fehlende Versicherungsschutz kann jedoch dazu führen, dass der Zugang zu medizinischer Hilfe nicht gewährleistet ist.

- Die Rechtslage ist klar; Personen mit einer rechtskräftigen Wegweisungsverfügung sind in die Grundversicherung aufzunehmen.

## II. Übersicht zur Praxis der Kantone

### **Situation im Kanton: AG**

- 1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind** Ca. 700 Personen (Stand März 2008).
- 1a. Anzahl NothilfebezügerInnen** Ca. 200 Personen (Stand März 2008).
- 2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?** Der Kantonale Sozialdienst des Kantons Aargau (KSD). Personen, deren Asylgesuch rechtskräftig abgewiesen wurde, werden vom KSD in eine Notunterkunft gewiesen.
- 3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe** § 19a - § 19e Sozialhilfe- und Präventionsverordnung (SPV, SAR 851.211), [www.ag.ch/sar/](http://www.ag.ch/sar/).
- 4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?** Die Information erfolgt durch den KSD. Männer, Frauen und Familien mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid werden in die dafür vorgesehenen Unterkünfte verwiesen. Personen, welche den Entscheid bereits an der Grenzstelle erhalten, werden nach Ankunft im Kanton vom Migrationsamt ebenfalls an die entsprechenden Unterkünfte verwiesen. Familien mit Schulkindern wurden bisher noch nicht umplatziert. Ziel des Kantons ist es aber, sie bis Ende 1. Quartal 09 in den dafür vorgesehenen Unterkünften unterzubringen.
- 5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?** Der KSD.
- 6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?** Ja, durch die Polizei. Eine Registrierung ist auf jedem Polizeiposten möglich.
- 7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?** Mittels Daktyloskopie oder durch amtliche Dokumente.
- 8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?** Ja, sie erhalten einen provisorischen Ausweis als NothilfebezügerIn.

<b>9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzliche?</b>	Familien mit Schulkindern blieben bis jetzt in ihren Wohnungen. Familien mit Kleinkindern, allein erziehende Mütter, allein stehende Frauen sind in Oftringen untergebracht. Bis 1. Quartal 09 sollen auch die Familien mit schulpflichtigen Kinder umplatziert werden.
<b>9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?</b>	Schulkinder besuchen die öffentliche Schule. Arztbesuche werden ermöglicht. Alle Personen sind krankenversichert. Der Versicherungsausweis wird ihnen nicht ausgehändigt. Nur in der Frauen- bzw. Familienunterkunft in Oftringen gibt es Ganztagsbetreuung. In Hausen und Holderbank wir nur das Taggeld ausbezahlt. Der Betreuer ist eine Stunde anwesend. Die Unterkünfte werden regelmässig von Freiwilligen besucht.
<b>9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?</b>	Kinder bleiben bei den Sorgerechtsberechtigten und besuchen die Schule.
<b>9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?</b>	Unmündige bis zum vollendeten 17. Altersjahr werden in der Regel gestützt auf das Angabealter in extern betreuten Heim- und Familienstrukturen untergebracht.
<b>9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?</b>	Bisher wurden Kinder (auch in den im Aargau freiwilligen Kindergarten) in die öffentliche Schule eingeschult. Wo die Schulen informiert sind, hilft die Schule aus mit Material, ansonsten Hilfswerke und Private. Es ist vorgekommen, dass Kinder wegen Geldmangel an Projektwochen oder Ausflügen nicht teilnehmen konnten / können.
<b>9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?</b>	Die obligatorische Schulzeit ist gewährleistet. Nachher haben die Jugendlichen keine Möglichkeiten (analog Asylsuchende mit N-Ausweis).
<b>9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?</b>	Windeln werden abgegeben. Babynahrung ist durch Tagesverpflegungsgeld abgedeckt, Kleider auf Anfrage.
<b>9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzliche?</b>	Nur für unbegleitete Minderjährige: § 19d lit. 2 SPV.
<b>10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?</b>	Die Nothilfe wird täglich ausbezahlt, am Freitag erhalten die Betroffenen CHF 22.50 pro Person fürs Wochenende.
<b>10a. Nahrung</b>	Alle Personen (Erwachsene und Kinder) erhalten CHF 7.50 pro Tag.



**10b. Unterbringung**

Die Männer sind in der Regel in Holderbank, Oftringen (Langernweg) und Aarau untergebracht. Die Frauen und Familien in Hausen und Oftringen. Die Unterkünfte waren früher Unterkünfte für Personen mit einem N oder F. Küche, Toiletten, Duschen und Waschmaschinen sind vorhanden.

**10c. Medizinische Betreuung**

Medizinische Hilfe wird via Betreuung organisiert. Die Leute sind krankenversichert, die medizinische Versorgung ist auf die Leistungen der Grundversicherung beschränkt.

**10d. Werden NothilfebezügerInnen krankenversichert?**

NothilfebezügerInnen, die strukturell gemeldet sind, werden alle krankenversichert. Untergetauchte Personen werden abgemeldet. Sobald sie sich wieder anmelden und Nothilfe beziehen, werden sie nachträglich rückversichert, sofern während der abgemeldeten Zeit hohe Arztkosten entstanden sind. Andere Personen, die wieder auftauchen und wo nur niedrige Kosten entstanden sind, werden neu versichert. Zwischenzeitlich entstandene Kosten werden vom KSD übernommen.

Da die Grundkarte der Krankenkasse den Personen mit Nothilfe nicht ausgehändigt wird, gehen sie teilweise davon aus, dass sie nicht mehr versichert sind.

**10e. Persönliche Betreuung / Beratung**

Grundsätzlich ist keine Beratung vorgesehen, die Betreuung bezieht sich auf die Auszahlung der Taggelder, resp. der Wochenendgelder, ausser in der Frauen- bzw. Familienunterkunft in Oftringen. Rückkehrberatung erhalten alle, Rückkehrhilfe nach den üblichen Vorgaben.

**10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?**

Nein, es werden keine Unterschiede gemacht.

**10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezügerInnen?**

Für materielle Leistungen muss beim KSD ein Gesuch eingereicht werden. Die Asylsuchenden müssen bei diesem Antrag auch ein spezielles Formular mit Rechten und Pflichten unterzeichnen. Dazu gehört die Mitwirkungs- und Meldepflicht. Der Antrag auf Nothilfe wird vom KSD geprüft und die Antragstellenden erhalten eine Verfügung.

**10h. Sonstige Leistungen**

Auf Ersuchen hin in besonderen Fällen und bei verletzlichen Personen möglich.

**11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?**

Ein Härtefallgesuch kann gestellt werden. Familien mit Schulkindern bleiben während des Gesuchverfahrens in den angestammten Wohnungen. Die Nothilfegewährung bleibt aber die gleiche. Alle, die bereits in einer Notunterkunft leben, bleiben.

**12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?**

Das Verfahren wird nach wie vor eingeleitet. Auch bei Ausweiskontrollen durch die Polizei werden Personen mit illegalem Aufenthaltsstatus regelmässig gebüsst und müssen im Wiederholungsfall ins Gefängnis.

**12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährige ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?**

Keine Angaben.

**13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?**

Ausschaffungs- und Durchsetzungshaft werden angeordnet. Bei längeren Haftanordnungen werden die Männer im Ausschaffungsgefängnis in Basel untergebracht, da die Bedingungen (Bewegungsmöglichkeit, Beschäftigung) besser sind, Frauen kommen nach Zürich. Der nach Einführung der Zwangsmassnahmen eingeführte regelmässige Besuchsdienst wurde von den Behörden untersagt. Ein Überblick besteht nicht.

**14. Weitere relevante Informationen**

Keine Angaben.

## **Situation im Kanton: AI**

**1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind**

1 (Stand November 2008).

**1a. Anzahl NothilfebezüglerInnen**

0 (Stand November 2008).

**2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?**

Amt für Ausländerfragen, Marktgasse 2, 9050 Appenzell, Tel. 071 788 95 21.

**3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe**

Regierungsratsbeschluss.

<b>4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?</b>	Das Gesuch um Nothilfe wird beim Amt für Ausländerfragen eingereicht. Dieses verweist die Betroffenen nach Überprüfung der Personalien und der kantonalen Zuständigkeit an das kantonale Sozialamt.
<b>5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?</b>	Das kantonale Sozialamt.
<b>6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?</b>	Ja, das Amt für Ausländerfragen nimmt die Registrierung vor.
<b>7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?</b>	Anhand des abgewiesenen Asylgesuchs / Zemis.
<b>8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?</b>	Nein.
<b>9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzliche?</b>	Ja, sie werden in einer kantonalen Liegenschaft untergebracht.
<b>9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?</b>	Sie werden in einer kantonalen Liegenschaft untergebracht.
<b>9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?</b>	Kein vergleichbarer Fall vorhanden. Die Situation müsste im Einzelfall beurteilt werden (Alter, Kinder etc.).
<b>9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?</b>	Kein vergleichbarer Fall vorhanden. Die Situation müsste im Einzelfall beurteilt werden (Alter, Kinder etc.).
<b>9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?</b>	Die Einschulung erfolgte bisher unabhängig vom Status, die Erfahrung mit schulpflichtigen abgewiesenen Kindern fehlt.
<b>9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?</b>	Solange jemand nicht in das Herkunftsland ausgeschafft werden kann, besteht Zugang zu Bildung etc.
<b>9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?</b>	Müsste im Einzelfall geprüft werden. Keine Erfahrung mit solchen Fällen.
<b>9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzliche?</b>	Keine kantonale Definition.

<b>10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?</b>	Die Nothilfe wird in Geldleistungen abgegolten.
<b>10a. Nahrung</b>	Die Betroffenen erhalten CHF 8. – pro Tag.
<b>10b. Unterbringung</b>	Die Betroffenen sind in Asylstrukturen untergebracht und müssen die Unterkunft den Tag hindurch nicht verlassen. Familien mit Kindern oder Minderjährige sind in einer kantonalen Liegenschaft untergebracht.
<b>10c. Medizinische Betreuung</b>	Medizinische Notversorgung.
<b>10d. Werden NothilfebezügerInnen krankenversichert?</b>	Wenn sie regelmässig anwesend sind ja, ansonsten keine Krankenversicherung.
<b>10e. Persönliche Betreuung / Beratung</b>	Bei einer freiwilligen Rückkehr wird in jedem Fall Unterstützung angeboten (Flugbuchung, Papierbeschaffung). Ansonsten findet keine Betreuung statt.
<b>10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?</b>	Keine Unterscheidung.
<b>10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezügerInnen?</b>	Mitwirkung bei der Papierbeschaffung.
<b>10h. Sonstige Leistungen</b>	Keine.
<b>11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?</b>	Personen mit Nichteintretensentscheid können keine Härtefallbewilligung beantragen.
<b>12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?</b>	Nein, es erfolgt eine Abklärung im Einzelfall.
<b>12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?</b>	Nein.

**13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?**

Keine Fälle gehabt, daher keine Erfahrung.

**14. Weitere relevante Informationen**

Keine Statistiken, da seit Einführung NEE ein bis zwei Personen mit seltener Anwesenheit.

## **Situation im Kanton: AR**

**1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind**

Jeweils nur Einzelpersonen, wenige Familien.

**1a. Anzahl NothilfebezüglerInnen**

Aktuell 4 Personen (Stand Oktober 2008).

**2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?**

Anfragestelle für Nothilfesuchende: Migrationsamt, Landsgemeindeplatz 5, 9043 Trogen, Tel. 071 343 63 33.  
Koordination Nothilfe: Amt für Asyl und Integration, Obstmarkt 1, 9100 Herisau, Tel. 071 353 64 56.

**3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe**

Verordnung des Kantonsrates zum Asylwesen (KR AsylVo) vom 24. September 2007 (Art. 19; bGS 122.24), [www.bgs.ar.ch/pdf/files/996\\_122.24\\_Asylwesen.pdf](http://www.bgs.ar.ch/pdf/files/996_122.24_Asylwesen.pdf).  
Verordnung des Regierungsrates zum Asylwesen (RR AsylVo) vom 11. Dezember 2007 (Art. 4; bGS 122.241).

**4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?**

Das Migrationsamt schickt die GesuchstellerInnen, die dem Kanton zugeteilt werden, zum kantonalen Amt für Asyl und Integration. Nothilfe wird neu befristet gewährt, d.h. die Betroffenen müssen sich ca. alle 14 Tage wieder neu anmelden.

**5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?**

Amt für Asyl und Integration.

**6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?**

Keine Angaben.

**7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?**

Keine Angaben.

**8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?**

Keine Angaben.

**9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?**

Nein.

**9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?**

Alle Personen werden im kantonalen Durchgangszentrum (DZ) untergebracht, besonders Verletzte nach Einzelfallprüfung im DZ oder in einer Gemeinde. Zurzeit eine Familie in der Gemeinde, die wegen des Schulbesuchs der Kinder nicht ins DZ versetzt wurde. Sie erhält dort reduzierte Sozialhilfe.

**9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?**

Alle Personen werden im DZ untergebracht, besonders Verletzte nach Einzelfallprüfung im DZ oder in einer Gemeinde.

**9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?**

Bisher keine diesbezüglichen Fälle eingetreten.

**9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?**

Bei absehbaren längeren Aufenthalten bleiben/werden Kinder eingeschult. Spezielle Beiträge nach Einzelfallprüfung.

**9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?**

Bisher keine diesbezüglichen Fälle eingetreten.

**9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?**

Bisher keine diesbezüglichen Fälle eingetreten.

**9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzte?**

Nein.

**10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?**

Grundsätzlich Sachleistung vor Geldleistung.

**10a. Nahrung**

Grundsätzlich Sachleistung vor Geldleistung. Im DZ erhalten die Betroffenen Kost und Logis.

**10b. Unterbringung**

Alle Personen werden im DZ untergebracht, besonders Verletzte nach Einzelfallprüfung im DZ oder in einer Gemeinde.

**10c. Medizinische Betreuung**

Keine Angaben.

**10d. Werden  
NothilfebezüglerInnen  
krankenversichert?**

Bisher nur bei Asylsuchenden nach Ablauf der Ausreisefrist aufgetreten. Diese blieben krankenversichert.

**10e. Persönliche Betreuung /  
Beratung**

Ja, durch die zuständige Stelle ist Rückkehrberatung möglich.

**10f. Unterschiede bei der  
Nothilfegewährung zwischen  
Personen mit  
Nichteintretensentscheid und  
Personen mit materiellem  
negativen Entscheid?**

Nein.

**10g. Gibt es eine  
Mitwirkungspflicht für  
NothilfebezüglerInnen?**

Ja, gemäss Art. 8 AsylG.

**10h. Sonstige Leistungen**

Keine Angaben.

**11. Möglichkeit einer  
Härtefallbewilligung? Ändert  
sich während des  
Gesuchverfahrens die Nothilfe?**

Betroffene können eine Eingabe ans kantonale Migrationsamt machen, wenn sie denken, dass sie die Kriterien für ein Härtefallgesuch erfüllen. Dieses prüft den Fall und gibt der betreffenden Person Bescheid, ob die Eingabe als Härtefallgesuch nach Bern weitergeleitet wird. Bei negativem Bescheid gibt es keine Rekursmöglichkeit.

**12. Gibt es regelmässig  
Strafverfahren wegen  
illegalen Aufenthalts?**

Rechtswidrig anwesende Personen werden in der Regel zur Anzeige gebracht.

**12a. Wird auch bei  
unbegleiteten Minderjährigen  
ein Verfahren wegen illegalen  
Aufenthalts durchgeführt?**

Bisher kein Fall aufgetreten.

**13. Wie ist die kantonale  
Praxis bezüglich  
Zwangsmassnahmen?**

Es kann passieren, dass jemand schon bei der Anmeldung zur Nothilfe in Ausschaffungshaft genommen wird. Dies geschieht in der Regel nur bei Delinquenten oder bei Männern, die schon viele Jahre hier sind und sich konstant weigern, mit den Behörden zusammenzuarbeiten. Sie kommen in die Strafanstalt Gmünden/Teufen.

**14. Weitere relevante  
Informationen**

Dank der kleinen Anzahl von zugewiesenen Menschen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid, ist es möglich, alle im DZ zu beherbergen. Sie werden dort, zusammen mit den im Asylverfahren stehenden Asylsuchenden, gut betreut.

## **Situation im Kanton: BE**

- 1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind** Mindestens 1000 seit Oktober 2004.
- 1a. Anzahl NothilfebezüglerInnen** Ca. 550 (Stand Oktober 2008).
- 2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?** Migrationsdienst des Kantons Bern (MIDI), Eigerstrasse 73, 3007 Bern, Tel. 031 633 53 29.
- 3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe** Verordnung über die Gewährung der Nothilfe bei Ausschluss aus der Asylfürsorge (Nothilfeverordnung, NHV) vom 5. Mai 2004 (BSG 866.13), [www.sta.be.ch/belex/d/8/866\\_13.html](http://www.sta.be.ch/belex/d/8/866_13.html).
- 4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?** Identität und Nothilfeansprüche werden beim Migrationsdienst geprüft. Der Kanton erklärt sich nur für diejenigen Personen zuständig, für die er Vollzugskanton ist. Die Personen, bei denen eine Ausschaffung möglich ist, werden in Haft genommen. Die anderen werden den minimalen Nothilfestrukturen zugewiesen, in der Regel den Sachabgabezentren.
- 5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?** Der Migrationsdienst.
- 6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?** Ja, beim Migrationsdienst.
- 7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?** (Falls nötig) mittels Daktyloskopie.
- 8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?** Ja, sie erhalten eine Bescheinigung über ihren Status im Kanton Bern.
- 9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?** Spezielle Lösungen sind für unbegleitete Asylsuchende unter 16 Jahren und andere verletzte Personen vorgesehen (Art. 7 NHV). UMA mit einem definitiven Wegweisungsentscheid werden dem UMA-Zentrum in Münchenbuchsee zugeteilt.
- 9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?** Besonders Verletzte werden in normalen Asylzentren untergebracht.



**9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?**

Es gibt keine speziellen Massnahmen. Familien mit Kindern werden jedoch mit tiefer Priorität in die Nothilfezentren umplatziert.

**9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?**

Alle UMA haben eine Unterstützung gemäss UMA-Programm (also kein Nothilfe-Regime), ein vom Kanton finanziertes Sonderprogramm.

**9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?**

Begleitete Kinder: Bis zu 5 SchülerInnen: 6 Lektionen Spezialunterricht/Woche im Sachabgabezentrum, ab 6 SchülerInnen: 10 Lektionen/Woche. Diejenigen, die noch nicht umplatziert wurden, gehen weiterhin in die öffentliche Schule. Unbegleitete Kinder im UMA-Zentrum: je nach Setting Einschulung oder interner Unterricht im Zentrum. Schulmaterial usw. werden bezahlt (Mischrechnung Kanton, Zentrumsleitung). Bei denjenigen, die noch in den Gemeinden sind, kann die Finanzierung problematisch sein.

**9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?**

Nein, aber es gibt einen gewissen Spielraum.

**9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?**

Die zuständigen Sozialhilfestellen der Gemeinden erhalten eine Tagespauschale, die auch einen Anteil für situationsbedingte Leistungen enthält. Der Kanton prüft von Fall zu Fall das Gesuch.

**9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzte?**

Nein. Es sind Einzelfallentscheide, der Ermessensspielraum bleibt bei den Behörden.

**10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?**

Nothilfe wird in der Regel in Form von Sachleistungen (im Gegenwert von CHF 6.- pro Tag oder CHF 8.50 pro Tag mit Workfare) ausgerichtet. Workfare bedeutet die Verrichtung von Haushaltsarbeiten (in den Gemeinschaftsräumlichkeiten und kleinere Unterhaltsarbeiten). Personen, die noch in einem normalen Zentrum oder in einer Wohnung leben, erhalten eine reduzierte Unterstützung ausbezahlt.

**10a. Nahrung**

In den Nothilfezentren befindet sich ein kleiner Laden, in dem Lebensmittel bezogen werden können (und gewisse Hygieneartikel).

**10b. Unterbringung**

NothilfebezügerInnen sollten in den drei Sachabgabezentren untergebracht werden (Lyss, Aarwangen und Brünig). Wegen Platzmangels wurde der Transfer nur teilweise durchgeführt, so dass viele NothilfebezügerInnen weiterhin in Durchgangszentren oder in den Gemeinden bleiben.

<b>10c. Medizinische Betreuung</b>	Es existiert eine ärztliche und zahnärztliche Notfallversorgung. Die ÄrztInnen werden durch das Kantonsarztamt bestimmt. Wer NothilfebezügerInnen ohne Auftrag des Amtes für Migration und Personenstand unterstützt oder medizinisch versorgt, hat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten. Einzig Leistungen für dringende medizinische Notfälle können dem Amt für Migration und Personenstand in Rechnung gestellt werden, sofern keine Krankenversicherung besteht (Art. 5 NHV).
<b>10d. Werden NothilfebezügerInnen krankenversichert?</b>	Ja, solange sie noch in einer Gemeinde leben.
<b>10e. Persönliche Betreuung / Beratung</b>	Betreuung durch das Personal der Zentren, bzw. der PAG (für diejenigen, die noch in den Gemeinden wohnen).
<b>10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?</b>	Nein.
<b>10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezügerInnen?</b>	NothilfebezügerInnen müssen ihre Notlage beweisen.
<b>10h. Sonstige Leistungen</b>	Second-hand-Kleidungsstücke und andere Sachmittel bei dringend ausgewiesenem Bedarf.
<b>11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?</b>	Ja. Der Umfang der Nothilfe ändert sich nicht. Jedoch werden Personen mit hängigem Verfahren nicht in Nothilfezentren umplatziert.
<b>12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?</b>	Es kommt zu Verfahren wegen illegalen Aufenthalts. Es kann jedoch nicht von regelmässigen Verurteilungen gesprochen werden. Die Praxis der lokalen Polizeistellen ist sehr unterschiedlich.
<b>12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?</b>	Ja, in Kombination mit einem Strafverfahren (z.B. wegen Verstosses gegen das Betäubungsmittelgesetz).

**13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?**

Keine Zahlen für 2008; in 2007: 236 Hafttage bei minderjährigen Männern (19 Personen, darunter haben 2 121 Hafttage und die restlichen 17 115 Tage). 22 Hafttage bei minderjährigen Frauen (6 Personen). 23'000 Hafttage für Männer, 1377 Hafttage für Frauen. Bei Familien wird eher ein Erwachsener inhaftiert, die restliche Familie bleibt draussen. Haftbedingungen bei Frauen menschenrechtlich problematisch.

**14. Weitere relevante Informationen**

Probleme: Zugang zur Nothilfe z.T. schwierig (Angst, direkt inhaftiert zu werden). Führung von zwei unterschiedlichen Regimes (Asylsozialhilfe und Nothilfe) im gleichen Zentrum. Für diejenigen, die in der zweiten Phase geblieben sind, reicht die Nothilfe nicht.

**Situation im Kanton: BL**

**1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind**

141 Personen (Stand Juni 2008).

**1a. Anzahl NothilfebezügerInnen**

35 Personen (Stand Juni 2008).

**2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?**

Sozialhilfebehörden der Gemeinden und kantonales Sozialamt. Wenn man Nothilfe braucht, meldet man sich bei der Sozialhilfebehörde der Gemeinde. Das kantonale Sozialamt meldet den Gemeinden, welche der ihnen zugewiesenen Personen auf Verlangen und bei nachgewiesener Bedürftigkeit Nothilfe erhalten können.

**3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe**

Kantonale Asylverordnung vom 16. Oktober 2007 (kAV, SGS 850.19). § 1 Buchstaben d und e und § 10 kAV regeln die Nothilfe im Kanton, [www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/recht/sgs\\_8/850.19.pdf](http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/recht/sgs_8/850.19.pdf).

**4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?**

Das kantonale Sozialamt teilt den Gemeinden mit, welche der ihnen zugewiesenen Personen nur noch gemäss § 10 kAV unterstützt werden können. Die Unterstützung wird nur auf Verlangen hin abgegeben. Die Sozialhilfebehörde richtet die Unterstützungsleistungen gemäss § 10 kAV an bedürftige Personen gemäss § 1 Buchstaben d und e kAV aus, wenn die Person ihre Bedürftigkeit bzw. die Notlage nachgewiesen hat. Die Notlage der Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid muss regelmässig überprüft werden. Im Unterschied zu früher besteht keine separierte Nothilfeunterkunft mehr, sondern die Betroffenen können in den Asylunterkünften bleiben bzw. werden den Asylunterkünften zugewiesen. Für den Bezug der Unterstützungsleistungen hat die Person bei der Gemeinde zu erscheinen und die erhaltene Leistung zu quittieren. Ist eine Ausrichtung von Sachleistungen nicht möglich, empfiehlt das

kantonale Sozialamt eine tageweise Auszahlung, bzw. die Auszahlung von drei Tagessätzen am Freitag für das Wochenende. Aus verwaltungsökonomischen Gründen kann auch eine Auszahlung für maximal 7 Tage vorgesehen werden.

**5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?**

Die Sozialhilfebehörden der Gemeinden.

**6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?**

Beim Amt für Migration, beim kantonalen Sozialamt und bei den Gemeinden.

**7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?**

Akten, RRA (Fingerabdruck- Identifizierungs-System).

**8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?**

Nein.

**9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?**

Nein.

**9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?**

Aufwendungen für absolut unerlässliche medizinische Behandlung und Pflege, die durch die obligatorische Kranken- und Unfallversicherung nicht gedeckt sind, können geleistet werden (§ 12 KAV).

**9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?**

Gleiche Leistung wie andere Personen mit Sozialhilfestopp (CHF 8.-/Tag).

**9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?**

Spezielle Unterbringung in Allschwil. Vormundschaftliche Massnahmen müssen von der Vormundschaftsbehörde geprüft und gegebenenfalls angeordnet werden. Gleiche Leistung wie andere Personen mit Sozialhilfestopp.

**9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?**

Ja, Kinder können den öffentlichen Schulunterricht besuchen. Nur im Bedarfsfall zusätzliche Leistungen, wenn keine Übernahme durch Schulfonds.

**9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?**

Obligatorische Schule. Lehrstelle in Ausnahmefällen möglich. In ganz speziellen Situationen (z.B. langjähriger ausgesetzter Vollzug wegen ausserordentlichen Rechtsmittels) hat das AFM schon Bewilligung für Lehrantritt erteilt.

**9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?**

Gleiche Leistung wie andere Personen mit Sozialhilfestopp.

<b>9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzliche?</b>	Nein.
<b>10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?</b>	Die Unterstützung von CHF 8.- pro Person und Tag deckt pauschal alle Aufwendungen für den Lebensunterhalt ab und ist nach Möglichkeit in Form von Sachleistungen abzugeben. Sie wird nur auf Verlangen hin ausgerichtet. Im Zentrum «Atlas» in Allschwil wird teilweise vorübergehend nur CHF 6.-/Tag ausbezahlt, da unter anderem ein Depot von CHF 1.-/Tag zurückbehalten wird.
<b>10a. Nahrung</b>	In der Regel in Geldleistungen.
<b>10b. Unterbringung</b>	Die Betroffenen können in den Asylstrukturen bleiben bzw. werden diesen zugewiesen.
<b>10c. Medizinische Betreuung</b>	Medizinische Versorgung gemäss KVG.
<b>10d. Werden NothilfebezügerInnen krankenversichert?</b>	Ja, sie werden krankenversichert.
<b>10e. Persönliche Betreuung / Beratung</b>	Gleiche Betreuung wie bei Asylsuchenden. Ansonsten durch Freiwillige und Beratungsstellen.
<b>10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?</b>	Keine Unterschiede.
<b>10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezügerInnen?</b>	Ja.
<b>10h. Sonstige Leistungen</b>	Keine.
<b>11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?</b>	Personen mit rechtskräftigem materiellen Entscheid können nur dann eine Härtefallbewilligung bekommen, wenn sie keine Sozialhilfe beziehen, d.h. trotz negativem Entscheid weiterarbeiten dürfen. Arbeitsbewilligung wird nur belassen, wenn der Zwangsvollzug nicht möglich ist. Für Nothilfebezüger keine Chancen auf eine Härtefallbewilligung.
<b>12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?</b>	Ja.

**12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?**

Nein.

**13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?**

Bestehen auch nur geringe Aussichten auf Vollzug wird Ausschaffungshaft / Durchsetzungshaft angeordnet. Es gibt Fälle von 20-monatigen Inhaftierungen. Rayonverbote werden häufig verfügt. Inhaftierungen von unbegleiteten Minderjährigen sind nicht bekannt.

**14. Weitere relevante Informationen**

Keine Angaben.

## **Situation im Kanton: BS**

**1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind**

72 (Stand November 2008).

**1a. Anzahl NothilfebezüglerInnen**

43 (Stand November 2008).

**2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?**

Sozialhilfe der Stadt Basel (SHB), Klybeckstrasse 15c, 4057 Basel. Nothilfestelle Asyl SHB, Tel. 061 685 16 90, Fax 061 685 17 80.

**3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe**

Rundschreiben Wirtschafts- und Sozialdepartement des Kantons Basel-Stadt vom 25. Juni 2008, Nothilfe für Personen ohne Aufenthaltsregelung in der Schweiz, Kurzaufenthalter und Durchreisende Basel-Stadt.

**4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?**

Personen müssen sich bei der Sozialhilfe der Stadt Basel (SHB) melden, notfalls auch beim Migrationsamt des SiD, Petersgasse 15, 4051 Basel, Tel. 061 267 75 91, Fax 061 267 75 91.  
Nothilfe wird für die Dauer von maximal einer Woche ausgerichtet und umfasst Kostengutsprache für die Notschlafstelle und CHF 12.50 für die Verpflegung pro Person und Tag (gemäss Rundschreiben).

**5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?**

Die Nothilfestellen der Sozialhilfe der Stadt Basel und das Migrationsamt des SiD.

**6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?**

Ja, durch das Migrationsamt des SiD und die Nothilfestellen der Sozialhilfe Basel-Stadt.

**7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?**

Wird - soweit möglich - durch die Abteilung Asyl und Rückkehrförderung (Migrationsamt des SiD) vorgenommen. Die Behörden stützen sich auf die Asylunterlagen, fordern aber die Betroffenen auf, sich Papiere zu beschaffen.

**8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?**

Die Abt. Asyl und Rückkehrförderung stellt für Personen, die in der Zuständigkeit vom Kanton BS sind, eine Nothilfe-Bestätigung mit Angaben und Foto zur Person aus (kein Ausweis).

**9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?**

Rundschreiben Wirtschafts- und Sozialdepartement des Kantons Basel-Stadt vom 25. Juni 2008.

**9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?**

Gemäss Rundschreiben werden vulnerable Personen (UMA, alleinstehende Mütter mit Kind(ern), Familien, alte und gebrechliche Menschen, Menschen mit gravierenden Gesundheitsproblemen und/oder Behinderung) in Absprache mit der Nothilfestelle Asyl in Asylstrukturen untergebracht und bekommen CHF 10.-/Person und Tag. Nebst Vulnerabilität gelten Kinder grundsätzlich als Begründung zur Anhebung der Unterstützungsansätze. Alleinstehende Frauen gelten nicht als vulnerabel.

**9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?**

Verletzte Personen werden in bestehende Asylstrukturen integriert und erhalten CHF 10.- Unterhalt pro Person und Tag.

**9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?**

Unterbringung im WUMA (Wohnheim für unbegleitete Minderjährige). Bis zum 18. Lebensjahr können UMA auch mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid im Wohnheim bleiben. Sofern sie nicht vulnerabel sind, werden sie danach wie alleinstehende Männer behandelt.

**9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?**

Ja.

**9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?**

Ja. Auf Antrag hin.

**9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?**

Siehe Angaben unter Frage 9a.

**9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzliche?**

Als vulnerable Personen gelten unbegleitete Minderjährige, alleinstehende Mütter mit Kind(ern), Familien, alte und gebrechliche Menschen, Menschen mit gravierenden Gesundheitsproblemen und/oder Behinderungen.

**10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?**

Jeweils für eine Woche, Kostengutsprache für die Notschlafstelle und CHF 12.50 für Verpflegung pro Person und Tag (für alleinstehende Frauen und Männer). Der Betrag ist aufgrund fehlender Kochgelegenheit höher als bei vulnerablen Personen.

Vulnerable Personen werden in Asylstrukturen in Absprache mit der Nothilfestelle Asyl untergebracht und bekommen CHF 10.-/Person und Tag.

Gemäss Rundschreiben wird Nothilfe maximal solange ausgerichtet, wie die Notsituation besteht, d.h. bis zum Ausreisetermin. Ist eine Ausreise absehbar auf längere Sicht nicht möglich, kann die Nothilfe in begründeten Einzelfällen bis maximal auf die Unterstützungsansätze Asyl angehoben werden.

**10a. Nahrung**

Verletzliche CHF 10.-/Tag pro Person. Nicht verletzte Nothilfebezügler CHF 12.50/Tag pro Person.

**10b. Unterbringung**

Einzelpersonen (Männer und Frauen) erhalten eine Kostengutsprache für die Notschlafstelle. Diese ist tagsüber geschlossen. Verletzte Personen werden in Asylstrukturen untergebracht.

**10c. Medizinische Betreuung**

Die Betroffenen werden von den SHB-Nothilfestellen an die dafür vorgesehene Arztpraxis verwiesen. Dort wird explizit ambulante medizinische Nothilfe geleistet. In dringlichen Fällen findet eine Überweisung an weitere Leistungserbringer statt.

**10d. Werden NothilfebezüglerInnen krankenversichert?**

Sind unter Berücksichtigung der Umstände im Einzelfall Behandlungskosten von über CHF 1000.- absehbar, meldet dies der behandelnde Arzt per Fax der zuständigen Nothilfestelle. Dort wird für die Betroffenen, nach Absprache mit der Fachstelle für Obligatorische Krankenversicherung, Amt für Sozialbeiträge (ASB), eine Krankenversicherung abgeschlossen.

**10e. Persönliche Betreuung / Beratung**

Die Rückkehrberatung steht allen Nothilfebezügern offen.



**10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?**

Nein.

**10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezügerInnen?**

Ja, Papierbeschaffung etc.

**10h. Sonstige Leistungen**

Rückkehrberatung, Kleider bei Brockenstube der SRK nach Kostengutsprache.

**11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?**

Ja, falls sie fünf Jahre hier sind, nie straffällig waren, und ihre Mitwirkungspflicht nicht massiv verletzt haben. Bei Anfrage und eventueller positiver Einschätzung des Migrationsamtes kann die/der Gesuchsteller/in eine Arbeitsbewilligung erhalten und sobald eine Stelle vorhanden ist, kann der Antrag gestellt werden.

**12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?**

Es gibt zahlreiche Strafverfolgungen wegen illegalen Aufenthalts.

**12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?**

Keine Fälle bekannt.

**13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?**

Es wird vermehrt Durchsetzungshaft bei Frauen wie Männern angeordnet, wenn die Mitwirkungspflicht verletzt wird.

**14. Weitere relevante Informationen**

Keine Angaben.

## **Situation cantonale: FR**

**1. Nombre de personnes touchées par l'exclusion de l'aide sociale**

181 personnes requérantes d'asile déboutées (RAD, état novembre 2008).

**1a. Bénéficiaires de l'aide d'urgence**

84 personnes RAD (état novembre 2008).

<b>2. Quelle autorité est compétente pour l'aide d'urgence?</b>	Le Service de l'action sociale (SASoc).
<b>3. Base légale cantonale pour l'octroi de l'aide d'urgence</b>	Constitution du canton de Fribourg du 30 janvier 2004, Loi du 14 novembre 1991 sur l'aide sociale (LASoc), Ordonnance du 26 novembre 2002 sur l'asile (OAs), Normes d'aide sociale pour demandeurs d'asile et personnes admises à titre provisoire du 1 <sup>er</sup> mai 2005, Direction de la santé et des affaires sociales (DSAS).
<b>4. Comment se déroule la procédure d'octroi de l'aide d'urgence?</b>	Selon la procédure approuvée par le Conseil d'Etat, les personnes RAD qui ne remplissent pas les critères de cas de rigueur et qui n'entrent pas dans la catégorie des personnes dites «vulnérables» reçoivent une décision de fin de droit à l'hébergement dans les structures asile conventionnelles. Cette décision, rendue par le SASoc, est notifiée par le Service de la population et des migrants (SPoMi) qui informe la personne RAD concernée de ses droits et devoirs et de l'existence de la structure d'hébergement bas-seuil. Dès notification, les personnes RAD ne peuvent plus prétendre qu'à un hébergement bas-seuil géré, sur mandat du canton, par la société ORS Service AG. Les personnes RAD concernées sont, si nécessaire, dirigées vers cette structure. La procédure visant à l'obtention de l'aide d'urgence est la suivante : les personnes RAD bénéficiant de l'aide d'urgence doivent se soumettre à un parcours hebdomadaire tant auprès de la police cantonale (en vue de la dactyloscopie) qu'auprès du SPoMi (entretien informatif récurrent en vue du départ de la Suisse). Une fois ce parcours effectué, les personnes RAD reçoivent une attestation du SPoMi qui leur permet de toucher l'aide d'urgence pour une durée de 7 jours (assistance et hébergement) dans le foyer bas-seuil susmentionné.
<b>5. Qui examine la situation de détresse?</b>	Le SPoMi en collaboration, si nécessaire, avec le SASoc.
<b>6. Les personnes nécessiteuses seront-elles enregistrées? Comment et où?</b>	Les personnes nécessiteuses sont enregistrées dans la structure d'hébergement bas-seuil en vue de l'octroi de l'aide d'urgence.
<b>7. Comment l'identité des personnes nécessiteuses est-elle constatée?</b>	L'identité des personnes RAD est vérifiée systématiquement par dactyloscopie.
<b>8. Obtiennent-elles un document qui les identifie comme bénéficiaires de l'aide d'urgence?</b>	Les personnes RAD concernées obtiennent une attestation leur permettant de toucher l'aide d'urgence délivrée par le SPoMi après identification dactyloscopique.

**9. Y a-t-il des dispositions spéciales pour les personnes particulièrement vulnérables?**

Selon la décision du Conseil d'Etat du 18.12.2007, il existe des dispositions particulières pour les personnes RAD dites «vulnérables», soit les familles avec enfants mineurs, les personnes âgées ou souffrant de maladies graves, les mineurs non accompagnés, etc.

**9a. Comment sont traitées les personnes particulièrement vulnérables?**

Les personnes dites «vulnérables» restent dans les structures d'hébergement conventionnelles et continuent de bénéficier de l'aide sociale asile conventionnelle. En outre, ces personnes continuent d'être affiliées à leur caisse maladie.

**9b. Comment se présente la situation concernant les mineurs accompagnés?**

Considérant que les enfants mineurs font partie de la catégorie des personnes RAD dites «vulnérables», ils bénéficient de l'aide sociale asile conventionnelle. Dans le cas exceptionnel où un mineur accompagné serait au bénéfice de l'aide d'urgence, il recevrait, jusqu'à 16 ans révolus, CHF 6.00 par jour d'entretien et l'hébergement. Dès la 17<sup>ème</sup> année, il recevrait CHF 10.00 par jour.

**9c. Comment se présente la situation concernant les mineurs non accompagnés?**

Considérant que les enfants mineurs non accompagnés font partie de la catégorie des personnes RAD dites «vulnérables», ils bénéficient de l'aide sociale asile conventionnelle. Dans le cas exceptionnel où un mineur non accompagné serait au bénéfice de l'aide d'urgence, il recevrait CHF 10.00 par jour d'entretien et l'hébergement.

**9d. Les enfants sont-ils scolarisés ? Peuvent-ils fréquenter l'école publique ? Est-il versé un montant supplémentaire pour du matériel, excursions etc. ?**

Oui. Ils fréquentent l'école publique. Comme les enfants scolarisés, mineurs, font partie des personnes dites «vulnérables», les normes d'aide sociale asile conventionnelles leur sont appliquées. A ce titre, elles bénéficient des prestations circonstanciées leur permettant de prendre en charge les frais supplémentaires liés à l'école.

**9e. Les enfants, peuvent-ils terminer leur formation en cours (p. ex. apprentissage, cours de langue)?**

Comme les enfants mineurs font partie des personnes dites «vulnérables», aucune mesure de contrainte ou de démarche en vue du retour n'est entamée pour l'heure. Par conséquent, les enfants ayant entamé une formation devraient pouvoir la terminer.

**9f. Comment se présente la situation pour les enfants en bas âge et les nourrissons?**

Considérant que les enfants mineurs font partie de la catégorie des personnes RAD dites «vulnérables», ils bénéficient de l'aide sociale asile conventionnelle. Par conséquent, des prestations circonstanciées permettent de prendre en charge les frais liés au jeune âge des enfants concernés. Dans le cas exceptionnel où un mineur accompagné serait au bénéfice de l'aide d'urgence, il recevrait CHF 6.00 par jour d'entretien et l'hébergement.

**9g. Existe-t-il une définition cantonale des personnes particulièrement vulnérables?**

Oui, selon la décision du Conseil d'Etat, les personnes dites «vulnérables» sont les familles avec enfants mineurs, les personnes âgées ou souffrant de maladies graves, les mineurs non accompagnés, etc.

**10. Comment se présente le contenu de l'aide d'urgence?**

L'aide d'urgence se compose de l'entretien et de l'hébergement. Elle est octroyée pour une durée de 7 jours. Les personnes RAD ont droit à des vêtements selon nécessité. Par ailleurs, toutes les personnes RAD attribuées au canton de Fribourg sont affiliées à la caisse maladie. Pas de limite dans le temps. Une personne est au bénéfice de cette aide depuis plus de quatre ans.

**10a. Alimentation**

L'alimentation est comprise dans l'entretien (CHF 10.00 par jour).

**10b. Hébergement**

Structure d'hébergement bas-seuil (Pavillon du Foyer de la Poya, Av. Général-Guisan 22, 1700 Fribourg). Pendant la journée (9.00-17.00h) les chambres à coucher sont fermées. Seule la salle de détente avec la cuisine reste ouverte.

**10c. Soin médical**

Prise en charge via la caisse maladie. Pour les personnes présentes en Suisse depuis moins de 3 mois, prise en charge des frais médicaux selon nécessité. Les personnes RAD peuvent consulter l'infirmière ORS présente dans la permanence de la structure bas-seuil selon un horaire régulier.

**10d. Les bénéficiaires de l'aide d'urgence sont-ils couverts par une assurance-maladie?**

Oui, à moins qu'ils soient présents en Suisse depuis moins de trois mois.

**10e. Soin personnel, service de consultation**

Chaque personne RAD est informée de l'existence du bureau de conseils en vue du retour et pourra, si elle le souhaite, y recevoir une information et une aide personnalisée. Pour le surplus, chaque personne RAD peut s'adresser au responsable du foyer et au personnel d'encadrement.

**10f. Existe-t-il des différences à la mise en œuvre de l'aide d'urgence entre les personnes frappées d'une décision de renvoi définitive et celles frappées d'une NEM ?**

Non, les mêmes dispositions s'appliquent.

**10g. Y-a-t-il une obligation de coopération pour les bénéficiaires de l'aide d'urgence?**

Fournir des papiers, se rendre à chaque convocation, collaborer au renvoi.

**10h. D'autres prestations**

Toute demande de prestation circonstancielle peut être déposée auprès du responsable du foyer. Elle fait l'objet d'une décision au cas par cas.

**11. Les personnes déboutées peuvent-elles recevoir une autorisation de séjour dans un cas de rigueur grave? Le contenu de l'aide d'urgence change-t-il pendant la procédure d'octroi ?**

Oui, selon l'art. 14 al. 2 LAsi. Les personnes RAD susceptibles d'obtenir une autorisation de séjour sont autorisées à rester dans les structures d'hébergement conventionnelles jusqu'au règlement de leur cas par le SPoMi. Les personnes entrant dans la catégorie «cas de rigueur» bénéficient des normes d'aide sociale asile conventionnelles jusqu'au règlement de leur cas par le SPoMi. Elles restent en outre affiliées à la caisse maladie. Certaines personnes peuvent obtenir une autorisation de travail afin de devenir indépendante financièrement.

**12. Y-a-t-il régulièrement des procédures pénales par suite d'un séjour illégal ?**

Pour autant que les personnes RAD se conforment à la procédure décidée par le Conseil d'Etat, aucune procédure pénale par suite d'un séjour illégal n'est entreprise. Dans le cas contraire, une procédure pénale peut être entreprise pour infraction à la LEtr et à la LAsi (détention préventives ou en vue du renvoi).

**12a. Y-a-t-il aussi des procédures pénales menées contre des mineurs non accompagnés par suite d'un séjour illégal ?**

Pour autant que les personnes RAD se conforment à la procédure décidée par le Conseil d'Etat, aucune procédure pénale par suite d'un séjour illégal n'est entreprise. Dans le cas contraire, une procédure pénale peut être entreprise pour infraction à la LEtr et à la LAsi. L'autorité pénale prend toutes les précautions nécessaires au vu du statut «vulnérable» des personnes mineures non accompagnées.

**13. Comment est-ce que se présente la pratique cantonale en matière d'application des mesures de contrainte?**

Dans le cas où les perspectives de renvoi sont limitées, ce qui représente une majorité des personnes RAD, les mesures de contraintes ne sont pas appliquées. A cet égard, la détention faite pour insoumission n'a pas encore été prononcée dans le canton.

**14. D'autres informations cantonales**

Pas d'information.

**Situation cantonale: GE**

**1. Nombre de personnes touchées par l'exclusion de l'aide sociale**

Total: 465 personnes, dont: 390 personnes déboutées avec délai de départ échu, y compris les personnes dont le renvoi est formellement suspendu suite à l'utilisation d'une voie de droit extraordinaire. 75 personnes frappées d'une décision de non-entrée en matière entrée en force (Etat octobre 2008).

**1a. Bénéficiaires de l'aide d'urgence**

451 (346 personnes déboutées et 105 NEM, état octobre 2008).

**2. Quelle autorité est compétente pour l'aide d'urgence?**

L'Office cantonal de la population – Service des étrangers et confédérés (SEC), section asile, route de Chancy 90, 1213 Onex, tél. 022 546 48 88.

**3. Base légale cantonale pour l'octroi de l'aide d'urgence**

Loi sur l'aide sociale individuelle (RSGE J4 04; LASI),  
Règlement d'exécution de la loi sur l'aide sociale individuelle du 25 juillet 2007 (RSGE J 4 04.01; RASI),  
[www.geneve.ch/legislation/](http://www.geneve.ch/legislation/).  
Directives cantonales en matière de prestations d'aide sociale aux requérants d'asile et statuts assimilés 2008, entrée en vigueur 1er janvier 2008,  
[www.hg-ge.ch/fileadmin/files/pdfs/ara/Asile\\_Directives\\_canto08.pdf](http://www.hg-ge.ch/fileadmin/files/pdfs/ara/Asile_Directives_canto08.pdf).

**4. Comment se déroule la procédure d'octroi de l'aide d'urgence?**

Les personnes sont dirigées à l'OCP. Elles doivent se faire identifier préalablement. Si Genève est compétent pour le retour, elles sont envoyées à l'Hospice Général Aide aux Requérant d'Asile (ARA) qui est chargé de délivrer les prestations d'aide d'urgence. Le demandeur obtient l'aide d'urgence sur présentation du document de contrôle établi par le SEC attestant de son identité et de sa situation juridique. Il doit se présenter auprès du SEC avec sa décision de non-entrée en matière passée en force, respectivement la décision lui refusant l'asile et impartissant un délai de départ, et signer un document attestant qu'il n'a pas d'autres moyens de subsistance. Au besoin, le contenu de ce document est expliqué dans une langue comprise par l'intéressé. Le SEC établit un document de contrôle. Ce document est valable pour une durée initiale de 5 jours ouvrables s'agissant des personnes frappées d'une décision de non-entrée en matière et de 15 à 30 jours ouvrables s'agissant des personnes déboutées de l'asile. Lors du renouvellement, la durée de validité de ce document est fixée en fonction de la situation de l'intéressé.

Dans le cas où le demandeur ne dispose pas de documents permettant son identification par l'office, il lui est demandé de se soumettre à une identification formelle avec prise d'empreintes effectuée par la police, en collaboration avec l'office.

Si l'office ne peut établir le document de contrôle dans l'immédiat, il établit un document provisoire.

**5. Qui examine la situation de détresse?**

Le SEC en collaboration avec l'Hospice général (HG).

**6. Les personnes nécessiteuses seront-elles enregistrées? Comment et où?**

Oui, par le SEC.

**7. Comment l'identité des personnes nécessiteuses est-elle constatée?**

Si possible, sur la base des pièces en possession du SEC et de la personne intéressée. En cas de doute on utilisera le moyen d'empreinte digitale.

**8. Obtiennent-elles un document qui les identifie comme bénéficiaires de l'aide d'urgence?**

Oui, un document de contrôle avec photo.

**9. Y a-t-il des dispositions spéciales pour les personnes particulièrement vulnérables?**

Oui, en ce qui concerne les personnes frappées d'une décision de non-entrée en matière et considérées comme vulnérables, des dispositions spéciales sont prévues par le règlement d'exécution de la LASI (logement en hébergement collectif adapté à leur situation, prestations financières en espèces pour la nourriture, couverture selon la LAMal par une caisse-maladie). La situation des personnes NEM et déboutées de l'asile et considérées comme vulnérables est traitée au cas par cas. En principe, les personnes vulnérables au bénéfice de l'aide d'urgence sont logées dans un foyer adapté à leur situation.

**9a. Comment sont traitées les personnes particulièrement vulnérables?**

Les situations des personnes particulièrement vulnérables sont examinées au cas par cas et font l'objet d'un traitement individualisé. Dans certains cas les personnes déboutées particulièrement vulnérables peuvent rester dans leurs foyers actuels, mais devraient être regroupées par la suite avec les autres au Foyer des Tattes. Dans les situations exceptionnelles (par ex. malades, enfants, femmes seules avec enfants en bas-âge), elles pourront éventuellement rester dans des foyers à part. Dans les foyers autres que les Tattes et celui pour les NEM, les personnes bénéficient du soutien d'un assistant social, voire de la présence d'infirmière. Les NEM vulnérables sont logés dans des foyers à part. Tous reçoivent l'aide d'urgence.

**9b. Comment se présente la situation concernant les mineurs accompagnés?**

Les mineurs accompagnés sont considérés comme des personnes vulnérables. Ils restent dans leur famille et sont hébergés dans des foyers à part. Ils reçoivent des prestations financières pour la nourriture selon le barème prévu en fonction de la composition du groupe familial : Chacun est compté comme une personne de plus dans la famille pour l'assistance financière (barème dégressif). Une aide financière supplémentaire de CHF 120.- par mois est octroyée pour les besoins spécifiques des enfants de moins de 2 ans.

**9c. Comment se présente la situation concernant les mineurs non accompagnés?**

Les MNA sont considérés comme personnes vulnérables et ils sont tous logés dans un foyer adapté à leur situation, quel que soit leur statut (débouté ou non). Ils ne sont pas logés au Foyer des Tattes mais dans une aile du Foyer de Saconnex qui héberge des requérants d'asile et des personnes admises à titre provisoire. A Genève, un centre spécifique pour les MNA existait jusqu'en juin 2006 dans un bâtiment du Foyer des Tattes. Ce centre a fermé depuis lors. Les MNA déboutés reçoivent la somme de CHF 10.-/jour pour la nourriture et ils reçoivent en outre les prestations prévues par le Règlement d'exécution de la loi cantonale sur l'aide sociale individuelle (RGE J 4 04.01).

**9d. Les enfants sont-ils scolarisés ? Peuvent-ils fréquenter l'école publique ? Est-il versé un montant supplémentaire pour du matériel, excursions etc.?**

Tous les enfants en âge de scolarité obligatoire sont scolarisés dans le système scolaire normal (classes d'accueil, etc.). Le règlement d'exécution de la loi sur l'aide sociale individuelle prévoit la prise en charge des besoins de première nécessité. Il y a également la possibilité de faire appel aux fonds (Croix-Rouge).

**9e. Les enfants, peuvent-ils terminer leur formation en cours (p. ex. apprentissage, cours de langue)?**

Les enfants en âge de scolarité post-obligatoire dont les parents sont déboutés de l'asile ou qui ont reçu une décision NEM ne peuvent pas faire un apprentissage. Ils ne peuvent pas bénéficier des mesures d'intégration. Dans certains cas, une formation en cours peut être terminée.

**9f. Comment se présente la situation pour les enfants en bas âge et les nourrissons?**

Les enfants en bas âge et les nourrissons sont logés dans des foyers adaptés à leur situation avec leur groupe familial. Chacun est compté comme une personne de plus dans la famille pour l'assistance financière (barème dégressif). Une aide financière supplémentaire de CHF 120.- par mois est octroyée pour ceux de moins de 2 ans.

**9g. Existe-t-il une définition cantonale des personnes particulièrement vulnérables?**

Le règlement d'exécution de la loi sur l'aide sociale individuelle énumère de façon non exhaustive les personnes vulnérables (femmes seules ou avec enfants, les familles, les personnes malades au bénéfice d'un certificat médical, les mineurs non accompagnés, les personnes âgées). L'examen se fait au cas par cas.

**10. Comment se présente le contenu de l'aide d'urgence?**

L'aide d'urgence est différente pour les personnes frappées d'une décision NEM et pour les personnes déboutées de l'asile. L'aide d'urgence est octroyée jusqu'au renouvellement de l'attestation délivrée par le SEC. Pour les déboutés, le délai de renouvellement varie de 15 à 30 jours ouvrables et pour les NEM, il est de 5 jours ouvrables.

**10a. Alimentation**

Déboutés: CHF 10.- par jour (CHF 17,50 pour 2 personnes, CHF 23.- pour 3 personnes, CHF 27.- pour 4 personnes, CHF 30.- pour 5 personnes, au-delà de 5 personnes, les prestations sont fixées sur la base de l'ensemble des éléments de la situation).  
NEM : Prestations en nature pour la nourriture durant les premiers 12 mois sauf pour les personnes vulnérables. Les prestations en nature sont fournies pendant la semaine : petit-déjeuner (pain, beurre, confiture, fruit, café), un sandwich à midi et un plat pré-cuisiné à réchauffer au micro-ondes le soir. Deux bons de CHF 15.- pour la Migros sont fournis le week-end et deux bons Migros de CHF 15.- sont aussi attribués pour les jours fériés. Après 12 mois de prestations en nature, passage aux prestations financières de CHF 10.-/jour (même prestations que déboutés) selon barème, en fonction de la composition du groupe familial.



**10b. Hébergement**

Déboutés: Foyer les Tattes, Vernier (ancien foyer pour requérants d'asile).

NEM: Au Foyer du Lagnon à Loëx, (ancien foyer pour requérants d'asile), excepté les personnes NEM vulnérables. Les NEM sont placés par deux ou trois par chambre. Par rapport à la configuration de l'ancien foyer, un lit par chambre est ajouté. Il y a une cuisine par étage et des sanitaires. Les centres d'hébergement d'urgence sont ouverts durant la journée.

**10c. Soin médical**

Déboutés: tous les déboutés bénéficient d'une assurance maladie et sont intégrés au réseau de soins asile. Pour les soins, ils doivent s'adresser soit au Programme Santé Migrants soit au médecin de premier recours.

NEM: seules les personnes au bénéfice d'un certificat médical sont mises au bénéfice d'une assurance maladie mais toutes peuvent recevoir des soins sur demande au Programme Santé Migrants durant les heures d'ouverture ou, en cas d'urgence, au Centre d'accueil et d'urgences des Hôpitaux universitaires de Genève.

**10d. Les bénéficiaires de l'aide d'urgence sont-ils couverts par une assurance-maladie?**

Déboutés: tous les déboutés bénéficient d'une assurance maladie. Pour les soins, ils doivent s'adresser au Programme Santé Migrants.

NEM: seuls ceux en mauvaise santé sont mis au bénéfice d'une assurance maladie mais tous peuvent recevoir des soins sur demande au Programme Santé Migrants.

**10e. Soin personnel, service de consultation**

Déboutés: plus d'assistance sociale mais présence d'intendants au Foyer des Tattes pour fournir les prestations dues ainsi qu'une permanence qui assure un soutien social et ponctuel en vue de retour. Aide au retour au Bureau d'aide au départ (BAD).

NEM: Aide au retour au Bureau d'aide au départ (BAD). Il n'y a aucune assistance sociale. Des produits d'hygiène de base (brosse à dents, dentifrice, savon, papier toilette) sont mis à disposition.

**10f. Existe-t-il des différences à la mise en œuvre de l'aide d'urgence entre les personnes frappées d'une décision de renvoi définitive et frappées d'une NEM ?**

Oui, les personnes déboutées bénéficient de la couverture d'assurance-maladie selon la LAMal, de prestations financières pour la nourriture dès le 1er jour et d'une permanence qui assure un soutien social et ponctuel en vue du retour, alors que celles les personnes NEM non vulnérables reçoivent les prestations en nature les 12 premiers mois et ne sont pas au bénéfice d'une assurance-maladie.

**10g. Y-a-t-il une obligation de coopération pour les bénéficiaires de l'aide d'urgence?**

L'art 45 al 2 de la LASI indique que le demandeur doit collaborer à l'établissement des faits nécessaires au traitement de sa demande. Il doit également être au bénéfice d'une attestation en cours de validité pour recevoir les prestations d'aide d'urgence et il doit renouveler l'attestation au SEC selon le délai fixé.

#### **10h. D'autres prestations**

Selon le RASI, les personnes déboutées et NEM peuvent recevoir d'autres prestations de première nécessité que l'Hospice général peut définir, notamment remise d'un abonnement pour les transports genevois, mise à disposition de bons pour vestiaires du CSP/Caritas et articles d'hygiène de base sur demande.

Pour les personnes déboutées: mise à disposition d'une permanence qui assure un soutien social et ponctuel en vue du retour.

Possibilité de faire des travaux d'utilité communautaire proposés par l'Hospice général pour les personnes NEM ou déboutées de l'asile. En contrepartie, une somme de CHF 50.- au maximum par mois est versée au titre d'argent de poche.

#### **11. Les personnes déboutées peuvent-elles recevoir une autorisation de séjour dans un cas de rigueur grave? Le contenu de l'aide d'urgence change-t-il pendant la procédure d'octroi ?**

Selon la loi, ce ne sont pas les déboutés ou les NEM qui demandent, mais c'est le canton qui peut proposer une autorisation de séjour pour cas de rigueur au cas par cas à l'ODM. Dans ce cas, le contenu de l'aide d'urgence ne change pas. En pratique, le canton ne propose toutefois que des gens qui sont indépendants de l'assistance, donc qui ne sont plus à l'aide d'urgence.

#### **12. Y-a-t-il régulièrement des procédures pénales par suite d'un séjour illégal ?**

Non, si la personne est au bénéfice d'une attestation d'aide d'urgence. Oui pour les personnes qui ont disparu dans la clandestinité et qui réapparaissent par la suite.

#### **12a. Y-a-t-il aussi des procédures pénales menées contre des mineurs non accompagnés par suite d'un séjour illégal ?**

Pour ce seul motif non.

#### **13. Comment est-ce que se présente la pratique cantonale en matière d'application des mesures de contrainte?**

Lorsque les conditions légales sont réunies et qu'il n'y a plus d'obstacle technique au renvoi, la détention administrative peut être pratiquée, notamment à l'égard des personnes qui contreviennent sérieusement à l'ordre et à la sécurité publique.

#### **14. D'autres informations cantonales**

Les personnes ayant saisi une voie de droit extraordinaire restent au bénéfice des prestations d'aide d'urgence.

### **Situation im Kanton: GL**

#### **1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind**

2 (Stand Oktober 2008).

#### **1a. Anzahl NothilfebezüglerInnen**

1 Person (Stand Oktober 2008).

<b>2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?</b>	Das Kantonale Sozialamt, Asylkanzlei, Zwinglistrasse 6, 8750 Glarus.
<b>3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe</b>	Es gibt keine kantonalen Ausführungsbestimmungen.
<b>4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?</b>	Die betreffenden Personen müssen bei der Migrationsbehörde vorsprechen. Dann kann ein Nothilfesuch bei der betreffenden Amtsstelle eingereicht werden.
<b>5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?</b>	Die Leitung des Kantonalen Sozialamtes und die Leitung der Asylkanzlei.
<b>6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?</b>	Bei der Fremdenpolizei und dem Kantonalen Sozialamt.
<b>7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?</b>	Durch die Migrationsbehörde.
<b>8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?</b>	Nein.
<b>9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?</b>	Nein.
<b>9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?</b>	Zurzeit beziehen keine Verletzlichen Nothilfe, daher sind darüber keine Angaben möglich. Die NothilfebezügerInnen können jedoch im Asylzentrum bleiben, sind aber räumlich getrennt.
<b>9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?</b>	Kinder bekommen wie Erwachsene CHF 8.-/Tag in Form von Migros-Gutscheinen.
<b>9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?</b>	Aktuell keine Personen.
<b>9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?</b>	Zurzeit befinden sich keine schulpflichtigen Kinder in der Nothilfe. Die Kinder könnten jedoch weiterhin die Schule besuchen.
<b>9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?</b>	Würde individuell geprüft werden.

<b>9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?</b>	Nein.
<b>9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzliche?</b>	Nein.
<b>10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?</b>	NothilfebezügerInnen erhalten eine Unterkunft, Essen in Form von Gutscheinen und medizinische Betreuung.
<b>10a. Nahrung</b>	Für Nahrung erhalten die NothilfebezügerInnen Migros-Gutscheine. Pro Person (Erwachsene und Kinder) CHF 8.- pro Anwesenheitstag. Die Abgabe erfolgt täglich. Wer abwesend ist, bekommt keine Gutscheine. Am Freitag werden diese für das Wochenende abgegeben. In Ausnahmefällen erfolgt Barauszahlung.
<b>10b. Unterbringung</b>	Im Durchgangszentrum SRK, Rain 8, 8755 Ennenda. Die NothilfebezügerInnen sind räumlich von den Asylsuchenden getrennt.
<b>10c. Medizinische Betreuung</b>	Die medizinische Betreuung ist gewährleistet.
<b>10d. Werden NothilfebezügerInnen krankenversichert?</b>	Ja.
<b>10e. Persönliche Betreuung / Beratung</b>	Erfolgt durch die Mitarbeitenden im DZ.
<b>10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?</b>	Nein.
<b>10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezügerInnen?</b>	NothilfebezügerInnen müssen regelmässig bei der Fremdenpolizei vorsprechen.
<b>10h. Sonstige Leistungen</b>	Keine Angaben.
<b>11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?</b>	Keine Angaben.
<b>12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?</b>	Ja, durch die Migrationsbehörde.

**12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährige ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?**

Keine Angaben.

**13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?**

Es wird Ausschaffungshaft angeordnet.

**14. Weitere relevante Informationen**

Keine Angaben.

## **Situation im Kanton: GR**

**1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind**

Ca. 35 Personen / Zahl variiert ständig (Stand August 2008).

**1a. Anzahl NothilfebezüglerInnen**

9 (Stand Oktober 2008).

**2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?**

Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht (APZ), Karlihof 4, 7000 Chur, Tel. 081 257 21 21.

**3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe**

Ausführungsbestimmungen zum kantonalen Unterstützungsgesetz vom 8. November 2005 (BR 546.270), Art. 10b, [www.lexfind.ch/dta/23542/2/](http://www.lexfind.ch/dta/23542/2/).

**4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?**

Sobald ein negativer Asylentscheid/Beschwerdeentscheid in Rechtskraft erwächst, werden die Betroffenen in der Regel mit einem Schreiben des APZ darauf hingewiesen, dass mit Ablauf der Ausreisefrist ihre Berechtigung, sich in einer Asylunterkunft aufzuhalten, erlischt, resp. Wohnungen gekündigt werden müssen. Davon ausgenommen sind in der Regel jene abgewiesenen Asylsuchenden, welche ihrer Mitwirkungspflicht nachkommen und bei der Organisation der Rückkehr ins Heimatland mit dem APZ kooperieren. Kurz vor Ablauf der Ausreisefrist wird dann ein Hausverbot mit Datum erster Tag nach Frist ausgesprochen. Ein Hinweis, dass beim APZ Nothilfe beantragt werden kann, fehlt in diesem Schreiben. Nothilfe muss am Schalter des APZ explizit beantragt werden. Wird die Nothilfe gewährt, werden die Betroffenen seit 16. Oktober 2008 in der Nothilfestruktur (NHS) Waldau in Landquart untergebracht. Wenn jemand Geld auf sich hat oder dem APZ bekannt ist, dass finanzielle Mittel vorhanden sind, ist eine Unterbringung im Nothilfezentrum nicht möglich, bis die Mittel aufgebraucht sind.

**5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?**

Das Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht prüft das Vorliegen einer Notlage.

<b>6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?</b>	Ja, beim Amt für Polizeiwesen im Rahmen der Identitätsfeststellung.
<b>7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?</b>	Anhand des Asylentscheides.
<b>8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?</b>	Nein.
<b>9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?</b>	Vorschriften gibt es nicht. Jeder Einzelfall wird individuell geprüft und sofern erforderlich entsprechende Massnahmen angeordnet.
<b>9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?</b>	Familien, Schwangere, Kranke werden länger in den «normalen» Asylstrukturen behalten, v.a. wenn sie bei der Ausreiseorganisation mitwirken und eine Ausreise aus der Schweiz absehbar ist (dies ist in der Regel auch bei nicht besonders Verletzlichen so). Bis jetzt ist nur eine Familie bekannt, welche ins ehemalige Ausreisezentrum «Flüeli» in Valzeina verwiesen wurde. Diese weigerte sich jedoch, dorthin zu gehen. UMA-Fälle sind keine bekannt.
<b>9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?</b>	Keine Erfahrungen.
<b>9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?</b>	Entsprechende Fälle werden individuell abgeklärt und sofern erforderlich entsprechende Massnahmen angeordnet.
<b>9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?</b>	Keine Erfahrungen.
<b>9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?</b>	Nicht bekannt.
<b>9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?</b>	Entsprechende Fälle werden individuell geprüft und sofern erforderlich entsprechende Massnahmen angeordnet.
<b>9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzte?</b>	Keine bekannt.

**10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?**

Seit 16. Oktober 2008 werden abgewiesene Asylsuchende in der Nothilfestruktur (NHS) Waldau in Landquart, untergebracht. Pro Tag werden CHF 8.- pro Person abgegeben.

**10a. Nahrung**

In der NHS Waldau werden keine Lebensmittelrationen mehr abgegeben (wie zuvor im Ausreisezentrum in Valzeina), sondern die Bewohner bereiten sich ihre Mahlzeiten selber zu. Die Unterstützungsleistungen werden den Bewohnern der NHS täglich um 17.00 Uhr in der Unterkunft ausbezahlt. Wer zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend ist, hat keinen Anspruch auf rückwirkende Unterstützungsleistungen. Der tägliche Unterhaltsbetrag beträgt CHF 8.- pro Person (für Lebensmittel und Hygieneartikel).

**10b. Unterbringung**

Seit 16. Oktober 2008 Unterbringung in der Nothilfestruktur (NHS) Waldau in Landquart. Die NHS Waldau besteht aus drei Wohncontainern mit 12 Schlafplätzen und mit einem Küchenbereich und einer separaten Sanitäreinheit mit Dusch- und WC-Anlage.

Die Bettenzuteilung erfolgt montags bis freitags um 17.00 Uhr. Wer nicht anwesend ist, hat in der Regel keinen rückwirkenden Anspruch auf Unterkunft und Unterstützungsleistungen. Am Freitag werden auch die Unterstützungsleistungen für das Wochenende ausbezahlt. Es dürfen keine persönlichen Gegenstände in der Unterkunft eingelagert werden. Beim täglichen Verlassen der NHS müssen daher alle persönlichen Sachen mitgenommen werden. Es gilt ein absolutes Besuchsverbot. Besucher sind weder berechtigt, die Wohncontainer noch das Grundstück zu betreten. Die Bewohner werden verwahrt und im Wiederholungsfall mit Sanktionen belegt. Die Bewohner der NHS sind verpflichtet, sich täglich und pünktlich um 17.00 Uhr in der Unterkunft einzufinden. Unbewilligte Absenzen werden der Sektion Verfahren und Vollzug des APZ gemeldet. Auch verfällt der Anspruch auf Ausrichtung von Unterstützungsleistungen sowie auf einen Schlafplatz (aus der Hausordnung vom 10.10.08). Wiederholtes Nichterscheinen hat zur Folge, dass diese Personen der APZ zwecks Abmeldung von der Bestandesliste gemeldet werden.

In der NHS gibt es weder eine Waschmaschine, noch Telefon- oder Fernsehanschluss.

**10c. Medizinische Betreuung**

Medizinische Notfallversorgung gewährleistet.

**10d. Werden NothilfebezüglerInnen krankenversichert?**

In der Regel nicht. Es wird jedoch jeder Einzelfall bezüglich bisheriger Krankengeschichte geprüft und sofern erforderlich krankenversichert. In jedem Fall gehen alle anfallenden Gesundheitskosten zu Lasten des Kantons, sofern die betroffene Person nicht krankenversichert ist.

**10e. Persönliche Betreuung / Beratung**

Fragen und Anliegen der Bewohner können den für die Führung der NHS zuständigen Mitarbeitenden anlässlich der Unterkunftszuweisung unterbreitet werden, ebenso können Gesprächstermine vereinbart werden. Weiter erfolgt eine regelmässige persönliche Orientierung der Bewohner über die Möglichkeiten der Rückkehrhilfe sowie das Angebot des APZ, eine allfällige Rückkehr ins Heimatland zu organisieren und vollumfänglich zu finanzieren.

**10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?**

Keine.

**10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezüglerInnen?**

Die Mittellosigkeit muss vorhanden sein, d.h. die Person darf kein Geld auf sich tragen, dies wird überprüft.

**10h. Sonstige Leistungen**

Falls Nothilfesuchende Probleme mit der Organisation der Ausreise haben, können sie sich beim APZ melden. Dieses bietet ihnen bei entsprechender Mitwirkung Unterstützung bei der Papierbeschaffung und der Ausreise an. In regelmässigen Abständen sucht die Rückkehrberaterin des APZ die Nothilfebezügler in der NHS Waldau auf und legt diesen ihre Möglichkeiten dar.

Für Kleider muss ein Gesuch beim Zentrumsleiter gestellt werden. Dieses wird bei Bedarf bewilligt.

**11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?**

Es wurden Härtefallgesuche eingereicht, auf diese teilte das APZ aber mit, dass solche nicht gestellt werden können. Gesuchsteller werden danach schriftlich über das Ergebnis der Abklärungen orientiert.

**12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?**

Nein, es werden keine regelmässigen Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt.

**12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?**

Nein.

**13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?**

Oft wird bei einem möglichen Wegweisungsvollzug die Person in Ausschaffungshaft genommen. Aus-/Eingrenzungen werden verfügt, teils wenn Hinweise auf Delikte vorliegen, in Einzelfällen auch wegen der abgelaufenen Ausreisefrist.

**14. Weitere relevante Informationen**

Keine Angaben.



## **Situation cantonale: JU**

**1. Nombre de personnes touchées par l'exclusion de l'aide sociale**

A l'heure actuelle il n'y a plus que des nouveaux cas. Pour les anciens, une partie est partie volontairement, d'autres ont disparus.

**1a. Bénéficiaires de l'aide d'urgence**

Quelques cas isolés bénéficient de l'aide d'urgence pendant des périodes courtes (quelques jours). Après ils doivent refaire une demande à la police des étrangers.

**2. Quelle autorité est compétente pour l'aide d'urgence?**

Le service de l'état civil et des habitants (police des étrangers), 1, rue du 24-Septembre, 2800 Delémont, tél. 032 420 56 80.

**3. Base légale cantonale pour l'octroi de l'aide d'urgence**

Modification de la loi sur l'action sociale en cours.

**4. Comment se déroule la procédure d'octroi de l'aide d'urgence?**

Les personnes concernées doivent se présenter au Service de l'état civil et des habitants, police des étrangers. L'aide d'urgence est octroyée pour un temps très limité (entre deux jours et une semaine). Une prolongation est seulement possible dans certains cas (p.e. personnes particulièrement vulnérables ou si les personnes collaborent).

**5. Qui examine la situation de détresse?**

Le service de l'état civil et des habitants, en lien avec l'Association jurassienne des demandeurs d'asile (AJADA).

**6. Les personnes nécessiteuses seront-elles enregistrées? Comment et où?**

Dans le cadre de l'AJADA.

**7. Comment l'identité des personnes nécessiteuses est-elle constatée?**

Avec la décision NEM (numéro N).

**8. Obtiennent-elles un document qui les identifie comme bénéficiaires de l'aide d'urgence?**

Oui, les personnes obtiennent une décision du service de l'état civil et des habitants.

**9. Y a-t-il des dispositions spéciales pour les personnes particulièrement vulnérables?**

La situation de ces personnes est prise en compte. L'accompagnement social et médico-social est garanti.

**9a. Comment sont traitées les personnes particulièrement vulnérables?**

La situation de ces personnes est prise en compte. L'accompagnement social et médico-social est garanti.

<b>9b. Comment se présente la situation concernant les mineurs accompagnés?</b>	Idem que point 9 et la scolarisation est garantie. L'aide d'urgence pour des familles n'empêche pas dans certains cas, le maintien en appartement individuel.
<b>9c. Comment se présente la situation concernant les mineurs non accompagnés?</b>	Idem que point 9. Malgré l'aide d'urgence, l'accompagnement social de ces enfants est garanti.
<b>9d. Les enfants sont-ils scolarisés ? Peuvent-ils fréquenter l'école publique ? Est-il versé un montant supplémentaire pour des matériaux, excursions etc.?</b>	Oui, si le séjour devait se prolonger au-delà de quelques jours.
<b>9e. Les enfants, peuvent-ils terminer leur formation en cours (p. ex. apprentissage, cours de langue)?</b>	Les situations seraient traitées au cas par cas. Mais il n'y en a pas eu pour le moment.
<b>9f. Comment se présente la situation pour les enfants en bas âge et les nourrissons?</b>	Ces situations sont prisent en compte et les enfants bénéficient des soins normaux.
<b>9g. Existe-t-il une définition cantonale des personnes particulièrement vulnérables?</b>	Non. Mais chaque situation est évaluée individuellement en collaboration avec la police des étrangers.
<b>10. Comment se présente le contenu de l'aide d'urgence?</b>	Prestations en nature en règle générale.
<b>10a. Alimentation</b>	Comme les autres requérants d'asile.
<b>10b. Hébergement</b>	Dans le centre de premier accueil à Belfond. Le centre Simplon à Porrentruy a été fermé en février 2008, et quelques dizaines de personnes ont du partir.
<b>10c. Soin médical</b>	Oui, en cas d'urgence.
<b>10d. Les bénéficiaires de l'aide d'urgence sont-ils couverts par une assurance-maladie?</b>	Pas d'information.
<b>10e. Soin personnel, service de consultation</b>	Oui, par le personnel du centre (assistants sociaux, infirmier).

<b>10f. Existe-t-il des différences à la mise en œuvre de l'aide d'urgence entre les personnes frappées d'une décision de renvoi définitive et celles frappées d'une NEM ?</b>	A priori non, c'est la situation des personnes qui définira l'aide dans le cadre des dispositions mises en place.
<b>10g. Y-a-t-il une obligation de coopération pour les bénéficiaires de l'aide d'urgence?</b>	Oui, il y a une obligation de coopérer, de se procurer les papiers d'identité pour rentrer dans son pays. AJADA: Nous cherchons la coopération avec ces personnes dans le cadre de leur suivi social, notre but est de trouver avec eux dans un esprit de responsabilité la meilleure solution face à leur situation en lien avec la loi suisse.
<b>10h. D'autres prestations</b>	Consultations sociales, dispensées par le personnel de l'AJADA.
<b>11. Les personnes déboutées peuvent-elles recevoir une autorisation de séjour dans un cas de rigueur grave? Le contenu de l'aide d'urgence change-t-il pendant la procédure d'octroi ?</b>	Oui, une demande est possible.
<b>12. Y-a-t-il régulièrement des procédures pénales par suite d'un séjour illégal ?</b>	Non.
<b>12a. Y-a-t-il aussi des procédures pénales menées contre des mineurs non accompagnés par suite d'un séjour illégal ?</b>	Non.
<b>13. Comment est-ce que se présente la pratique cantonale en matière d'application des mesures de contrainte?</b>	Pas d'information.
<b>14. D'autres informations cantonales</b>	Pas d'information.

## **Situation im Kanton: LU**

- 1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind** Von Januar bis August 2008: 150.
- 1a. Anzahl NothilfebezüglerInnen** 50 (Stand September 2008).
- 2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?** Für die Ausrichtung der Nothilfe ist das städtische Sozialamt im Auftrag aller Gemeinden zuständig.
- 3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe** Sozialhilfegesetz vom 24. Oktober 1989 (SRL892), <http://srl.lu.ch/sk/srl/DATI/SRL/f/s/892.htm>.
- 4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?** Die Kantonspolizei überprüft die Identität. Sie resp. das Amt für Migration (AMIGRA) überprüft, ob die Betroffenen, die Nothilfe geltend machen, tatsächlich abgewiesene Asylsuchende sind, für die der Kanton Luzern die Wegweisung vollziehen muss. Das AMIGRA prüft Zwangsmassnahmen und ordnet diese gegebenenfalls an oder überweist die Person an das Sozialamt der Stadt Luzern für die Gewährung von Nothilfe.  
Die Betroffenen müssen sich regelmässig beim AMIGRA melden, damit sie danach auf dem Sozialamt Nothilfe beziehen können. Meistens werden wöchentliche Termine gegeben. Vereinzelt besteht auch eine tägliche Meldepflicht.
- 5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?** Das Sozialamt Stadt Luzern.
- 6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?** Der Nothilfebezug wird durch das städtische Sozialamt erfasst.
- 7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?** Erkennungsdienstliche Behandlung bei der Kantonspolizei.
- 8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?** Nach der erkennungsdienstlichen Behandlung erhalten die Betroffenen Fotos auf der die N-Nummer stehen. Damit werden sie zum AMIGRA geschickt. Nach Absprache mit dem Sozialamt kann gegen Aushändigung dieses Fotos Nothilfe bezogen werden.
- 9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?** Ja. Verletzte Personen werden teilweise in Wohnungen untergebracht. Sie erhalten jedoch die Nothilfeansätze. Auch eine Unterbringung in der Notunterkunft Ibach wird für Verletzte (Bsp. Familien) praktiziert. Dort gibt es nur punktuelle Betreuung, aber die Möglichkeit sich tagsüber im Zimmer/Aufenthaltsraum aufzuhalten.

**9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?**

Individuelle Wohnungen, ev. Pflegeheime. Verlängerter Auszahlungsrhythmus. Persönliche Beratung und Betreuung beim Sozialamt der Stadt Luzern.  
UMA können in der Regel weiterhin in den Asylstrukturen bleiben und werden betreut bis sie volljährig werden.  
Danach kommen sie in die Nothilfestruktur.

**9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?**

Sie erhalten die gleichen Geldleistungen wie Erwachsene.

**9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?**

Laut Informationen der Caritas Schweiz stellen sich für UMA folgende Probleme: Der Verbleib in den Asylstrukturen ist i.d.R. nur für diejenigen UMA gewährleistet, die während des hängigen Asylverfahrens bereits dem Kanton zugewiesen worden sind. In diesen Strukturen gibt es eine Tagesbetreuung und Beschäftigungsmöglichkeiten. UMA jedoch, die mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid aus dem EVZ dem Kanton zugewiesen werden, kommen nicht in die Asylstrukturen, sondern in der Regel in die Notunterkunft Ibach, wo es keine für UMA geeignete Strukturen gibt und für UMA ungeeignet sind. Es ist ein Fall dokumentiert, in welchem der UMA zu Unrecht als Erwachsener behandelt worden ist und folglich auch im Rahmen der Nothilfe gleich wie ein Erwachsener behandelt wurde. Das AMIGRA erstattete aufgrund der Annahme, die Person sei volljährig, keine Meldung an die Vormundschaftsbehörde.

UMA, an deren Alter im Asylverfahren zwar Zweifel angebracht werden, aber dies keine Relevanz für das Asylverfahren hat, können im Kanton vom AMIGRA und Sozialamt offenbar als Erwachsene behandelt werden, auch wenn vom BFM das Geburtsdatum im AUPER, resp. ZEMIS nicht geändert wurde.

Die Dienststelle Soziales und Gesellschaft, Abteilung Asyl- und Flüchtlingswesen, hält zu oben geschildertem Fall fest, dass es sich hierbei um einen Einzelfall gehandelt hat, welcher dazu führte, dass zwischen allen beteiligten Institutionen eine klare Abmachung erfolgt ist.

**9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?**

Der Schulbesuch ist weiterhin möglich. Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial oder Schulausflüge werden übernommen.

**9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?**

Einzelfallabklärung.

**9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?**

Spezifische Sachleistungen (Babymilch, Windeln u.a.) werden abgegeben.

**9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzliche?**

Das Sozialamt der Stadt Luzern entscheidet, ob jemand als verletzlich gilt.

**10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?**

Sachleistungen (bei verletzlichen Personen teilweise auch Geldleistungen).

**10a. Nahrung**

Essensgutscheine vom Coop im Wert von CHF 10.-/Tag pro Person (sowohl für Erwachsene als auch Kinder) werden abgegeben. Teilweise auch Barauszahlung. Die Gutscheine müssen täglich beim Sozialamt abgeholt werden, ausser verletzliche Personen oder Personen mit speziellen Abmachungen. Diese können die Gutscheine zweimal oder einmal pro Woche beziehen. Verletzliche Personen, die in ihren Unterkünften bleiben konnten, müssen die Gutscheine auch einmal pro Woche auf dem Sozialamt beziehen. Beim Vorweisen einer Transportkarte wird das Geld für die ÖV zurückerstattet.

**10b. Unterbringung**

Verletzliche Personen sind in Wohnungen oder in der Notunterkunft Ibach untergebracht. Alleinstehende Männer bekommen Gutscheine für die Notschlafstelle. Diese ist tagsüber geschlossen, es gibt keine Beschäftigungsmöglichkeiten. In der Notschlafstelle sind auch Alkoholiker, Drogenabhängige und andere Randständige untergebracht.

**10c. Medizinische Betreuung**

Die medizinische Betreuung ist gewährleistet.

**10d. Werden NothilfebezügerInnen krankenversichert?**

Generell sind alle krankenversichert.

**10e. Persönliche Betreuung / Beratung**

Die persönliche Betreuung und Beratung ist gewährleistet.

**10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?**

Nein.

**10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezügerInnen?**

Ja. Es gibt eine Meldepflicht und eine Mitwirkungspflicht bei der Papierbeschaffung. Falls diese nicht eingehalten wird, wird das Risiko in Ausschaffungshaft zu gelangen grösser. Einstellung von Nothilfe wegen mangelnder Mitwirkung bei der Papierbeschaffung ist nicht bekannt.

**10h. Sonstige Leistungen**

Nein.

**11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?**

Antrag kann nach 5 Jahren Aufenthalt in der Schweiz gemacht werden. Während des Gesuchverfahrens ändert sich nichts am Umfang der Nothilfe. Das AMIGRA gewährt für diese Personen auf Gesuch hin die aufschiebende Wirkung nicht und zwar mit der Begründung, es sei ein rechtskräftiger Wegweisungsentscheid des BFM im Asylverfahren ergangen und es bestehe kein Raum für das AMIGRA den Vollzug während des Verfahrens um Erteilung einer humanitären Bewilligung auszusetzen.

**12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?**

Es werden regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt und es erfolgen regelmässig Verurteilungen. Es erfolgt eine Umwandlung der Busse in Gefängnis, mit einem Tagesansatz von in der Regel CHF 30.- bei Nothilfebezügern.

**12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?**

Solange sie minderjährig sind, sind derartige Verfahren nicht bekannt. Werden sie volljährig, erfolgt aber eine Verzeigung und Verurteilung.

**13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?**

Zwangsmassnahmen werden in jedem Fall geprüft. Haft ist jedoch nicht der Regelfall. Es werden auch verletzte Personen in Haft genommen. Bsp. algerischer Familienvater einer mehrköpfigen Familie, wo nach seiner Inhaftierung die Mutter aufgrund ihrer psychischen Verfassung hospitalisiert werden musste und die Kinder vom städtischen Sozialamt notfallmässig bei anderen Asylsuchenden (auch Abgewiesene) untergebracht werden mussten.

**14. Weitere relevante Informationen**

Keine Angaben.

**Situation cantonale: NE**

**1. Nombre de personnes touchées par l'exclusion de l'aide sociale**

100 RAD et 23 NEM (Etat octobre 2008).

**1a. Bénéficiaires de l'aide d'urgence**

30 (Etat octobre 2008).

**2. Quelle autorité est compétente pour l'aide d'urgence?**

Service des migrations (SMIG), Rue de Tivoli 28, 2003 Neuchâtel.

**3. Base légale cantonale pour l'octroi de l'aide d'urgence**

Article 12 de la Constitution.

<b>4. Comment se déroule la procédure d'octroi de l'aide d'urgence?</b>	Tout est centralisé au SMIG. L'aide d'urgence n'est pas limitée dans le temps, pour autant que la personne la demande tous les 10 jours.
<b>5. Qui examine la situation de détresse?</b>	Service des migrations (SMIG).
<b>6. Les personnes nécessiteuses seront-elles enregistrées? Comment et où?</b>	Oui, ouverture d'un dossier physique sur la base des références Symic.
<b>7. Comment l'identité des personnes nécessiteuses est-elle constatée?</b>	Soit que la personne dispose de documents d'identité, soit que le Service fasse une dactyloscopie.
<b>8. Obtiennent-elles un document qui les identifie comme bénéficiaires de l'aide d'urgence?</b>	Non. Uniquement un papier stipulant l'octroi de l'aide d'urgence.
<b>9. Y a-t-il des dispositions spéciales pour les personnes particulièrement vulnérables?</b>	Oui.
<b>9a. Comment sont traitées les personnes particulièrement vulnérables?</b>	Pour les personnes RAD et NEM considérées comme vulnérables, elles bénéficient de logement en appartements et des normes asile, soit CHF 10.- par jour, ainsi que l'accès aux soins.
<b>9b. Comment se présente la situation concernant les mineurs accompagnés?</b>	Ils sont hébergés en appartements, selon les normes asile de second accueil.
<b>9c. Comment se présente la situation concernant les mineurs non accompagnés?</b>	Ils sont hébergés dans des structures spéciales et sont sous la responsabilité du Service cantonal des mineurs et des tutelles.
<b>9d. Les enfants sont-ils scolarisés ? Peuvent-ils fréquenter l'école publique ? Est-il versé un montant supplémentaire pour du matériel, excursions etc. ?</b>	Oui.
<b>9e. Les enfants, peuvent-ils terminer leur formation en cours (p. ex. apprentissage, cours de langue)?</b>	Pas de recul, la question ne s'est pas encore posée.



<b>9f. Comment se présente la situation pour les enfants en bas âge et les nourrissons?</b>	Pas de recul, la question ne s'est pas encore posée.
<b>9g. Existe-t-il une définition cantonale des personnes particulièrement vulnérables?</b>	Pas de formule prédéfinie, examen au cas par cas.
<b>10. Comment se présente le contenu de l'aide d'urgence?</b>	Les personnes NEM ou déboutées reçoivent CHF 8.- par jour. Elles sont logées en 1er accueil et bénéficient de l'accès aux soins.
<b>10a. Alimentation</b>	Prestations pécuniaires uniquement.
<b>10b. Hébergement</b>	Ils sont hébergés en centre de 1er accueil.
<b>10c. Soin médical</b>	En théorie, ils ont seulement accès aux soins médicaux en cas d'urgence, mais en réalité, ils bénéficient du même traitement que les autres requérants d'asile.
<b>10d. Les bénéficiaires de l'aide d'urgence sont-ils couverts par une assurance-maladie?</b>	Oui.
<b>10e. Soin personnel, service de consultation</b>	Ils bénéficient du même accès aux soins que les requérants d'asile ordinaire.
<b>10f. Existe-t-il des différences à la mise en œuvre de l'aide d'urgence entre les personnes frappées d'une décision de renvoi définitive et celles frappées d'une NEM ?</b>	Il existe une différence dans la mesure où les personnes RAD avant fin 2007 sont pour la plupart en situation de demande de régularisation de leur séjour (permis B) et résident actuellement en second accueil avec les normes asile.
<b>10g. Y-a-t-il une obligation de coopération pour les bénéficiaires de l'aide d'urgence?</b>	Oui. Fournir des papiers, preuve de son dénuement et faire preuve de sa volonté de rentrer dans son pays.
<b>10h. D'autres prestations</b>	Non.
<b>11. Les personnes déboutées peuvent-elles recevoir une autorisation de séjour dans un cas de rigueur grave? Le contenu de l'aide d'urgence change-t-il pendant la procédure d'octroi ?</b>	Oui. Le contenu de l'aide peut changer selon les circonstances particulières (cf. point 10f).

**12. Y-a-t-il régulièrement des procédures pénales par suite d'un séjour illégal ?**

De temps en temps, mais pas régulièrement.

**12a. Y-a-t-il aussi des procédures pénales menées contre des mineurs non accompagnés par suite d'un séjour illégal ?**

Non.

**13. Comment est-ce que se présente la pratique cantonale en matière d'application des mesures de contrainte?**

S'agissant des personnes vulnérables, l'analyse est faite au cas par cas. Pas de mesures de contrainte pour les mineurs dans le canton.

**14. D'autres informations cantonales**

Pas à notre connaissance.

## **Situation im Kanton: NW**

**1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind**

Keine Angaben.

**1a. Anzahl NothilfebezügerInnen**

0 (Stand November 2008).

**2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?**

Amt für Asyl und Flüchtlinge, Knirigasse 6, 6371 Stans.

**3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe**

Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer sowie zum Asylgesetz (EG zum Ausländerrecht, NG 122.2) vom 25. Juni 2008, Vollzugsverordnung zum Einführungsgesetz zum Ausländerrecht (Ausländerverordnung, SR 122.21) vom 2. September 2008.

**4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?**

Keine Angaben.

**5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?**

Amt für Asyl und Flüchtlinge.

**6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?**

Keine Angaben.

**7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?**

Keine Angaben.

**8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?**

Keine Angaben.

**9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?**

Keine Angaben.

<b>9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?</b>	Keine Angaben.
<b>9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder</b>	Keine Angaben.
<b>9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?</b>	Keine Angaben.
<b>9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?</b>	Keine Angaben.
<b>9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?</b>	Keine Angaben.
<b>9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?</b>	Keine Angaben.
<b>9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzte?</b>	Keine Angaben.
<b>10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?</b>	Keine Angaben.
<b>10a. Nahrung</b>	Die Betroffenen erhalten Lebensmittel im Wert von CHF 8.- täglich.
<b>10b. Unterbringung</b>	Personen mit einem rechtskräftigen negativen Wegweisungsentscheid werden in einem Zentrum für Asylsuchende untergebracht, müssen jedoch einen separaten Zugang benützen. Das Zentrum ist tagsüber offen und zugänglich.
<b>10c. Medizinische Betreuung</b>	Keine Angaben.
<b>10d. Werden NothilfebezügerInnen krankenversichert?</b>	Keine Angaben.
<b>10e. Persönliche Betreuung / Beratung</b>	Keine Angaben.
<b>10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?</b>	Keine Angaben.
<b>10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezügerInnen?</b>	Keine Angaben.

<b>10h. Sonstige Leistungen</b>	Keine Angaben.
<b>11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?</b>	Keine Angaben.
<b>12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?</b>	Keine Angaben.
<b>12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?</b>	Keine Angaben.
<b>13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?</b>	Keine Angaben.
<b>14. Weitere relevante Informationen</b>	Keine Angaben.

## **Situation im Kanton: OW**

<b>1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind</b>	Keine Angaben.
<b>1a. Anzahl NothilfebezügerInnen</b>	Stand: 2. Quartal 2008 gemäss Monitoring II - Daten an BFM: 17 Personen bezogen zwischen 2 und 91 Tage Nothilfe.
<b>2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?</b>	Erster Kontakt ist die kantonale Migrationsbehörde.
<b>3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe</b>	Art. 4 und 5 der Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer sowie zum Asylgesetz (Verordnung zum Ausländerrecht) vom 30. November 2007 (GDB 113.21), <a href="http://ilz.ow.ch/gessamml/pdf/113210.pdf">http://ilz.ow.ch/gessamml/pdf/113210.pdf</a> .
<b>4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?</b>	Männliche Einzelpersonen: Diese Personen werden in der Notunterkunft in Lungern untergebracht. Sie erhalten die Unterstützung täglich von Montag bis Freitag, am Freitag für drei Tage, in bar. Sie können in der Unterkunft kochen und sich dort aufhalten. Arzt- oder Zahnarztbesuche werden über die zuständige Ansprechperson vermittelt. Sie sind krankenversichert, Kleidung und anderes nach Bedarf.
<b>5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?</b>	Das kantonale Migrationsamt.
<b>6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?</b>	Ja, beim kantonalen Migrationsamt, resp. der zuständigen Ansprechperson in der Gemeinde.
<b>7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?</b>	Keine Angaben.

<b>8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?</b>	Keine Angaben.
<b>9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzliche?</b>	Besonders verletzbare Personen und Familien werden in ihren Strukturen belassen.
<b>9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?</b>	Familien, die bereits vor Eintritt der Rechtskraft im Kanton wohnhaft gewesen sind, bleiben in ihren eigenen Wohnungen. Sollte eine Familie mit Nothilfeanspruch direkt ab Empfangsstelle zugewiesen werden, wird sie separat untergebracht (ist bis jetzt nicht vorgekommen). Gleiches Vorgehen wäre bei alleinstehenden Frauen oder bei Paaren. Familien haben ihre Ansprechperson auf dem Gemeindesozialdienst der Wohngemeinde, die Unterstützung wird entweder per Bank überwiesen oder ausbezahlt. Arzt-, Zahnarztbesuche etc. wie bei Einzelpersonen. Die Kinder besuchen weiterhin die Schule, etc. Die Gemeinden halten sich an die Empfehlungen der SODK.
<b>9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?</b>	Familien, die bereits vor Eintritt der Rechtskraft im Kanton wohnhaft gewesen sind, bleiben in ihren eigenen Wohnungen. Sollte eine Familie mit Nothilfeanspruch direkt ab Empfangsstelle zugewiesen werden, wird sie separat untergebracht (ist bis jetzt nicht vorgekommen). Die Kinder gehen weiterhin in die Schule.
<b>9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?</b>	Bis jetzt noch keine unbegleiteten Kinder in der Nothilfe. Diesen würde jedoch ein Beistand ernannt.
<b>9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?</b>	Kinder besuchen die Schule.
<b>9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?</b>	Deutschkurs: die Kinder besuchen normal die Schule weiter, wie vor Eintritt in die Nothilfe. Brauchen sie Zusatzdeutschunterricht, wird dieser weiter erteilt.
<b>9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?</b>	Bis jetzt noch nie Säuglinge in der Nothilfe. Zusätzliche Unterstützung wird jedoch immer im Einzelfall geprüft.
<b>9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzliche?</b>	Keine Definition vorhanden.

**10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?**

Nothilfepauschale Einzelperson pro Tag CHF 10.- in bar. Für Familien beträgt die Nothilfepauschale für den Grundbedarf CHF 10.- für eine Person, CHF 19.- für zwei Personen, CHF 27.- für drei Personen, CHF 34.- für vier Personen, CHF 40.- für fünf Personen, CHF 44.- für sechs Personen, CHF 49.- für sieben Personen, CHF 53.- für acht Personen. Hinzu kommt bei allen Krankenversicherung, Unterkunft, medizinische Versorgung. Alle betroffenen Personen, die sich melden, erhalten Nothilfe.

**10a. Nahrung**

Nothilfepauschale Einzelperson pro Tag CHF 10.- in bar.

**10b. Unterbringung**

Alleinstehende Männer in der Gemeinde Lungern in der Notunterkunft, alleinstehende Frauen, Paare und Familien in Wohnungen.

**10c. Medizinische Betreuung**

Arzt- und Zahnarztbesuche werden über die zuständige Ansprechperson vermittelt. Drei Personen wurden Gesundheitskosten bezahlt (Aufenthaltort war unbekannt).

**10d. Werden NothilfebezügerInnen krankenversichert?**

Ja.

**10e. Persönliche Betreuung / Beratung**

Ja, jede Person hat eine Ansprechperson in der Wohngemeinde.

**10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?**

Nein.

**10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezügerInnen?**

Sie müssen für den Bezug der Nothilfepauschale von CHF 10.- effektiv anwesend sein. Gesundheitskosten werden auch für Personen übernommen, deren Aufenthaltort unbekannt ist. In diesen Fällen werden die Kosten den Leistungserbringern zurückerstattet.

**10h. Sonstige Leistungen**

Kleidung und anderes nach Bedarf. Die Unterstützung wird im Einzelfall geprüft.

**11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?**

Keine Angaben.

**12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?**

Keine Angaben.

**12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?**

Keine Angaben.

**13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?** Keine Angaben.

**14. Weitere relevante Informationen** Keine Angaben.

## **Situation im Kanton: SG**

**1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind** Ca. 200 Personen (Stand Januar 08).

**1a. Anzahl NothilfebezüglerInnen** Kenntnis von 50-60 Personen in den ersten Monaten 2008.

**2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?** Die Gemeinden sind zuständig, das Ausländeramt St. Gallen teilt die NothilfebezüglerInnen nach einem Verteilschlüssel der Vereinigung der St. Galler Gemeindepräsidenten und Gemeindepräsidentinnen (VSGP) den Gemeinden zu, sofern sie nicht als verletzte Personen in den bisherigen Gemeinden verbleiben.

**3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe** Kantonaes Sozialhilfegesetz vom 27. September 1998 (SHG, SGS 381.1), [www.gallex.ch/gallex/3/381.1.html](http://www.gallex.ch/gallex/3/381.1.html).

**4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?** Die Nothilfebezügler müssen sich beim Ausländeramt St. Gallen, Bereich Asyl- und Zwangsmassnahmen AuG (Ekkehardstrasse 1/3, 9001 St. Gallen) melden und werden anschliessend an eine politische Gemeinde weiterverwiesen.

**5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?** Die zuständige politische Gemeinde.

**6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?** Die Personen werden in den Gemeinden registriert.

**7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?** Identitätsabklärung mittels Identitätsausweis bzw. -papier (amtliches Dokument mit Fotografie, aus dem die Identität des Inhabers hervorgeht) oder durch die Kantonspolizei vor Ort.

**8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?** Nein, es wird kein neues Ausweis-Papier ausgestellt.

**9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?** Gemäss Kanton liegt die Nothilfegewährung in der Kompetenz der politischen Gemeinde (Koordination über VSGP), daher ist die Praxis unterschiedlich. Gemäss Informationen von privater Seite werden besonders Verletzte grundsätzlich in Wohnungen untergebracht.

**9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?**

Gemäss Kanton liegt die Nothilfegewährung in der Kompetenz der politischen Gemeinde (Koordination über VS GP), daher ist die Praxis unterschiedlich.

Gemäss Informationen von privater Seite ist die Betreuung an einigen Orten gut, an anderen ungenügend. In einigen Gemeinden wird nur eine Zivilschutzanlage bereitgestellt, welche tagsüber geschlossen ist. Andere Gemeinden stellen Wohnungen zur Verfügung. Es werden auch Menschen mit psychischen Problemen, die in Behandlung sind, z.T. auch bereits in Psychiatrischen Kliniken waren, in Zivilschutzanlagen untergebracht. Familien mit Kindern und alleinstehende Frauen sind nicht in Zivilschutzanlagen untergebracht.

**9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?**

Gemäss Kanton liegt die Nothilfegewährung in der Kompetenz der politischen Gemeinde (Koordination über VS GP), daher ist die Praxis unterschiedlich.

Gemäss Informationen von privater Seite erhält eine dreiköpfige Familie CHF 15.-/Tag, eine 4-köpfige Familie erhält CHF 18.-/Tag und eine 5-köpfige Familien erhält CHF 21.-/Tag. Schulpflichtige Kinder sind, da immer wieder Kosten für die Schule anfallen, ständig mit der familiären Notlage konfrontiert, da für diese Kosten von den Eltern Anträge gestellt werden müssen. Es fehlt das Geld für den Bus, für das Telefon etc.

**9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?**

Es hat zurzeit keine.

**9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?**

Gemäss Kanton ist dies Sache der politischen Gemeinde bzw. der Schulgemeinde (kant. Volksschulgesetz – sGS 213.1). Gemäss Informationen von privater Seite können Kinder die Schule besuchen. Zusätzliche Kosten für die Schule müssen z.B. in der Stadt St. Gallen immer extra beantragt werden.

**9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?**

Die Jugendlichen haben keine Erlaubnis, eine Lehre zu beginnen. Hingegen können Deutschkurse besucht werden.

**9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?**

Gemäss Kanton liegt die Nothilfegewährung in der Kompetenz der politischen Gemeinde (Koordination über VS GP), daher ist die Praxis unterschiedlich.

Gemäss Informationen von privater Seite ist die Möglichkeit, zusätzliche Unterstützung zu bekommen, je nach Gemeinde anders. Zum Teil werden Windeln bezahlt.

**9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzliche?**

Nein (z.B. Kranke oder gebrechliche Personen).



**10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?**

Gemäss Kanton liegt die Nothilfegewährung in der Kompetenz der politischen Gemeinde (Koordination über VSPG), daher ist die Praxis unterschiedlich.

Gemäss Informationen von privater Seite erhalten die Nothilfebezüger für Essen und Hygiene CHF 8.-/Tag ausbezahlt. Zum Teil Barauszahlung, zum Teil in Bons (Schmerikon), je nach Gemeinde.

**10a. Nahrung**

Gemäss Kanton liegt die Nothilfegewährung in der Kompetenz der politischen Gemeinde (Koordination über VSGP), daher ist die Praxis unterschiedlich.

Gemäss Informationen von privater Seite erhalten die Nothilfebezüger für Essen und Hygiene CHF 8.-/Tag ausbezahlt. Die Auszahlung erfolgt täglich, zweimal wöchentlich, oder wöchentlich. Die erste Person erhält CHF 8.-/Tag, die zweite Person CHF 4.-/Tag und jede weitere Person CHF 3.-/Tag. Es gibt Gemeinden mit einer Anwesenheitspflicht. Wer dieser nicht nachkommt, bekommt kein Geld.

**10b. Unterbringung**

Gemäss Kanton liegt die Nothilfegewährung in der Kompetenz der politischen Gemeinde (Koordination über VSGP), daher ist die Praxis unterschiedlich.

Gemäss Informationen von privater Seite ist die Unterbringung sehr unterschiedlich: In einigen Gemeinden wird nur eine Zivilschutzanlage bereitgestellt, welche tagsüber geschlossen ist (Bütschwil, Flums, Rorschach, Schmerikon). Die Nothilfebezüger können dort ihre persönlichen Sachen teilweise nicht deponieren. In anderen Gemeinden können die Betroffenen in Wohnungen bleiben oder werden neu in Wohnungen untergebracht. Dort haben sie auch tagsüber Obdach, verfügen über Kochmöglichkeiten und können dort waschen.

In Ernetschwil, Flums, Rorschach, Schmerikon werden die Leute nach Monaten immer noch in Zivilschutzanlagen untergebracht.

**10c. Medizinische Betreuung**

Gemäss Kanton liegt die Nothilfegewährung in der Kompetenz der politischen Gemeinde (Koordination über VSGP).

**10d. Werden NothilfebezügerInnen krankenversichert?**

Gemäss Kanton liegt die Nothilfegewährung in der Kompetenz der politischen Gemeinde (Koordination über VSGP), daher ist die Praxis unterschiedlich. Gemäss Informationen von privater Seite kommt es auf die jeweilige Gemeinde an. Einige bezahlen die Krankenkasse sofort, andere erst nach längerer Zeit. Es gibt Gemeinden wie Rorschacherberg, die z.B. der Frau die Krankenkasse bezahlen, dem Mann hingegen nicht.

**10e. Persönliche Betreuung / Beratung**

Rückkehrberatung des Ausländeramtes des Kantons St. Gallen. Die Beratung ist ausschliesslich auf die Rückkehr bezogen. Zudem bieten ebenfalls die Leiter der Kontaktstellen für Asylsuchende Rückkehrberatungen an.

**10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?**

Gemäss Kanton ist dies Sache der politischen Gemeinde. Gemäss Informationen von privater Seite gibt es keine Unterschiede.

**10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezügerInnen?**

Gemeindeebene: Sache der politischen Gemeinde.  
Kantonebene: Papierbeschaffung.

**10h. Sonstige Leistungen**

Gemäss Kanton liegt die Nothilfegewährung in der Kompetenz der politischen Gemeinde (Koordination über VS GP). Gemäss Informationen von privater Seite können sonstige Leistungen beantragt werden.

**11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?**

Auch wenn die Leute ein Härtefallgesuch eingeben, werden sie in die Nothilfe verwiesen, da ein rechtskräftiger Asylentscheid vorliegt.

**12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?**

Gemäss Kanton liegt die Zuständigkeit bei den Untersuchungsämtern. Gemäss Informationen von privater Seite ist die Praxis unterschiedlich.

**12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?**

Gemäss Kanton liegt die Zuständigkeit bei der Jugendanwaltschaft.

**13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?**

Ausschaffungshaft wird angewendet.

**14. Weitere relevante Informationen**

Die Regierung hat die Bildung einer Härtefallkommission abgelehnt.

## **Situation im Kanton: SH**

**1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind**

Kann nur schwer ermittelt werden, ca. 43 Personen (Stand Oktober 2008).

**1a. Anzahl NothilfebezügerInnen**

18 Personen beziehen dauerhaft Nothilfe (darunter eine 8-köpfige Familie). Weitere ca. 10 Personen beziehen sporadisch Nothilfe (Stand Oktober 2008).

**2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?**

Sozialamt des Kantons Schaffhausen, Platz 4, 8200 Schaffhausen.

**3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe**

Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, SHR 850.100) vom 21. November 1994, <http://rechtsbuch.sh.ch/f/f850.100.htm>.

**4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?**

Das Gesuch um Nothilfe wird bei der Gemeinde, Polizei oder beim Ausländeramt eingereicht. Es erfolgt die Weiterleitung ans kantonale Sozialamt. Falls die Identität bereits geklärt ist und das Ausländeramt keine sofortige Verfügung anordnet, wird die um Nothilfe ersuchende Person ohne weitere polizeiliche Massnahmen an die vorgesehene Nothilfeeinrichtung verwiesen. An Wochenenden, Feiertagen und ausserhalb der Bürozeiten können die Polizei, das Ausländeramt oder die Notschlafstelle «Schärme» Gutscheine für die «Schärme» und die Gassenküche abgeben. Ist eine direkte Überstellung an die vorgesehene Nothilfeeinrichtung nicht möglich, wird der um Nothilfe ersuchenden Person in der Notschlafstelle eine vorübergehende Übernachtungsmöglichkeit angeboten.

**5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?**

Das Sozialamt des Kantons Schaffhausen.

**6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?**

Die Registrierung erfolgt beim Sozialamt, beim Ausländeramt und auch bei der Polizei. Das Sozialamt ist zuständig für die Datensammlung für das Monitoring des Bundes.

**7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?**

Unbekannte Personen werden auf den Polizeiposten geschickt, damit dort Fingerabdrücke genommen werden können.

**8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?**

Langzeitbezüger der Nothilfe wird ein Bestätigungsschreiben abgegeben.

**9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?**

Ja.

**9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen**

Gemäss dem Nothilfe-Konzept des Kantons können so genannte «vulnerable Personen» (UMA, Familien, alleinstehende Frauen mit Kindern, alte und kranke Menschen) in den normalen Asylstrukturen mit den üblichen asylfürsorgerischen Leistungen versorgt werden. Der Einzelfall wird geprüft. Unbegleitete minderjährige Asylsuchende werden generell in den normalen Asylstrukturen belassen. Sie erhalten zudem Zugang zu einem vom SAH angebotenen Kurs, der den Minderjährigen v.a. Deutschkenntnisse vermittelt. Alleinstehenden Frauen, alten und kranken Menschen sowie nicht mehr schulpflichtigen Minderjährigen ist ein Aufenthalt in der Nothilfestruktur «Friedeck» in der Regel zuzumuten. Die «Friedeck» wird 24 Stunden betreut, verfügt über spezielle Wohngruppen für Frauen und Familien und kann sowohl die ärztliche Versorgung wie auch die Sicherheit gewährleisten. Die ständige Verfügbarkeit von Betreuungspersonen kann zudem mithelfen, die Lebenssituation zu klären und Lösungen zu suchen. Jeder Einzelfall wird aber in bezug auf die Unterbringung geprüft.

**9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?**

Begleitete Kinder werden in den normalen Asylstrukturen belassen. Sie besuchen die öffentlichen Schulen oder erhalten Zugang zu einem vom SAH angebotenen Kurs, der den Minderjährigen v.a. Deutschkenntnisse vermittelt.

**9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?**

Unbegleitete minderjährige Asylsuchende werden in den normalen Asylstrukturen belassen. Sie erhalten die üblichen asylfürsorgerischen Leistungen. Sie besuchen die öffentlichen Schulen oder erhalten Zugang zu einem vom SAH angebotenen Kurs, der den Minderjährigen v.a. Deutschkenntnisse vermittelt.

**9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?**

Ja, Kinder werden eingeschult. Notwendige Beträge für Schulunterricht, Schulausflüge etc. werden ausbezahlt.

**9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?**

Ja, unter Vorbehalt ausländerrechtlicher Verfügungen. Zuständig dafür ist das Ausländeramt.

**9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?**

Zusätzliche Auslagen für Kleinkinder und Säuglinge werden gewährt.

**9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzte?**

Zur Gruppe der besonders verletzlichen Personen gehören laut Konzept und Praxis des Kantons Schaffhausen: UMA, Familien, alleinerziehende Frauen, alte und kranke Menschen.

**10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?**

Sachleistungen in der Nothilfeunterkunft «Friedeck». Bei vulnerablen Personen Geldleistungen im Rahmen der Sozialhilfe für Asylsuchende.

**10a. Nahrung**

In der Nothilfeunterkunft «Friedeck» besteht eine Zentralküche, in der für alle gemeinsam gekocht wird (3 Mahlzeiten täglich).  
In der Notschlafstelle «Schärme» werden den Nothilfebezügern nebst einem Gemeinschaftszimmer auch ein Abendessen sowie ein Frühstück angeboten. Das Mittagessen kann mit einem Gutschein in der Gassenküche eingenommen werden. Die Betroffenen müssen täglich beim Sozialamt einen neuen Bon für eine Übernachtung und ein Mittagessen abholen. In den Asylunterkünften verbleibende Nothilfebezügler (vulnerable Personen) müssen/dürfen selber kochen.

**10b. Unterbringung**

Die Nothilfeeinrichtung an der Ebnatfeldstrasse 12+14 (Foyer +GF+) wurde Ende Mai 2007 geschlossen

Das DZ «Friedeck» ist seit Juni 2007 die Nothilfeeinrichtung im Kt. SH. Die Nothilfebezügler werden wie die Asylsuchenden in Mehrbettzimmern untergebracht.

	<p>Verstossen Nothilfebezüger wiederholt gegen die Hausregeln oder wird Gewalt in irgendeiner Form ausgeübt, werden die betroffenen Personen mit einem Hausverbot belegt und können bei der öffentlichen Notschlafstelle «Schärme» Unterkunft finden.</p> <p>Die Notschlafstelle «Schärme» ist jeden Tag ab 18.30 Uhr bis am nächsten Morgen um 09.00 Uhr bzw. 10.30 Uhr (an Wochenenden) geöffnet.</p> <p>In der Asyl-Unterkunft «Krebsbach» (eine Reihe von Mehrfamilienhäusern mit einem Zentrum für Integration) leben viele UMA, alleinstehende Frauen und Familien, die nach der Definition des Kt. SH als verletzliche Personen gelten. Ist eine dieser Personen vom Sozialhilfeausschluss betroffen, können sie weiterhin in der Unterkunft bleiben und werden im üblichen Umfang unterstützt.</p> <p>Ausserdem leben derzeit eine Familie (8 Personen) und eine alleinerziehende Mutter in privaten Wohnungen.</p>
<b>10c. Medizinische Betreuung</b>	Im Bedarfsfall wird ärztliche Hilfe gestellt und vom Kanton bezahlt.
<b>10d. Werden NothilfebezügerInnen krankenversichert?</b>	Im Einzelfall wird entschieden, ob die betroffene Person in die Krankenversicherung aufgenommen wird oder nicht.
<b>10e. Persönliche Betreuung / Beratung</b>	Persönliche Betreuung / Beratung ist für alle Personen in der Nothilfe gewährleistet. Entweder durch die Teams der Nothilfeeinrichtungen oder durch die Beratungsstelle des Kantonalen Sozialamtes.
<b>10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?</b>	Nein.
<b>10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezügerInnen?</b>	Die Mittellosigkeit muss festgestellt sein. Sonst keine weiteren Bedingungen für den Bezug von Nothilfe.
<b>10h. Sonstige Leistungen</b>	Der Zugang zur Rückkehrberatung ist für alle Personen aus der Nothilfe gewährleistet. Die finanzielle Rückkehrhilfe beschränkt sich auf Personen ohne Straffälligkeit.
<b>11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?</b>	Ja, ein Antrag auf eine Härtefallbewilligung kann gestellt werden. Die Nothilfeleistungen werden davon nicht tangiert.

**12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?**

Es liegen Hinweise vor, dass nur selten ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts gegen illegal anwesende Personen aus dem Asylbereich durchgeführt wird.

**12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?**

Nicht bekannt.

**13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?**

Milde Praxis. Nur wenn Straftaten bzw. massives Fehlverhalten vorliegen, werden Zwangsmassnahmen eingeleitet.

**14. Weitere relevante Informationen**

Keine Angaben.

## **Situation im Kanton: SO**

**1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind**

Seit Inkrafttreten 2004 sind dem Kanton Solothurn rund 500 Personen mit einem NEE zugewiesen worden. Ein Grossteil davon hat jedoch bei der kantonalen Anlaufstelle gar nie vorgesprochen. 146 Personen sind seit 1.1.2008 von einem negativen Wegweisungsentscheid betroffen.

**1a. Anzahl NothilfebezüglerInnen**

Durchschnittlich 30 Personen beziehen Nothilfe in einem kantonalen Durchgangszentrum. 24 Personen leben in Gemeindeunterkünften, da sie als verletzlich qualifiziert wurden und beziehen Nothilfe (Stand August 08).

**2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?**

Amt für soziale Sicherheit, Sozialhilfe und Asyl (ASO)  
Anlaufstelle für Nothilfe, Ambassadorsenhof, 4509 Solothurn,  
Tel. 032 627 23 11.

**3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe**

Regierungsratsbeschluss vom 27.11.07, Nr. 2007/2002, gestützt auf Sozialgesetz (SG) und Sozialverordnung (VO SG),  
[www.so.ch/appl/rrb/daten/rrb2007/1127/000000906965\\_2007\\_2002.pdf](http://www.so.ch/appl/rrb/daten/rrb2007/1127/000000906965_2007_2002.pdf).

**4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?**

Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid werden schriftlich über den Ausschluss aus der Sozialhilfe orientiert. Ein Hinweis auf die Möglichkeit, Nothilfe zu beziehen, fehlt im Schreiben. Die BetreuerInnen in den Gemeinden werden angewiesen, die Ausweisung aus der Unterkunft zu vollziehen.

**5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?**

Das ASO.

<b>6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?</b>	Ja, durch das ASO.
<b>7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?</b>	Mittels Daktyloskopie bei der Kantonspolizei.
<b>8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?</b>	Nein.
<b>9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?</b>	Es gibt im Regierungsratsbeschluss Nr. 2007/2002 die Bestimmung Ziff. 2.3.2, gemäss welcher den Bedürfnissen von Familien, teilweise auch alleinstehenden Frauen, unbegleiteten Minderjährigen sowie von gebrechlichen und/oder kranken Personen in bezug auf Unterbringung, Beratung und Betreuung in angemessener Weise Rechnung zu tragen ist.
<b>9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?</b>	Besonders Verletzte werden in den Gemeindeunterkünften belassen, es gelten jedoch die Nothilfeansätze.
<b>9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?</b>	Familien erhalten nur Nothilfe, werden aber in der Regel in den Gemeindeunterkünften belassen. Es ist die Absicht des Kantons, Schulkinder mit illegalem Aufenthaltsstatus nicht in ihrer sozialen Einbindung zu benachteiligen. Gemäss Ziff. 2.3.2 des RRB Nr. 2007/2002 müssen die Rechte des Kindes beachtet werden (Schulpflicht/vormundschaftliche Massnahmen).
<b>9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?</b>	Es gibt zurzeit keine unbegleiteten Minderjährigen im Kanton Solothurn, die vom Sozialhilfestopp betroffen sind. Falls vorhanden, müsste die Situation individuell geklärt werden.
<b>9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?</b>	Die Kinder werden eingeschult. Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge werden als situationsbedingte Leistungen von der Sozialhilfe übernommen.
<b>9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?</b>	Das Amt für öffentliche Sicherheit, Asylbüro, entscheidet nach Analyse des Einzelfalls, ob die Lehre oder Ausbildung fortgesetzt werden kann.
<b>9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?</b>	Zusatzkosten für z.B. Windeln, Kinderwagen, Kleidung, spezielle Nahrung, können als situationsbedingte Leistungen geltend gemacht werden oder werden in Sachform zur Verfügung gestellt.

**9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzliche?**

RRB 2007/2002, Ziff. 2.3.2 enthält als besondere Zielgruppe Familien, teilweise alleinstehende Frauen, unbegleitete Minderjährige sowie gebrechliche und/oder kranke Personen, bei welchen in bezug auf Unterbringung, Beratung und Betreuung in angemessener Weise Rechnung zu tragen ist. Die Umstände werden jedoch individuell beurteilt.

**10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?**

Gemäss RRB Nr. 2007/2002, Ziff. 3.9: Obdach, Essen, Kleidung, Hygiene, medizinische Notversorgung. Die Ausrichtung der Nothilfe erfolgt bei nachgewiesener Notlage und auf Antrag der Gesuchsteller hin.

**10a. Nahrung**

Gemäss RRB Nr. 2007/2002, Ziff. 3.9:  
CHF 9.- pro Person und Tag,  
CHF 14.- pro 2 Personen und Tag,  
CHF 18.- pro 3 Personen und Tag,  
CHF 21.- pro 4 Personen und Tag,  
jede weitere Person plus CHF 3.-.

Personen, die keiner Unterkunft zugewiesen werden können, wird die Unterbringung ausnahmsweise bar vergütet, und zwar:  
CHF 15.- für Einzelpersonen pro Tag,  
CHF 21.- für zwei Personen pro Tag,  
CHF 26.- für drei Personen pro Tag,  
CHF 30.- für vier Personen pro Tag.  
Der Kanton Solothurn hat keine Notschlafstelle. Sofern die Betroffenen keine Bekannten haben, finden sie für CHF 15.- keine Übernachtungsmöglichkeit und schlafen auf der Strasse.

**10b. Unterbringung**

Alleinstehende Männer im Durchgangszentrum Balmberg, Familien, Frauen, Kinder im Durchgangszentrum Oberbuchsiten. Ein Besuchsrecht wurde mit der neuen Hausordnung auf dem Balmberg wieder eingeführt. Zur Sicherheitsüberwachung sind Kameras im In- und Aussenraum (ausser in den Schlafzimmern) installiert.

**10c. Medizinische Betreuung**

Bei Bedarf besteht Zugang zu medizinischer Hilfe.

**10d. Werden NothilfebezüglerInnen krankenversichert?**

Der Kanton hat gemäss RRB 2007/2002 von einer generellen Einbindung dieser Personen in die Kranken- und Unfallversicherung abgesehen. Die Betroffenen werden zurzeit, sofern sie krank sind, auf Antrag hin wieder krankenversichert. Ebenfalls sind Risikopersonen versichert.

**10e. Persönliche Betreuung / Beratung**

Durch das ASO, Sozialhilfekommissionen oder durch BetreuerInnen in den Zentren.

**10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?**

Nein.



**10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezügerInnen?**

Analog Sozialhilfeempfänger. Bei Nothilfe muss insb. die Notlage nachgewiesen werden. Zudem muss die Person, welche Nothilfe beantragt, unterschriftlich bestätigen, dass sie alle Bedingungen (inkl. Hausordnung) akzeptiert. Verweigert sie die Unterschrift, wird sie nicht in die Nothilfe aufgenommen.

**10h. Sonstige Leistungen**

Mittel für Kleiderkauf bei dringlichem und offensichtlichem Bedarf (vgl. RRB 2007/2002, Ziff. 3.9.c).

**11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?**

Ja. Während des Verfahrens ändert sich der Umfang der Nothilfe nicht.

**12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?**

Ja.

**12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?**

Nein, zurzeit nicht.

**13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?**

Keine Angaben.

**14. Weitere relevante Informationen**

Keine Angaben.

## **Situation im Kanton: SZ**

**1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind**

Seit Januar 2008 ca. 70 Personen (Stand September 2008).

**1a. Anzahl NothilfebezügerInnen**

Täglich 4 bis 6 Personen. 12 verletzte Personen erhalten weiterhin Sozialhilfe in vollem Umfang und befinden sich in den Asylstrukturen der Gemeinden oder im kantonalen Durchgangszentrum.

**2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?**

§3 Abs. 2 lit. k Verordnung zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (SRSZ 111.211): Kantonale Fremdenpolizei: Amt für Migration, Abteilung Asylwesen, Steistegstrasse 13, 6431 Schwyz, Tel. 041 819 22 68.

**3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe**

Gesetz über die Sozialhilfe vom 18. Mai 1983 (SRSZ 380.100). Verordnung zum Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer und zum Asylgesetz (SRSZ 111.211). Auszug: § 6 Die öffentliche Sozialhilfe wird primär von den Gemeinden geleistet. Zuständig ist grundsätzlich die Wohnsitzgemeinde des Hilfesuchenden. Der Kanton kommt für die ungedeckten Kosten der Nothilfe für Personen mit NEE oder negativen Asylentscheid mit rechtskräftiger Wegweisung auf.

**4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?**

Werden Personen ohne Papiere aufgegriffen oder beantragen sie Nothilfe, werden sie dem Amt für Migration zugewiesen. Das Amt für Migration nimmt die notwendigen Abklärungen vor und bietet auch allfällige Unterstützung. Ausserhalb der Bürozeiten sollen sich die Betroffenen an die Kantonspolizei wenden. Die Personen werden zur Übernachtung an die Zivilschutzanlage verwiesen und müssen sich täglich neu beim Amt für Migration melden. Das Amt für Migration gewährt Nothilfe, wenn die ersuchende Person bedürftig ist, die Identität der Person feststeht, der Kanton SZ für den Vollzug der Wegweisung zuständig ist und die Anordnung von Zwangsmassnahmen nicht zulässig ist.

**5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?**

Über den Zugang von Personen zur Nothilfe und über die zu erbringenden Leistungen entscheidet das Amt für Migration.

**6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?**

Ja. Die Daten werden gemeinsam mit dem Sicherheitsdienst, der die Nothilfeunterkunft führt, erhoben.

**7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?**

Daktyloskopie.

**8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?**

Nein.

**9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?**

Verletzte Personen wie UMA, (sichtbar) Schwangere Familien mit schulpflichtigen Kindern, gesundheitlich angeschlagene Personen (mit ärztlichem Attest) werden den bestehenden Asylstrukturen zugewiesen (Durchgangszentrum oder Gemeinden).

**9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?**

Verletzte Personen wie UMA, (sichtbar) Schwangere, Familien mit schulpflichtigen Kindern, gesundheitlich angeschlagene Personen (mit ärztlichem Attest) werden den bestehenden Asylstrukturen zugewiesen (Durchgangszentrum oder Gemeinden). Vormundschaftliche Massnahmen für UMA werden fortgeführt.

<b>9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?</b>	Familien mit schulpflichtigen Kindern werden den bestehenden Asylstrukturen zugewiesen (Durchgangszentrum oder Gemeinden). Das Taggeld der Kinder und Eltern sowie das Taschengeld der Eltern werden in vollem Umfang ausgerichtet (auf Kosten des Kantons).
<b>9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?</b>	UMA werden den bestehenden Asylstrukturen zugewiesen (Durchgangszentrum oder Gemeinden). Vormundschaftliche Massnahmen für UMA werden fortgeführt.
<b>9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?</b>	Kinder werden eingeschult bzw. nehmen am ordentlichen Schulunterricht teil. Das Ausrichten zusätzlicher Beträge obliegt der Zuständigkeit der Gemeinden.
<b>9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?</b>	Keine Angaben.
<b>9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?</b>	Alleinstehende Mütter mit Kleinkindern und Säuglingen werden im kantonalen Durchgangszentrum untergebracht. Windeln, Babynahrung, Kinderbetten etc. werden von der Zentrumsbetreuung abgegeben.
<b>9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzte?</b>	Wird von Fall zu Fall entschieden.
<b>10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?</b>	CHF 10.- pro Tag (gutgeschrieben auf Migros-Geschenkkarte).
<b>10a. Nahrung</b>	Geldleistung.
<b>10b. Unterbringung</b>	Im Zivilschutzzentrum. Ein separater Eingang besteht für die Personen mit NEE oder rechtskräftiger Wegweisung. Die Anlage muss am Morgen jeweils wieder verlassen werden. Mitten in der Nacht wird ein Kontrollgang durchgeführt. Die Anlage verfügt über warmes Wasser und einen WC-Container ausserhalb der Unterkunft (WC auch tagsüber geöffnet). Duschen gibt es keine. Frauen und Männer schlafen getrennt. Das Frauenzimmer kann von innen verschlossen werden. Es hat keine Waschmaschine, keine Kochgelegenheit.
<b>10c. Medizinische Betreuung</b>	Notfallversorgung im Spital Schwyz. Über Art und Umfang einer weiterführenden Behandlung entscheidet der Kantonsarzt.

<b>10d. Werden NothilfebezügerInnen krankenversichert?</b>	Personen, welche regelmässig Nothilfe beziehen, werden krankenversichert.
<b>10e. Persönliche Betreuung / Beratung</b>	Nein.
<b>10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?</b>	Nein.
<b>10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezügerInnen?</b>	Grundsätzlich gibt es eine Mitwirkungspflicht. Verstösse dagegen werden jedoch nicht sanktioniert.
<b>10h. Sonstige Leistungen</b>	Kleider werden nur im äussersten Notfall abgegeben (Kleider von Caritas Kleidersammlung).
<b>11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?</b>	Ja, sie können eine Härtefallbewilligung beantragen. Am Umfang der Nothilfegewährung ändert sich während des Gesuchverfahrens nichts. Der Kanton leitet nur sehr zurückhaltend Gesuche ans Bundesamt für Migration weiterleitet.
<b>12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?</b>	Nein.
<b>12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?</b>	Ja, ab dem 16. Lebensjahr.
<b>13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?</b>	Zwangsmassnahmen gemäss Art. 73 bis Art. 82 AuG werden angewendet. Auch bei Minderjährigen ab dem 16. Lebensjahr.
<b>14. Weitere relevante Informationen</b>	Keine Angaben.

## **Situation im Kanton: TG**

- 1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind** Keine Angaben.
- 1a. Anzahl NothilfebezüglerInnen** 39 (Stand Oktober 2008).
- 2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?** Migrationsamt, Schlossmühlestrasse 7, 8510 Frauenfeld, Tel. 052 724 15 55.
- 3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe** Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz, RB 850.1) vom 29. März 1984, [www.rechtsbuch.tg.ch/pdf/800/850\\_1e1.pdf](http://www.rechtsbuch.tg.ch/pdf/800/850_1e1.pdf).  
Verordnung des Regierungsrates zum Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung, RB 850.11) vom 15. Oktober 1985, [www.rechtsbuch.tg.ch/pdf/800/850\\_11e1.pdf](http://www.rechtsbuch.tg.ch/pdf/800/850_11e1.pdf).
- 4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?** Die Nothilfe wird zentral durch die Peregrina-Stiftung im Auftrag des Kantons in einem Durchgangsheim (DGH) in Frauenfeld ausgerichtet. Personen mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid werden ans Migrationsamt verwiesen, wo das Vorliegen einer Notlage geprüft wird. Allenfalls überprüft die Kantonspolizei die Fingerabdrücke. Ist eine Ausschaffung der betroffenen Person möglich, ist das Migrationsamt für den Vollzug zuständig. Kann die Person nicht ausgewiesen werden, wird sie zur Übernachtung dem DGH zugewiesen.
- 5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?** Durch das Migrationsamt in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei.
- 6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?** Ja, beim Migrationsamt.
- 7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?** Daktyloskopie durch die Kantonspolizei.
- 8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?** Bei längerem Aufenthalt und zur Abholung von eingeschriebener Post bekommen die Nothilfeempfänger eine Bestätigung vom Durchgangsheim.
- 9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?** Kinder im schulpflichtigen Alter werden eingeschult.

**9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?**

NothilfebezügerInnen werden im DGH Frauenfeld in einem speziellen Trakt untergebracht. Besonders verletzte Personen werden in den normalen Unterkünften des Heims untergebracht. Die meisten Nothilfebezüger sind jedoch Männer, nur selten Verletzte.

**9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?**

Familien mit schulpflichtigen Kindern bleiben in dem DGH, in welchem sie vor der Abweisung untergebracht waren, damit die Kinder in die gleiche Schule gehen können. Da dort die Abgabe von Naturalien nicht möglich ist, erhält jede Person CHF 8.-/Tag. Familien ohne schulpflichtige Kinder kommen ins DGH Frauenfeld. Dort werden Naturalien abgegeben, mit welchen die Familien selber kochen können. Der Bedarf für die Schule wird gedeckt.

**9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?**

Keine Angaben.

**9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?**

Ja. Die Kinder werden eingeschult und besuchen den öffentlichen Schulunterricht. Der Bedarf für die Schule wird gedeckt.

**9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?**

Nicht bekannt.

**9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?**

Die erforderlichen Naturalien werden abgegeben.

**9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzte?**

Keine Angaben.

**10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?**

Generell Sachleistungen (Abgabe von Naturalien im DGH Frauenfeld). Ansonsten auch Auszahlung der Nothilfepauschale von CHF 8.-/Tag pro Person, sofern Unterbringung in einem anderen DGH (Familien mit schulpflichtigen Kindern). In absoluten Ausnahmefällen erhält jemand auch einmal Geld, z.B. Kleidergeld (bei einer schwangeren Frau waren keine Kleider in geeigneter Grösse vorhanden).

**10a. Nahrung**

Im DGH Frauenfeld werden Nahrungsmittel abgegeben, die NothilfebezügerInnen kochen selber.

<b>10b. Unterbringung</b>	Im DGH Frauenfeld, Häberlinstrasse 19, 8500 Frauenfeld. Für Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid ist ein separater Trakt vorhanden.
<b>10c. Medizinische Betreuung</b>	Medizinische Betreuung ist gewährleistet. Hausapotheke vorhanden. Im Bedarfsfall wird Arzttermin von Heimleitung abgemacht.
<b>10d. Werden NothilfebezüglerInnen krankenversichert?</b>	Nach Empfehlungen des BFM ab dem sechsten Monat. In Ausnahmefällen wird bei sehr kranken Personen die Krankenversicherung beibehalten.
<b>10e. Persönliche Betreuung / Beratung</b>	Keine Angaben.
<b>10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?</b>	Nein.
<b>10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezüglerInnen?</b>	Teilweise besteht die Pflicht, sich beim Migrationsamt zu melden. Je nach Möglichkeiten des Amtes, die Rückkehr zu organisieren bzw. Zwangsmassnahmen anzuwenden.
<b>10h. Sonstige Leistungen</b>	Keine Angaben.
<b>11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?</b>	Ja, es besteht die Möglichkeit. Der Umfang der Nothilfe ändert sich nicht.
<b>12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?</b>	Die Bestrafung wegen illegalen Aufenthalts geschieht unregelmässig. Werden die asylsuchenden Personen beim Grenzübertritt in flagranti ertappt, dann gibt es aber auf jeden Fall ein Strafverfahren wegen illegalen Grenzübertritts.
<b>12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?</b>	Keine Angaben.
<b>13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?</b>	Personen in Ausschaffungshaft werden im Kantonalgefängnis in Frauenfeld inhaftiert. Wo die Möglichkeit besteht, werden Zwangsmassnahmen angewendet.
<b>14. Weitere relevante Informationen</b>	Keine Angaben.

## **Situation cantonale: TI**

- |   |  |
|---|--|
| <b>1. Nombre de personnes touchées par l'exclusion de l'aide sociale</b>                          | Nessun informazione.   |
| <b>1a. Bénéficiaires de l'aide d'urgence</b>  | Nessun informazione.   |
| <b>2. Quelle autorité est compétente pour l'aide d'urgence?</b>                                   | Ufficio del sostegno sociale e dell'inserimento (USSI),<br>Stabile Ottavia, Viale Officina 6, 6500 Bellinzona,<br>tel. 091 814 70 51.  |
| <b>3. Base légale cantonale pour l'octroi de l'aide d'urgence</b>                                 | Legge sull'assistenza (Sozialhilfegesetz).   |
| <b>4. Comment se déroule la procédure d'octroi de l'aide d'urgence?</b>                           | Da inizio Giugno 2008, la struttura d'alloggio per le persone che sono escluse dell'aiuta sociale e chiusa (struttura di protezione civile) Attualmente, non è disponibile alcun'altra struttura d'alloggio. La gente si trova fuori e non ha accesso a un soccorso d'emergenza. |
| <b>5. Qui examine la situation de détresse?</b>   | Ufficio del sostegno sociale e dell'inserimento.   |
| <b>6. Les personnes nécessiteuses seront-elles enregistrées? Comment et où?</b>                   | Dalle autorità cantonale competenti in materia di polizia degli stranieri e dalla struttura di protezione civile.  |
| <b>7. Comment l'identité des personnes nécessiteuses est-elle constatée?</b>                      | Numero N.  |
| <b>8. Obtiennent-elles un document qui les identifie comme bénéficiaires de l'aide d'urgence?</b> | No.  |
| <b>9. Y a-t-il des dispositions spéciales pour les personnes particulièrement vulnérables?</b>    | Valutazione caso per caso.   |
| <b>9a. Comment sont traitées les personnes particulièrement vulnérables?</b>                      | Persone particolarmente vulnerabili (famiglie con bambini, persone ammalati) sono ospitate in una struttura della Croce Rossa a Lugano. Donne isolate ed uomini non vengono considerate come particolarmente vulnerabili.  |



<b>9b. Comment se présente la situation concernant les mineurs accompagnés?</b>	Soccorso d'emergenza, alloggio, assistenza sociale e sanitaria.
<b>9c. Comment se présente la situation concernant les mineurs non accompagnés?</b>	In struttura della Croce Rossa a Lugano.
<b>9d. Les enfants sont-ils scolarisés ? Peuvent-ils fréquenter l'école publique ? Est-il versé un montant supplémentaire pour du matériel, excursions etc.?</b>	Succede nessun indagine individuale.
<b>9e. Les enfants, peuvent-ils terminer leur formation en cours (p. ex. apprentissage, cours de langue)?</b>	Succede nessun indagine individuale.
<b>9f. Comment se présente la situation pour les enfants en bas âge et les nourrissons?</b>	Succede nessun indagine individuale.
<b>9g. Existe-t-il une définition cantonale des personnes particulièrement vulnérables?</b>	No.
<b>10. Comment se présente le contenu de l'aide d'urgence?</b>	Particolarmente vulnerabili CHF 9.- per una giornata tutto compreso. I altri sono esclusi dell'aiuta sociale (né soldi né alloggio). C'è anche l'alloggio privato Casa Astra in Ligornetto (struttura per sans-papiers), che pertanto non a molta disponibilità (circa 9 letti). Qui si può dormire e pulire. Attualmente ci sono due persone in questa struttura (stadio in ottobre 2008). La polizia visita regolarmente questo luogo.
<b>10a. Alimentation</b>	Particolarmente vulnerabili: CHF 9.- per una giornata tutto compreso. I altri sono esclusi dallo soccorso d'emergenza.
<b>10b. Hébergement</b>	Particolarmente vulnerabili sono ospitate in una struttura della Croce Rossa a Lugano. I altri sono esclusi dallo soccorso d'emergenza e non hanno un alloggio.
<b>10c. Soins médicaux</b>	Succede nessun indagine individuale.
<b>10d. Les bénéficiaires de l'aide d'urgence sont-ils couverts par une assurance-maladie?</b>	Particolarmente vulnerabili hanno un assicurazione malattia. Non i altri.

<b>10e. Soins personnels, service de consultation</b>	Rete sans-papiers.
<b>10f. Existe-t-il des différences à la mise en œuvre de l'aide d'urgence entre les personnes frappées d'une décision de renvoi définitive et celles frappées d'une NEM ?</b>	Nessun trattamento differenziato.
<b>10g. Y-a-t-il une obligation de coopération pour les bénéficiaires de l'aide d'urgence?</b>	Personne vulnerabili: verifica della vulnerabilità. Altri: obbligo di preparare il ritorno in collaborazione con le autorità.
<b>10h. D'autres prestations</b>	No.
<b>11. Les personnes déboutées peuvent-elles recevoir une autorisation de séjour dans un cas de rigueur grave? Le contenu de l'aide d'urgence change-t-il pendant la procédure d'octroi ?</b>	Nessun informazione.
<b>12. Y-a-t-il régulièrement des procédures pénales par suite d'un séjour illégal ?</b>	Si, la polizia spesso denuncia al Ministero Pubblico.
<b>12a. Y-a-t-il aussi des procédures pénales menées contre des mineurs non accompagnés par suite d'un séjour illégal ?</b>	Nessun informazione.
<b>13. Comment est-ce que se présente la pratique cantonale en matière d'application des mesures de contrainte?</b>	Denuncia al Ministero Pubblico, condanna.
<b>14. D'autres informations Cantonales</b>	Nessun informazione.

## **Situation im Kanton: UR**

**1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind**

Zwei, davon eine in Haft (Stand September 2008).

**1a. Anzahl NothilfebezüglerInnen**

1 (Stand September 2008).

**2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?**

Gemäss Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe sind die Gemeinden zuständig. Die Anmeldung erfolgt beim Amt für Soziales resp. bei den Gemeinden, welche die Personen an das Amt für Arbeit und Migration, Abteilung Migration, zwecks Identifizierung, Vollzug weiterverweisen. Das Schweizerische Rote Kreuz SRK übernimmt die Betreuung von Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid. Zwischen dem SRK und der einfachen Gesellschaft "PRW" der Einwohnergemeinde des Kantons Uri besteht ein Leistungsvertrag.

**3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe**

Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe vom 28. September 1997 (Rechtsbuch des Kantons Uri, RB 20.3421), Stand am 1. Januar 2008, <http://ur.lexspider.com/pdf/20-3421.pdf>.  
Reglement zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz vom 18. September 2007 (RB 1.4221), Stand am 1. Januar 2008, <http://ur.lexspider.com/pdf/1-4221.pdf>.

**4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?**

Personen, die sich in einer Gemeinde für die Ausrichtung der Nothilfe melden, werden an das Amt für Arbeit und Migration, Abteilung Migration resp. an das SRK verwiesen (Unterkunft in Amsteg). Die Gemeinden haben sich zusammengeschlossen. Die grösste Gemeinde ist für die Nothilfe zuständig. Diese Personen bekommen pro Tag CHF 12.-, da die nächste Einkaufsgelegenheit weit von der Unterkunft in Amsteg entfernt ist und sie den Bus nehmen müssen.  
Personen, welche sich im Zeitpunkt der Rechtskraft des ablehnenden Entscheids bereits im Kanton Uri aufhalten, können i.d.R. in der bisherigen Unterkunft verbleiben. Sie erhalten CHF 11.50 pro Tag. Die Nothilfe wird für sie wöchentlich ausbezahlt.

**5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?**

Das SRK in Absprache mit den Gemeinden.

**6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?**

Ja, die Registrierung erfolgt durch das Amt für Arbeit und Migration, Abteilung Migration.

**7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?**

Daktyloskopie, wenn aufgrund des Dossiers die Identität nicht festgestellt werden kann. Die Identität ist aber meistens bekannt und benötigt keine weiteren Abklärungen.

<b>8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?</b>	Nein.
<b>9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?</b>	Siehe Frage 9a.
<b>9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?</b>	Frauen werden in einer speziellen Frauenunterkunft untergebracht. Ältere sowie kranke Personen kommen nicht in die Unterkunft in Amsteg, sondern verbleiben in den normalen Asylunterkünften. Minderjährige unter 16 Jahren kommen ebenfalls nicht nach Amsteg. Die Personen sind i.d.R. krankenversichert. Vormundschaftliche Massnahmen werden weitergeführt. Zuständig ist die Vormundschaftsbehörde Altdorf.
<b>9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?</b>	Die Kinder werden gleich behandelt wie die Kinder im hängigen Asylverfahren. Sie werden z.B. auch eingeschult.
<b>9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?</b>	Bei allen Minderjährigen wird eine Beistandschaft errichtet. Unter 16-jährige werden meist in einem Kinderheim platziert. Über 16-jährige werden i.d.R. wie erwachsene Asylsuchende behandelt und kommen in die Unterkunft nach Amsteg.
<b>9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?</b>	Ja, Kinder werden eingeschult.
<b>9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?</b>	Ja.
<b>9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?</b>	Windeln und Babynahrung werden zusätzlich zum Nothilfebetrag abgegeben falls notwendig.
<b>9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzte?</b>	Wird individuell abgeklärt bzw. bestimmt aufgrund von Alter, Gesundheit, Familienzusammensetzung, Geschlecht etc.
<b>10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?</b>	Die Nothilfe wird für 7 Tage ausbezahlt. Pro Tag wird CHF 11.50 bzw. CHF 12.- bezahlt (vgl. Frage 4). Sachleistungen werden nach Bedarf abgegeben.
<b>10a. Nahrung</b>	Nahrung wird von den Nothilfebezüglern selber besorgt mit dem ausbezahlten Nothilfebetrag.

<b>10b. Unterbringung</b>	Die Nothilfebezüger werden in einer Wohnung in Amsteg untergebracht. Die Wohnung verfügt über sechs Plätze und ist den ganzen Tag geöffnet. Personen, welche sich im Zeitpunkt der Rechtskraft des negativen Entscheids bereits im Kanton Uri aufhalten, können i.d.R. in der bisherigen Unterkunft verbleiben.
<b>10c. Medizinische Betreuung</b>	Vertrauensarzt resp. Vertrauenszahnarzt. Es besteht keine freie Arztwahl, jedoch medizinische Versorgung auch wenn kein Notfall vorliegt.
<b>10d. Werden NothilfebezügerInnen krankenversichert?</b>	Ja, ab dem ersten Tag.
<b>10e. Persönliche Betreuung / Beratung</b>	Grundsätzlich gleich wie andere Asylsuchende.
<b>10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?</b>	Grundsätzlich keine Unterschiede.
<b>10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezügerInnen?</b>	Art. 8 AsylG, Art. 90 AuG. Wenn die Person gegen die Mitwirkungspflicht verstösst, wird sie in Haft gesetzt.
<b>10h. Sonstige Leistungen</b>	Nicht bekannt.
<b>11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?</b>	Gemäss Art. 14 AsylG kann ein Gesuch gestellt werden. Es wird aber nur sehr zurückhaltend ein solches Gesuch ans BFM weitergeleitet. Bis jetzt hat es noch keine entsprechenden Fälle gegeben.
<b>12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?</b>	Ja. Meist dauern aber die Verfahren so lange, dass sich die Person gar nicht mehr in der Schweiz aufhält, wenn die Verurteilung erfolgt.
<b>12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?</b>	Ja, gleich wie oben. Es hat aber noch nie einen entsprechenden Fall gegeben.
<b>13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?</b>	Wenn die Voraussetzungen für Zwangsmassnahmen erfüllt sind, werden diese in der Regel auch angeordnet. Bei Verletzlichen wird die Anordnung sorgfältig geprüft und zurückhaltend ausgesprochen.
<b>14. Weitere relevante Informationen</b>	Keine Angaben.

## **Situation cantonale: VD**

- 1. Nombre de personnes touchées par l'exclusion de l'aide sociale** Environ 900.
- 1a. Bénéficiaires de l'aide d'urgence** 588 (Etat septembre 2008).
- 2. Quelle autorité est compétente pour l'aide d'urgence?** Service de la population (police des étrangers, SPOP) pour la décision d'octroi de l'aide d'urgence. Etablissement vaudois d'accueil des migrants (EVAM –ex FAREAS) pour la délivrance des prestations (l'exécution des décisions du SPOP) qui dépend du Département de l'intérieur.
- 3. Base légale cantonale pour l'octroi de l'aide d'urgence** LOI sur l'aide aux requérants d'asile et à certaines catégories d'étrangers du 7 mars 2006 (LARA, RSVM 142.21), LOI sur l'action sociale vaudoise du 2 décembre 2003 (LASV, RSV 850.051), Guide d'assistance 2008.  
  
[www.evam.ch/fileadmin/groups/1/documents\\_pdf/Guide\\_d\\_assistance\\_2008.pdf](http://www.evam.ch/fileadmin/groups/1/documents_pdf/Guide_d_assistance_2008.pdf)
- 4. Comment se déroule la procédure d'octroi de l'aide d'urgence?** La personne doit se présenter au SPOP qui rend une décision d'octroi de l'aide d'urgence avec laquelle la personne se rend à l'EVAM qui lui attribue un logement et sert les prestations en espèces ou en nature selon la décision du SPOP.
- 5. Qui examine la situation de détresse?** Service de la population (SPOP), Av. de Beaulieu 19, 1014 Lausanne, tél. 021 316 49 49.
- 6. Les personnes nécessiteuses seront-elles enregistrées? Comment et où?** Les personnes sont enregistrées dans la base de données Asylum de l'EVAM, ainsi que dans la base de données Medusa du SPOP.
- 7. Comment l'identité des personnes nécessiteuses est-elle constatée?** Sur la base des informations fournies par l'ODM et l'entretien au SPOP ou les documents fournis par l'intéressé et et empreintes digitales.
- 8. Obtiennent-elles un document qui les identifie comme bénéficiaires de l'aide d'urgence?** Non, la «décision d'octroi de l'aide d'urgence» n'est pas un document permettant d'attester de l'identité de la personne. Certaines personnes en procédure extraordinaire et en appartement individuel ont un livret N.
- 9. Y a-t-il des dispositions spéciales pour les personnes particulièrement vulnérables?** Oui, pour les MNA Art. 44 ss. LARA et Guide d'assistance 2008, Art. 241:  
1 L'aide d'urgence est délivrée selon les modalités suivantes aux personnes adultes sans enfants:  
Hébergement dans un centre collectif en principe spécifiquement dédié à cette population, trois repas par jour (aide en nature), articles d'hygiène indispensables sous forme de bons, vêtements sous forme de bons.  
2 L'aide d'urgence est délivrée selon les modalités suivantes

aux familles et aux cas vulnérables:  
Hébergement dans un centre collectif en principe spécifiquement dédié à cette population, prestations en espèces conformément aux normes d'aide d'urgence. L'EVAM peut décider d'adapter l'hébergement (chambre individuelle, appartement privé) ou les autres prestations, notamment financières, pour tenir compte de la situation personnelle du bénéficiaire. Les décisions pour cause médicale sont prises sur préavis d'un groupe interdisciplinaire PMU-CHUV.

**9a. Comment sont traitées les personnes particulièrement vulnérables?**

Les personnes malades selon le cas (sur préavis PMU-CHUV) reçoivent des prestations en espèces plutôt qu'en nature. Elles séjournent soit en appartement individuel soit dans un centre d'urgence qui accueille les familles.

**9b. Comment se présente la situation concernant les mineurs accompagnés?**

Les familles avec des enfants mineurs reçoivent des prestations en espèces plutôt qu'en nature. Elles séjournent soit en appartement individuel soit dans un centre d'urgence qui accueille les familles.

**9c. Comment se présente la situation concernant les mineurs non accompagnés?**

Les mineurs non accompagnés sont hébergés dans un centre d'accueil des mineurs non accompagnés qui dispose d'un conseil social de proximité (Centre MNA). Les mineurs non accompagnés peuvent rester dans le centre MNA jusqu'à l'âge de 18 ans. S'ils ont reçu une décision de renvoi entrée en force, ils sont ensuite attribués dans une structure d'aide d'urgence. S'ils sont particulièrement vulnérables, ils sont traités comme tels. Si leur procédure d'asile est encore pendante, les anciens MNA devenus adultes sont hébergés dans un foyer ordinaire.

**9d. Les enfants sont-ils scolarisés ? Peuvent-ils fréquenter l'école publique ? Est-il versé un montant supplémentaire pour du matériel, excursions etc.?**

Les enfants sont scolarisés. Ils fréquentent l'école publique. Les enfants en scolarité obligatoire reçoivent un forfait annuel pour les frais de rentrée scolaire de CHF 30.-. L'EVAM peut également, sur demande, prendre en charge les frais de camp scolaire et de colonie de vacances, sous forme de prestations supplémentaires (frais effectifs sous déduction CHF 4.- par jour représentant la moitié de la norme alimentation).

**9e. Les enfants, peuvent-ils terminer leur formation en cours (p. ex. apprentissage, cours de langue)?**

Les mineurs peuvent terminer leur formation pour autant qu'elle n'implique pas une autorisation de travail. Les frais supplémentaires sont pris en charge par le versement d'un forfait mensuel de CHF 100.- par mois en cas de scolarisation dans une école, selon le même principe que les demandeurs d'asile. La plupart des situations connues concernent l'OPTI (Office de perfectionnement scolaire, de transition et d'insertion).

Les autorités déclarent publiquement que les déplacements des familles dans une autre commune ont lieu pendant les vacances scolaires. Ces déclarations d'intention ne sont pas toujours respectées.

**9f. Comment se présente la situation pour les enfants en bas âge et les nourrissons?**

Les personnes à l'aide d'urgence reçoivent CHF 9.50 par jour et par personne, quel que soit l'âge (selon Guide d'assistance 2008, art. 241).

**9g. Existe-t-il une définition cantonale des personnes particulièrement vulnérables?**

Non.

**10. Comment se présente le contenu de l'aide d'urgence?**

Article 4a LASV:  
«L'aide d'urgence est dans la mesure du possible allouée sous forme de prestations en nature. Elle comprend en principe : a. Le logement, en règle générale, dans un lieu d'hébergement collectif ; b. La remise de denrées alimentaires et d'articles d'hygiène ; c. Les soins médicaux d'urgence dispensés [par la PMU] ; d. L'octroi, en cas de besoin établi, d'autres prestations de première nécessité.»

Titre 9 du Guide d'assistance 2008, Article 241 Principes:  
1 L'aide d'urgence est délivrée selon les modalités suivantes aux personnes adultes sans enfants:•  
Hébergement dans un centre collectif en principe spécifiquement dédié à cette population, trois repas par jour (aide en nature), articles d'hygiène indispensables sous forme de bons, vêtements sous forme de bons.  
2 L'aide d'urgence est délivrée selon les modalités suivantes aux familles et aux cas vulnérables:  
Hébergement dans un centre collectif en principe spécifiquement dédié à cette population, prestations en espèces conformément aux normes d'aide d'urgence.  
3 Types de prestations et leur délivrance selon typologie :  
Célibataires et couples sans enfants:  
Hébergement: Centre d'aide d'urgence (présence d'un intendant).  
Assistance: En nature, y compris les repas.  
Encadrement: Psychosocial et sécuritaire.  
Médical: Pas d'assurance maladie. Accès au CSI et à la PMU.  
Familles et cas vulnérables:  
Hébergement: Foyer collectif (présence d'un intendant).  
Assistance: En espèces: CHF 9.50 par jour/personne.  
Encadrement: Psychosocial, social et sécuritaire.  
Médical: Assurance-maladie et accès au réseau Farmed.

**10a. Alimentation**

Trois repas par jour (aide en nature) ou en espèces: CHF 9.50 par jour (CHF 8.-/jour pour l'alimentation, CHF 1.-/jour pour les vêtements, CHF 0.50/jour pour les articles d'hygiène).

**10b. Hébergement**

Les centres d'urgence sont en photographie avec détails et règlements intérieurs sur le site de l'EVAM: Selon [www.evam.ch](http://www.evam.ch) (Etat le 28 septembre 2008): Foyer d'aide d'urgence du Simplon à Lausanne, Foyer d'aide d'urgence de Bex à Bex (familles et cas vulnérables), Centre d'aide d'urgence de Vevey à Vevey et Centre d'aide d'urgence de Vennes à Lausanne (célibataires).



<b>10c. Soins médicaux</b>	A la PMU pour ceux qui habitent à Lausanne (pas de gate-keeping). L'hôpital de l'enfance pour les enfants. Une infirmière passe une fois par semaine dans les centres d'urgence qui ne sont pas à Lausanne et peut s'adresser à un médecin de la région. Les familles sont affiliées à l'assurance maladie si elles n'habitent pas à Lausanne et peuvent consulter un médecin sur place.
<b>10d. Les bénéficiaires de l'aide d'urgence sont-ils couverts par une assurance-maladie?</b>	Guide d'assistance 2008, art. 241: Célibataires et couples sans enfants: Pas d'assurance maladie. Accès au CSI et à la PMU. Familles et cas vulnérables (définis par la PMU): Assurance-maladie et accès au réseau Farmed. Ceux qui ont une maladie chronique et reçoivent régulièrement des soins sont affiliés. Les familles sont affiliées.
<b>10e. Soins personnels, service de consultation</b>	Local aumônerie dans le centre. Pas d'accès des aumôniers aux chambres (uniquement les lieux communs: salle à manger et salle TV). Une personne de l'EVAM pour délivrer l'aide en espèce ou répondre à d'autres questions d'intendance.
<b>10f. Existe-t-il des différences à la mise en œuvre de l'aide d'urgence entre les personnes frappées d'une décision de renvoi définitive et celles frappées d'une NEM ?</b>	Non. Il y a deux types de centres: Ceux pour célibataires à l'aide d'urgence, qui n'accueillent que des célibataires à l'aide d'urgence (pas de préparation de repas possible et pas de distribution d'argent). Des structures mixtes accueillant aussi bien des personnes en procédure que des personnes recevant l'aide d'urgence (préparation des repas par les résidents et remise d'argent). Dans ce cas, seule la norme financière entre ces deux catégories de personnes change. Les personnes en procédure extraordinaire sont toutes à l'aide d'urgence.
<b>10g. Y-a-t-il une obligation de coopération pour les bénéficiaires de l'aide d'urgence?</b>	Obligation de se présenter au SPOP tous les trois à 15 jours pour le renouvellement de l'aide d'urgence.
<b>10h. D'autres prestations</b>	Guide d'assistance 2008, Article 245 et 246: Article 245 Principes En cas de besoin établi, des prestations supplémentaires peuvent être octroyées. Art. 246 Bons de transport L'établissement peut octroyer des titres de transport en cas de besoin avéré.
<b>11. Les personnes déboutées peuvent-elles recevoir une autorisation de séjour dans un cas de rigueur grave? Le contenu de l'aide d'urgence change-t-il pendant la procédure d'octroi ?</b>	Oui, ils peuvent recevoir une autorisation de séjour dans un cas de rigueur grave. Non, le contenu ne change pas, mais il n'y a pas de « déménagement » dans un centre d'urgence s'ils sont encore en appartement individuel au moment du dépôt de la demande de permis B.
<b>12. Y-a-t-il régulièrement des procédures pénales par suite d'un séjour illégal ?</b>	Non.

<b>12a. Y-a-t-il aussi des procédures pénales menées contre des mineurs non accompagnés par suite d'un séjour illégal ?</b>	Non.
<b>13. Comment est-ce que se présente la pratique cantonale en matière d'application des mesures de contrainte?</b>	Pas de vue d'ensemble.
<b>14. D'autres informations cantonales</b>	Il y a des graphiques sur le site de l'EVAM, des articles de journaux, des photographies, les contacts avec les bénévoles, l'annonce des manifestations culturelles ou sociales, les programmes d'occupation pour la confection des repas pour les gens à l'aide d'urgence, etc.

## **Situation im Kanton: VS**

<b>1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind</b>	273 Personen (Stand Juni 2008).
<b>1a. Anzahl NothilfebezüglerInnen</b>	186 Personen (Stand Juni 2008).
<b>2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?</b>	Die Dienststelle für Bevölkerung und Migration (DBM), ehemals Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle (DZF).
<b>3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe</b>	Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe vom 29. 1996 (RSVS 850.1) und sein Ausführungsreglement vom 9. Oktober 1996. Beschluss über die Betreuung von Personen aus dem Asylbereich im Kanton Wallis vom 5. März 2008. Richtlinien für die Bemessung der finanziellen Nothilfe für abgewiesene Asylsuchende (aA) und Personen, auf deren Gesuch nicht eingetreten wird (Personen mit NEE), in Kraft seit 1. Februar 2008.
<b>4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?</b>	Die Dienststelle für Bevölkerung und Migration (DBM) entscheidet über die Anordnung von Zwangsmassnahmen. Falls keine ergriffen werden legt die Koordinationsstelle für soziale Leistungen (OCPS) in Zusammenarbeit mit der DBM die Dauer der Nothilfe fest.
<b>5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?</b>	Die Modalitäten der Nothilfe legt die Koordinationsstelle für soziale Leistungen (OCPS) fest.
<b>6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?</b>	Ja, durch Kantonspolizei.

<b>7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?</b>	Alle Personen mit einem rechtskräftigen Asylentscheid werden vorab registriert.
<b>8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?</b>	Nein.
<b>9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzliche?</b>	Ja. Kranke, Ältere, Schwangere, unbegleitete Minderjährige, Kinder allgemein, Familien mit Kindern.
<b>9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?</b>	Diese Personen werden wie Asylsuchende behandelt, mit Ausnahme auf die Grundpauschalen (tiefer als diejenigen der Asylsuchenden). Für Nothilfegewährung besteht Spielraum, damit dem Einzelfall Rechnung getragen werden kann (situationsbedingte Leistungen). Darüber entscheidet die Koordinationsstelle für soziale Leistungen.
<b>9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?</b>	Begleitete Kinder werden wie Asylsuchende behandelt, mit Ausnahme auf die Grundpauschalen (tiefer als diejenigen der Asylsuchenden).
<b>9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?</b>	In spezifischen Strukturen platziert (Kollektivunterkunft und betreutes Wohnen).
<b>9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?</b>	Die Kinder werden eingeschult und können den öffentlichen Schulunterricht besuchen. Sie bekommen einen zusätzlichen Betrag wenn nötig.
<b>9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?</b>	Nein.
<b>9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?</b>	Gemäss den Richtlinien können situationsbedingte Leistungen gewährt werden.
<b>9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzliche?</b>	Nein.
<b>10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?</b>	Leistungskatalog gemäss den Richtlinien: Unterkunft: In erster Linie Sammelunterkünfte, falls notwendig in einfachen Unterkünften praktisch und preiswert. Grundpauschale für den Lebensunterhalt: Alleinstehende Männer und Frauen sind in einer Sammelunterkunft mit Gemeinschaftsverpflegung (Naturalleistung) untergebracht. Erwachsene mit Kindern sind in Foyers mit eigener Küche und Appartements untergebracht. Pro Erwachsener CHF 10.-/Tag / CHF 300.- pro Monat und pro Kind (bis 18 Jahre) CHF 6.-/Tag / CHF 180.- pro Monat.

	Unbegleitete Minderjährige sind in Foyers mit eigener Küche und in Appartements untergebracht und erhalten CHF 10.-/Tag/ CHF 300.- pro Monat.
<b>10a. Nahrung</b>	Geld oder Naturalleistungen.
<b>10b. Unterbringung</b>	In den kantonalen Asylstrukturen.
<b>10c. Medizinische Betreuung</b>	Zugang zu medizinischer Betreuung für alle garantiert, gleich behandelt wie Asylsuchende.
<b>10d. Werden NothilfebezüglerInnen krankenversichert?</b>	Nicht alle, aber der Zugang zu medizinischer Betreuung ist für alle garantiert, sie werden gleich behandelt wie Asylsuchende.
<b>10e. Persönliche Betreuung / Beratung</b>	Gleiche Betreuung/Beratung wie Asylsuchende (das gleiche Personal kümmert sich um Asylsuchende wie auch um NothilfebezüglerInnen).
<b>10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?</b>	Nein.
<b>10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezüglerInnen?</b>	Ja, wenn möglich bei der Papierbeschaffung. Nothilfe wird jedoch in jedem Fall gewährt.
<b>10h. Sonstige Leistungen</b>	Nein.
<b>11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?</b>	Ja, aber der Umfang der Nothilfegewährung ändert sich nicht.
<b>12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?</b>	Kompetenz der Dienststelle für Bevölkerung und Migration (DBM).
<b>12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?</b>	Kompetenz der Dienststelle für Bevölkerung und Migration (DBM).
<b>13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?</b>	Kompetenz der Dienststelle für Bevölkerung und Migration (DBM).
<b>14. Weitere relevante Informationen</b>	Kantonale Statistiken.

## **Situation im Kanton: ZG**

- |  |  |
|--|--|
| <b>1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind</b> | Keine Angaben.   |
| <b>1a. Anzahl NothilfebezüglerInnen</b>  | Aktuell 52 Personen, exkl. 12 Personen welche sich in Haft befinden und deshalb zurzeit keine Nothilfe beziehen (Stand August 08).   |
| <b>2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?</b>                | Amt für Migration, Aabachstr. 1, 6301 Zug, zwecks Identifizierung der Personen. Für die Organisation und Durchführung der Nothilfe ist die Abteilung Soziale Dienste Asyl, Hinterbergstr. 43, 6312 Steinhausen im Auftrag der Gemeinden zuständig. |
| <b>3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe</b>         | Verordnung zum Sozialhilfegesetz (Sozialhilfeverordnung) vom 20. Dezember 1983 (SHV; BGS 861.41).<br>Eine spezielle Rechtsgrundlage für den Asylbereich ist in Bearbeitung.  |
| <b>4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?</b>                              | Es gibt mehrere Nothilfeunterkünfte. Bei Bedarf besteht Anrecht auf Nothilfe.  |
| <b>5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?</b>                                 | Abteilung Soziale Dienste Asyl.  |
| <b>6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?</b>   | Beim Amt für Migration und bei der Abteilung Soziale Dienste Asyl.   |
| <b>7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?</b>                              | Die Identifizierung erfolgt über das Amt für Migration.  |
| <b>8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?</b>                           | Personen in der Nothilfe erhalten nur einen Ausweis, wenn der Vollzug hängig, bzw. sistiert ist. Alle anderen Personen haben keinen Ausweis.   |
| <b>9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?</b>                       | Auf besonders verletzte Personen wie Kinder, Minderjährige, schwer körperlich oder psychisch kranke Personen wird Rücksicht genommen.  |
| <b>9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?</b>                       | Auf die besondere Situation wird Rücksicht genommen und diese Personen werden ausserhalb der beiden kantonalen Nothilfeunterkünften untergebracht. Familien mit Kindern bekommen Sozialhilfe nach Asylansätzen (ohne Kleidergeld) ausbezahlt.      |

**9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?**

Diese werden speziell untergebracht ausserhalb der beiden kantonalen Nothilfeunterkünften und bekommen Sozialhilfe nach Asylansätzen (ohne Kleidergeld) ausbezahlt.

**9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder dar?**

Diese werden speziell untergebracht, erhalten jedoch die normalen Asylansätze. Bis anhin jedoch keine unbegleiteten minderjährigen Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid im Kanton.

**9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?**

Kinder und Jugendliche werden im Rahmen der obligatorischen Schulpflicht eingeschult. Schulmaterial wird abgegeben und Schulausflüge finanziert.

**9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?**

Nein.

**9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?**

Diese werden speziell untergebracht ausserhalb der beiden kantonalen Nothilfeunterkünften und erhalten Sozialhilfe nach Asylansätzen (ohne Kleidergeld) ausbezahlt.

**9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzliche?**

Als verletzlich gelten Familien mit Kindern, unbegleitete Minderjährige, schwer körperlich oder psychisch kranke Personen.

**10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?**

Es besteht Anrecht auf Unterbringung, Auszahlung von Nothilfegeld für die Verpflegung und auf medizinische Versorgung. Die Nothilfe wird jeweils für maximal 7 Tage gewährt.

**10a. Nahrung**

Gemäss SODK-Empfehlungen: Die Nothilfebezüger erhalten CHF 8.- Bargeld pro Tag.

**10b. Unterbringung**

Gemäss SODK-Empfehlungen: Eine Notunterkunft befindet sich in der Stadt Zug, die andere in der Gemeinde Steinhausen. Sie sind ganztags geöffnet. Es gibt keine Tagesstrukturen.

**10c. Medizinische Betreuung**

Die NothilfebezügerInnen sind KVG versichert und können im Notfall den Zahnarzt aufsuchen.

**10d. Werden NothilfebezügerInnen krankenversichert?**

Die NothilfebezügerInnen sind nach KVG krankenversichert ab Zuteilung in den Kanton bis zu ihrer Ausreise.

<b>10e. Persönliche Betreuung / Beratung</b>	Gewährleistet durch das Betreuungspersonal der Abteilung Soziale Dienste Asyl.
<b>10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?</b>	Nein.
<b>10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezüglerInnen?</b>	Mitwirkungspflicht zur Papierbeschaffung gegeben (nicht Voraussetzung für Nothilfebezug) sowie zum Beweis der Mittellosigkeit.
<b>10h. Sonstige Leistungen</b>	Fahrtkosten für die medizinische Versorgung sowie für Termine von Amtsstellen werden vergütet, nach Überprüfung der Rechtmässigkeit.
<b>11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?</b>	Die Möglichkeit zum Beantragen einer Härtefallbewilligung besteht. Während des Verfahrens ändert sich der Umfang der Nothilfegewährung nicht.
<b>12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts?</b>	Nach mehrmaligem Aufgreifen durch die Polizei erfolgen in der Regel Strafanzeigen gegen die betroffenen Personen wegen illegalen Aufenthalts. Es werden auch Haftstrafen verfügt.
<b>12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?</b>	Praxis ist unbekannt, da sich bisher keine UMA mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid im Kanton Zug aufgehalten haben.
<b>13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?</b>	Alle Zwangsmassnahmen werden bei erwachsenen Personen regelmässig angewendet, sofern sie nicht als verletzlich gelten. Praxis in bezug auf unbegleitete Minderjährige ist nicht bekannt.
<b>14. Weitere relevante Informationen</b>	Trotz Sozialhilfestopp und den damit geschaffenen unbequemen Verhältnissen zeigt sich, dass die Anzahl an Personen mit rechtskräftigem Wegweisungsentscheid im Kanton Zug nach wie vor sehr hoch ist.

## **Situation im Kanton: ZH**

- 1. Anzahl Personen, die vom Ausschluss aus der Sozialhilfe betroffen sind** 1210 Personen (Stand Januar 2008).
- 1a. Anzahl NothilfebezügerInnen** 950 (Stand August 08).
- 2. Welche Stelle ist im Kanton für die Nothilfe zuständig?** Zugang zur Nothilfe wird vom Migrationsamt des Kantons Zürich, Berninastrasse 45, Zürich-Oerlikon, geprüft, das auch Ausschaffungshaft und Haft anordnen kann. Für die Ausrichtung der Nothilfe ist jedoch das Kantonale Sozialamt zuständig.
- 3. Kantonale gesetzliche Grundlage für die Gewährung der Nothilfe** Verordnung über die Gewährung von Nothilfe an Personen ohne Aufenthaltsrecht (Nothilfeverordnung) vom 24. Oktober 2007 (LS 851.14), in Kraft seit 1. Januar 2008.
- 4. Wie funktioniert der Ablauf der Nothilfe?** Abgewiesene Asylsuchende erhalten einen Brief vom Kantonalen Sozialamt und werden von diesem in eine Nothilfestruktur verwiesen. Sie müssen sich beim Migrationsamt melden oder werden diesem zugeführt, wenn sie polizeilich aufgegriffen werden. Die Polizei stellt in Zusammenarbeit mit dem Migrationsamt die Identität fest. Die Vollziehbarkeit der Wegweisung wird überprüft und gegebenenfalls Ausschaffungshaft angeordnet. Es wird auch in jedem Fall geprüft, ob sich die Betroffenen wegen illegalen Aufenthalts strafbar gemacht haben. Ist die Ausschaffung nicht möglich und ist der Kanton ZH für den Vollzug zuständig, werden die Betroffenen an das Kantonale Sozialamt verwiesen. Dieses prüft die Voraussetzungen für die Gewährung der Nothilfe und nimmt die Platzierung der Personen in den entsprechenden Unterkünften für jeweils eine Woche vor. Nach 7 Tagen müssen sich die Betroffenen wieder beim Migrationsamt melden, die Vollziehbarkeit der Wegweisung sowie die Anordnung der Ausschaffungshaft wird wieder überprüft. Danach werden die Betroffenen vom Kantonalen Sozialamt in eine andere Unterkunft gewiesen. Dieses so genannte «Dynamisierungsmodell» wiederholt sich wöchentlich.
- 5. Wer prüft das Vorliegen einer Notlage?** Das Kantonale Sozialamt überprüft summarisch das Vorliegen der Notlage, da wegen Arbeitsverbot praktisch immer gegeben.



**6. Werden die Bedürftigen registriert? Wer nimmt die Registrierung vor?**

Zentrale Anlaufstelle zur Identitätsabklärung ist das Migrationsamt. Das Amt und die Kantonspolizei führen gemeinsam ein Verzeichnis der abgewiesenen Asylsuchenden. Das Kantonale Sozialamt und die für die Führung der Notunterkünfte zuständigen Personen können bei Bedarf Einsicht in das Verzeichnis nehmen. Das Register enthält Angaben zu Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Nationalität, ausländerrechtlicher Status und eine Fotografie. Ohne Registrierung erhalten die Bedürftigen keine Nothilfe.

**7. Wie werden die Bedürftigen identifiziert?**

Mittels Daktyloskopie.

**8. Erhalten die Bedürftigen ein Ausweis-Papier?**

Nein, jedoch stellen die Betreiber der Nothilfezentren ein Papier mit Foto aus.

**9. Existieren besondere Vorschriften für Verletzte?**

In den Erläuterungen zum § 2 der Nothilfeverordnung (Umfang der Nothilfe) wird ausgeführt, dass auf besonders verletzte Personen - z.B. Familien mit kleinen Kindern, kranke oder behinderte Personen, unbegleitete Minderjährige - Rücksicht genommen wird und diese gegebenenfalls gesondert untergebracht werden.

**9a. Wie ist der Umgang mit besonders Verletzlichen?**

Für UMA gibt es eine spezielle Unterkunft. Für andere Verletzte gibt es keine speziellen Strukturen. Schwer kranke Menschen konnten bis heute teilweise in der Normalstruktur bleiben. Es leben jedoch auch Verletzte in den Nothilfeunterkünften (NUK). Verletzte unterliegen nicht dem «Dynamisierungsmodell».

**9b. Wie stellt sich die Situation für begleitete Kinder dar?**

Nichts Spezifisches. Nothilfe gibt es nur in Form von Gutscheinen, kein Taschengeld.

**9c. Wie stellt sich die Situation für unbegleitete Kinder?**

Für UMA gibt es eine spezielle Unterkunft (MNA-Zentrum Lilienberg). Dort können sie auch nach Erhalt eines rechtskräftigen Wegweisungsentscheids bis zum 18. Lebensjahr bleiben. Danach kommen sie in die Nothilfe.

**9d. Werden Kinder eingeschult? Können Kinder den öffentlichen Schulunterricht besuchen? Zusätzliche Leistungen für Schulmaterial, Schulausflüge etc.?**

Die Kinder werden eingeschult, sie können den öffentlichen Schulunterricht besuchen. Für Schulmaterial etc. gibt es zum Teil keine zusätzliche Unterstützung.

**9e. Können Kinder den aktuellen Bildungsgang (z.B. Lehrstelle, Deutschkurs) abschliessen?**

Lehre und zehntes Schuljahr kann nicht beendet werden. Es gibt Gymnasiasten, die weiter ins Gymnasium gehen können (gilt je nach Gemeinde auch für 10. Schuljahr).

<b>9f. Zusätzliche Unterstützung für Kleinkinder und Säuglinge?</b>	Mütter oder Familien mit Kleinkinder bekommen zusätzlich Bons für Windeln und zusätzliche Unterstützung für Babykleider etc.
<b>9g. Gibt es eine kantonale Definition für besonders Verletzliche?</b>	Gemäss den Erläuterungen zum § 2 der Nothilfeverordnung gelten Familien mit kleinen Kindern, kranke oder behinderte Personen und unbegleitete Minderjährige als besonders verletzte Personen. Die Aufzählung erfolgt beispielhaft und ist daher nicht abschliessend.
<b>10. Wie ist der Umfang der Nothilfe?</b>	Die Nothilfe umfasst Obdach, Nahrung, Kleidung, Möglichkeit zur Körperpflege und medizinische Versorgung. Grundsätzlich werden alle Leistungen in Sachleistungen ausgerichtet.
<b>10a. Nahrung</b>	Generell CHF 60.- pro Woche (für 7 Tage) in Form von Migros-Gutscheinen für Erwachsene. Der Ansatz für Kinder ist niedriger: Für das 1. und 2. Kind 6 x CHF 10.-, ab dem 3. Kind 4 x CHF 10.-. Die ORS und die AOZ wenden nicht das gleiche System an, daher sind Abweichungen möglich. Die Auszahlung erfolgt täglich, ausgenommen am Freitag, wo auch für das Wochenende ausbezahlt wird. Es besteht eine Anwesenheitspflicht im Zentrum. Wer nicht anwesend ist, bekommt für diesen Tag auch keine Unterstützung.
<b>10b. Unterbringung</b>	Es gibt aktuell nur noch 4 Nothilfezentren, da zwei wieder in Durchgangszentren umgewandelt wurden. Ein Teil ist von der AOZ (Asylorganisation Zürich) und ein Teil von der ORS geführt. Es sind Mehrbettzimmer und z.T. müssen Duschen und WC von Männern und Frauen gemeinsam benutzt werden.
<b>10c. Medizinische Betreuung</b>	Medizinische Betreuung erfolgt nur in absoluten Notfällen.
<b>10d. Werden NothilfebezügerInnen krankenversichert?</b>	Gemäss Erläuterungen zum § 5 der Nothilfeverordnung sollen Personen ohne Aufenthaltsrecht nicht nach dem üblichen Niveau der Sozialhilfe, sondern nach demjenigen der Nothilfe nach § 5c SHG versorgt werden. Entsprechend sei auch im Bereich der Krankenversicherung vorzugehen. Der Abschluss einer Krankenversicherung für alle Personen ohne Aufenthaltsrecht, die im Kanton ZH nach den Grundsätzen der Nothilfe versorgt werden müssen, entspreche weder den Absichten des Bundesgesetzgebers noch dem Umsetzungskonzept im Kanton ZH und würde überdies über den von Art. 12 BV vorgegebenen Umfang der Nothilfe hinausgehen. Es werden daher nur absolute Notfälle versichert. Es gibt eine kollektive Versicherung für Notfallversorgung. Die individuelle Krankenkassenversicherung von abgewiesenen Asylsuchenden wird gekündigt, ausser es liegt ein besonderes medizinisches Problem vor.

**10e. Persönliche Betreuung / Beratung**

Die Zentren sind betreut, auch am Wochenende mit Picketdienst.

**10f. Unterschiede bei der Nothilfegewährung zwischen Personen mit Nichteintretensentscheid und Personen mit materiellem negativen Entscheid?**

Nein.

**10g. Gibt es eine Mitwirkungspflicht für NothilfebezüglerInnen?**

Es wird immer wieder mit Ausschaffungshaft gedroht oder mit einem Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts. Dies hat aber keinen Einfluss auf die Nothilfegewährung.

**10h. Sonstige Leistungen**

Es gibt keine Zusatzleistungen mehr.

**11. Möglichkeit einer Härtefallbewilligung? Ändert sich während des Gesuchverfahrens die Nothilfe?**

Theoretisch ja, das Migrationsamt verlangt aber zur Prüfung einen Pass, ohne diesen prüfen sie nicht. Die Situation ändert sich aber nicht während dem laufenden Gesuchverfahren. Dieses Jahr gab es keine Härtefallbewilligungen.

**12. Gibt es regelmässig Strafverfahren wegen illegalen Aufenthalts ?**

Ja.

**12a. Wird auch bei unbegleiteten Minderjährigen ein Verfahren wegen illegalen Aufenthalts durchgeführt?**

Keine Angaben.

**13. Wie ist die kantonale Praxis bezüglich Zwangsmassnahmen?**

Personen mit negativem Entscheid oder NEE werden ausgeschafft, wenn dies möglich ist und z.T. in Haft genommen.

**14. Weitere relevante Informationen**

Keine Angaben.